



4. Sitzung

Mittwoch, 6. Mai 2015

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Christiane Schneider

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin	147	Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung über die Drucksache 21/298:	
Ausscheiden einer Abgeordneten (Dr. Eva Gümbel GRÜNE) Nachrücken eines Abgeordneten (René Gögge GRÜNE)	147	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung des Kapazitätsrechts (Senatsantrag) – Drs 21/320 –	189
		dazu	
Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gemäß § 12 Absatz 1 GO mit Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO	147	Antrag der FDP-Fraktion: Kostenübernahme beim Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung des Kapazitätsrechts – Drs 21/406 –	189
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	147	Dr. Carola Timm GRÜNE	189
André Trepoll CDU	156	Dr. Sven Tode SPD	190, 197
Dr. Andreas Dressel SPD	164	Carsten Ovens CDU	190
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	169	Martin Dolzer DIE LINKE	191
Cansu Özdemir DIE LINKE	173	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	193, 197
Katja Suding FDP	176	Dr. Jörn Kruse AfD	194
Dr. Jörn Kruse AfD	180	Dora Heyenn fraktionslos	195
Dora Heyenn fraktionslos	183	Katharina Fegebank, Zweite Bürgermeisterin	196
Nebahat Güçlü fraktionslos	184		
Dirk Nockemann AfD	185		
Dr. Bernd Baumann AfD	187		
		Beschlüsse	198
Abwicklung der Tagesordnung	189		

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Befristete Arbeitsverhältnisse, Betreuungszahlen und Eingliederungsmaßnahmen in den Jobcentern
– Drs 21/125 – 198

Inge Hannemann DIE LINKE 198, 204
Ksenija Bekeris SPD 200
Franziska Grunwaldt CDU 201
Antje Möller GRÜNE 202
Jennyfer Dutschke FDP 202

Kenntnisnahme 204

Antrag der FDP-Fraktion:

Handwerkern die Anreise erleichtern – Regelungen zum Arbeitseinsatz flexibler gestalten
– Drs 21/312 – 204

Michael Kruse FDP 204, 210
Dorothee Martin SPD 205
David Erkalp CDU 206
Martin Bill GRÜNE 207
Stephan Jersch DIE LINKE 208
Detlef Ehlebracht AfD 209

Beschlüsse 211

Antrag der AfD-Fraktion:

"Rettungskräfte und Polizisten schützen – §112 StGB einführen"
– Drs 21/331 – 211

dazu

Antrag der CDU-Fraktion:

Schutz von Polizei und Rettungskräften ausweiten – Einführung des "Schutzparagraphen 112" unterstützen
– Drs 21/404 – 211

Dirk Nockemann AfD 211, 218
Arno Münster SPD 212
Dennis Gladiator CDU 213
Antje Möller GRÜNE 215
Christiane Schneider DIE LINKE 216
Carl-Edgar Jarchow FDP 217

Beschlüsse 219

Antrag der CDU-Fraktion:

Anreize statt Regulierung im Wohnungsneubau – Wiedereinführung der degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA)
– Drs 21/316 – 219

dazu

Antrag der FDP-Fraktion:

Investitionen in Wohnraum fördern – Degressive AfA für alle Wohnungsbauinvestitionen wieder einführen
– Drs 21/407 – 219

Beschlüsse 219

Beginn: 15.04 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein, damit wir beginnen können. Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die heutige Tagesordnung einsteigen, möchte ich zunächst Glückwünsche aussprechen. Diese gehen an unsere Kollegin Dr. Carola Timm, die heute Geburtstag hat. Liebe Frau Timm, im Namen des ganzen Hauses alles Gute zum Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Des Weiteren möchte ich Sie davon unterrichten, dass mir die ehemalige Abgeordnete Dr. Eva Gümbel mit Schreiben vom 21. April 2015 mitgeteilt hat, dass sie ihr Bürgerschaftsmandat mit sofortiger Wirkung niederlege. Sie gehört seit diesem Tag als Staatsrätin dem neuen Senat an. Wir werden also auch weiterhin mit ihr in Kontakt bleiben.

Frau Dr. Gümbel gehörte der Bürgerschaft seit März 2008 an. Sie arbeitete insbesondere im Wissenschaftsausschuss, dessen Vorsitz sie in der 19. Wahlperiode übernommen hatte, sowie in den Ausschüssen für Kultur und Haushalt mit. Außerdem war sie Mitglied des PUA Elbphilharmonie, und von 2010 bis 2013 gehörte sie unserem Präsidium als Vizepräsidentin an. Danach wurde sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Fraktion.

Im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft danke ich Frau Dr. Gümbel für die geleistete Arbeit und wünsche ihr für ihre neuen Aufgaben viel Erfolg und alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach Mitteilung der Bezirkswahlleitung im Bezirk Hamburg-Nord ist auf der Wahlkreisliste der GRÜNEN Herr René Gögge nachgerückt. Lieber Herr Gögge, ich begrüße Sie herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an der neuen Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Und schließlich noch folgender Hinweis: Auch heute ist unser Filmteam hier unterwegs und wird sich mehr als die anderen Journalistinnen und Journalisten auch zwischen Ihren Reihen bewegen und Aufnahmen von uns machen für unseren Bürgerchaftsfilm.

Meine Damen und Herren! Dann kommen wir zur Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters.

[Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gemäß § 12 Absatz 1 GO mit Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO]

Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraf 12 Absatz 1 unserer Geschäfts-

ordnung die Gelegenheit zur Abgabe einer Regierungserklärung zu geben. Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jeder Fraktion und dem Senat eine Redezeit von 40 Minuten sowie dem fraktionslosen Abgeordneten eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung stehen. Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor etwas mehr als vier Jahren habe ich Ihnen die Vorhaben des damals neuen Senats vorgestellt. Ich habe damals gesagt:

"Die Moderne gewinnt man nicht und dann behält man sie. Jede Stadt muss sich täglich aufs Neue bewähren. Deshalb will ich, dass das Motto dieser Regierung an jedem Tag aufs Neue lautet: Wir schaffen das moderne Hamburg."

Heute trete ich erneut vor Sie und präsentiere Ihnen Vorhaben, die das Ziel verfolgen: "Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg."

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das bleibt unsere Aufgabe, unsere tägliche Chance, unsere Stadt noch besser, noch schöner und noch lebenswerter zu machen. Daran wird der Senat arbeiten, daran werden wir uns in den kommenden fünf Jahren messen lassen.

Große Vorhaben liegen in den kommenden Jahren vor uns. Die zweite Hälfte dieser Dekade wird die Zukunft Hamburgs entscheidend prägen. Im Januar 2017 werden wir die Elbphilharmonie eröffnen. Wir werden damit nicht nur eines der bedeutendsten Konzerthäuser der Welt geschaffen haben, sondern auch ein global wahrgenommenes Wahrzeichen der offenen Gesellschaft der Bundesrepublik.

Im Sommer 2017 entscheidet das IOC über die Vergabe der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024. Eine erfolgreiche Hamburger Bewerbung gäbe unserer Stadt einen Entwicklungsschub, der Stadtentwicklung, Wirtschaftskraft und Internationalität entscheidend treiben würde.

In den kommenden Jahren wollen wir mit der Fahrrinnenanpassung der Elbe die Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit des Hamburger Hafens und damit des ökonomischen Herzens Nordeuropas schaffen.

Wir werden in unsere Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen investieren, um Hamburg zu einer echten Wissensmetropole zu machen, in der exzellente Forschung und Lehre genauso selbstverständlich sind wie hervorragende Ausbildungsangebote für junge Fachkräfte. So werden wir in dieser Legislaturperiode mit dem XFEL den weltbesten Röntgenlaser in Betrieb nehmen, der

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

für einige Zeit das beste Gerät seiner Art sein und Forscher wie Unternehmen nach Hamburg locken wird.

Wir werden den digitalen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft nutzen, um einmal mehr die Grundlagen für Wohlstand und Lebensqualität unserer Stadt zu sichern. Und wir werden niemals damit aufhören, unser Hamburg weiterzubauen, damit alle, die schon lange in unserer Stadt leben oder in ihr aufgewachsen sind, ihre Heimat behalten, und all diejenigen, die zu uns kommen in der Hoffnung auf ein besseres Leben, hier eine neue Heimat finden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht dabei niemals nur um irgendwelche abstrakten Ideen, sondern um lebendige Praxis. Es geht darum, dass wir an der Seite jener großen Zahl der Hamburgerinnen und Hamburger stehen, die sich Tag für Tag hinaus in den Alltag dieser Stadt begeben. An der Seite der jungen Familie, die eine Wohnung sucht. An der Seite der Frau, die sich Gedanken macht, ob und wie sie den nächsten beruflichen Schritt gehen will. An der Seite des Mannes, der seinen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt plant. An der Seite der Alleinerziehenden, die alles daran setzt, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. An der Seite der Rentnerin, die auch im Alter nicht allein sein will. An der Seite des Zuwanderers, der sich darum kümmert, dass seine Kinder ordentliche Bildung bekommen.

Diese Liste ließe sich beinahe endlos fortsetzen. Immer geht es darum, dass das Streben nach Glück möglich ist. Den Amerikanern war das so wichtig, dass sie den "Pursuit of Happiness", also genau dieses Streben nach Glück, sogar in ihre Unabhängigkeitserklärung geschrieben haben, gleichrangig neben das Recht auf Freiheit und das Recht auf Leben. Natürlich gibt es keine Garantie auf Glück, aber berechtigten Anlass zur Hoffnung auf Glück. Das müssen wir als Gesellschaft und als Stadt schon schaffen, damit das Versprechen der großen Stadt Realität werden kann.

Für den Senat steht fest: Hamburg muss eine Hoffnungsstadt bleiben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und Hamburg bleibt eine moderne Stadt, fest geprägt von der Überzeugung, dass die Dinge gestaltbar sind, wenn wir sie zum Besseren gestalten wollen. Politik kann nicht alle Probleme lösen, die sich in unserem Leben stellen. Für viele ist sie auch nicht zuständig und sollte es auch nicht sein. Politik kann aber dafür sorgen, dass aus Problemen Herausforderungen werden und aus Herausforderungen Chancen. Und sie kann die Sicherheiten garantieren, die es braucht, um das Neue frohen Mutes auszuprobieren. Dafür wollen wir als

Senat arbeiten, das ist unsere gemeinsame Pflicht als politisch Verantwortliche in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Den meisten Hamburgerinnen und Hamburgern ist es herzlich egal, ob die Begründungen für politische Konzepte aus der Bergpredigt oder dem "Kapital", aus einem Sachverständigengutachten oder einem Nachhaltigkeitsbericht stammen. In einer großen Stadt sind die politischen Aufgaben so unmittelbar, dass die Folgen einer Entscheidung ganz schnell konkret werden. Deshalb prüfen die Bürgerinnen und Bürger sehr genau, ob ein Vorschlag plausibel und vernünftig ist, ob er ein Problem löst oder neue Probleme schafft. Unsere Politik muss diese Prüfung bestehen und im besten Sinne alltagstauglich sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht darum, dass man klarkommt, wenn man sich anstrengt. Es geht darum, dass man sein Leben verbessern kann, wenn man sich Mühe gibt. Es geht darum, dass niemand am Wegesrand zurückgelassen wird. Wenn wir vom modernen Hamburg sprechen, dann meinen wir das nicht geschmäcklerisch-zeitgeistig. Nein, in erster Linie bedeutet Moderne die gesellschaftliche Errungenschaft, das eigene Leben in die eigene Hand nehmen zu können. Die Voraussetzungen dafür, dass das moderne Hamburg gelingen kann, sind dabei niemals ideologisch, sondern immer ganz praktisch. Wer eine bezahlbare Wohnung sucht, der interessiert sich nicht in erster Linie für theoretische Debatten über verschiedene Stadtentwicklungskonzepte, sondern dafür, dass er in einem lebenswerten Stadtteil eine ordentliche Wohnung zu einem vernünftigen Preis bekommt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Karl Popper hat einmal geschrieben:

"Alles Leben ist Problemlösen."

Wenn wir unsere Politik in diesem Sinne pragmatisch gestalten, dann passt das gut zur Idee der großen Stadt. Große Städte basieren auf gut durchdachten Plänen, aber sie sind ohne Pragmatismus nicht denkbar. Beides bedingt einander. Ich will, dass unser Regierungsstil einen solchen Pragmatismus mit Plan verfolgt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben eine klare Vorstellung von der Zukunft unserer Stadt, und wir setzen uns dafür ein, dass diese Zukunft Realität werden kann. Unsere Stadt wird weiter wachsen. Wir werden uns darauf vorbereiten, auch zwei Millionen Bewohnerinnen und Bewohner oder gar noch mehr die Lebensqualität zu bieten, die wir heute gewohnt sind. Das ist möglich, wenn wir gemeinsam die Chancen des Fort-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

schritts ergreifen und neue – auch technologische – Möglichkeiten nutzen. Die Idee der Stadt als Laboratorium der Moderne gilt unverändert.

Seit dem Mittelalter heißt es: Stadtluft macht frei. Hierher sind schon seit Jahrhunderten diejenigen gekommen, die ihr Leben zwar so genommen haben, wie es war, die es aber nicht so lassen wollten, diejenigen, die die Zuversicht hatten und haben, dass es auch besser geht, und die sich anstrengen, damit es besser geht. Diese Zuversicht eint uns heute. Das Leben in der Stadt eröffnet Möglichkeiten, die sich andernorts nicht so selbstverständlich finden lassen. Städte sind die Taktgeber moderner Gesellschaften, in ihnen entstehen kulturelle Trends genauso wie neue Produkte. In ihnen kommen Wissen und wirtschaftliche Kraft zusammen. Das Leben in ihnen ist oftmals ökologisch nachhaltiger und sozial vernetzter als anderswo. Alle Potenziale unserer Zeit bündeln sich in den Städten.

Hamburg gehört seit Jahrhunderten zu diesen besonderen Orten. Und wir haben angesichts der aktuellen, weltweiten, wirtschaftlichen, technologischen und auch politischen Umbrüche die Chance, weithin beachtete Zeichen zu setzen. Das liegt sicherlich auch daran, dass unsere Stadtrepublik bis heute auf dem Bürgerstolz einer freien, offenen und selbstbewussten Stadtgesellschaft beruht.

Seit Jahren hält sich in den politischen Feuilletons hartnäckig das Vorurteil, dass Bürgerinnen und Bürger heutzutage überwiegend wütend wären und Nein sagen würden. Das stimmt nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben in den vergangenen Monaten gemerkt, welche Kraft, welche Zuversicht und welcher Wille in der Hamburger Bürgergesellschaft stecken, zum Beispiel anhand der vielen ehrenamtlichen Initiativen für Flüchtlinge in den einzelnen Stadtteilen. Oder auch anhand der Kampagne "Feuer und Flamme" für die Olympischen und Paralympischen Spiele. Das ist genau der Geist, in dem wir Hamburg in die Zukunft führen wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Unsere Politik für ein modernes Hamburg hat vier klare Schwerpunkte.

Das moderne Hamburg ist wirtschaftlich stark. Das moderne Hamburg ist lebenswert. Das moderne Hamburg ist digital. Und das moderne Hamburg ist international.

Wenn wir zunächst von wirtschaftlicher Stärke sprechen, dann hat das klare Voraussetzungen. Der Kurs der Haushaltskonsolidierung wird konsequent fortgesetzt. Wir sagen zu, dass wir wie geplant bereits im Jahr 2017 keine neuen Schulden mehr im Kernhaushalt machen werden. Und wir garantieren, dass wir in Hamburg keine Steuern erhöhen werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden uns außerdem gemeinsam mit Schleswig-Holstein darum kümmern, dass die HSH Nordbank auf Kurs bleibt und ihre Restrukturierung unter den Auflagen der EU-Kommission fortführt.

Trotz der Fortschritte beim Abbau von Altlasten in den letzten Jahren bestehen immer noch hohe Risiken aus alten Krediten, für die Hamburg und Schleswig-Holstein über die Ländergarantie haften. Und machen wir uns nichts vor: Die Rechnung für die großmannssüchtige Expansionsstrategie der Bank, die mit der weltweiten Finanzkrise 2008 und der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers folgenreich scheiterte, haben die Haushalte der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg noch nicht vollständig bezahlt. Wenn alles gut geht, werden wir das gesamte Ausmaß der Folgen dieses unverantwortlichen Abenteuers für unsere Länder Anfang der Zwanzigerjahre beziffern können.

Wir werden uns dafür einsetzen, in 2015 eine Vereinbarung über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erreichen, in der auch die besondere Rolle der Stadtstaaten gewürdigt wird. Wir wollen damit den solidarischen Finanzausgleich zwischen den Ländern auf eine sichere Grundlage stellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit einer ordentlichen und soliden Haushaltspolitik schaffen wir die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Denn ein Senat, der selbst verlässlich wirtschaftet, wird auch in der Wirtschaft als Partner anerkannt. Und das ist notwendig, damit das moderne Hamburg wirtschaftlich stark bleibt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das, was die Stadt in ihrer Verantwortung tun kann, wird sie machen. Wir werden die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung zu einer One-Stop-Agency für Ansiedlungen und Investitionen weiterentwickeln. Wir werden die Fördermöglichkeiten der Investitions- und Förderbank noch passgenauer gestalten. Wir werden die Flächen für unternehmerische Initiativen bereitstellen, zum Beispiel in Billbrook, wo ein Magnet für Industrieansiedlungen entstehen soll, oder in Lokstedt, wo ein mehrgeschossiger Handwerkerhof am Offakamp entstehen wird. Wie auch in Rothenburgsort werden wir zeigen, dass man Gewerbe auch stapeln kann, um Flächen intensiver zu nutzen. Die Vorhaben am Offakamp und beim Billebogen sind Pioniere. Hamburg kann nur durch Verdichtung und Höhe seine begrenzten Flächenressourcen optimal nutzen. Das verstehen heute bereits alle, wenn es um den Wohnungsbau geht. Das gilt aber auch für das handwerkliche und industrielle Gewerbe.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit der Sanierung des CCH schaffen wir außerdem die Grundlage für einen auch künftig vitalen Kon-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

gressstandort. Das ist wichtig, um Entscheider in die Stadt zu holen, die dann sehen können, wie schön es hier ist. So beginnt der Wunsch zu reifen, hier auch zu arbeiten und zu leben.

Der Kern der wirtschaftlichen Kraft Hamburgs ist und bleibt auch in Zukunft der Hafen. Wir werden seine Wettbewerbsfähigkeit sichern, indem wir uns nach der Gerichtsentscheidung zügig an die Fahrinnenanpassung machen werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Ein so großes innerstädtisches Industriegebiet wie unser Hafen ist eine Besonderheit. Er trägt wesentlich zum Reiz unserer Stadt bei, seine Lage stellt aber auch besondere Herausforderungen, da künftiges Kapazitätswachstum vor allem durch bessere Effizienz erreicht werden muss, weil Wachstum in der Fläche kaum möglich ist. Wir werden erhebliche Anstrengungen unternehmen, damit unser Hafen auch weiterhin einer der modernsten der Welt ist. Was hier schon heute unter der Überschrift smartPORT geschieht, ist beachtlich und soll fortgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir werden für eine verlässliche Finanzierungsgrundlage sorgen und jährlich deutlich über 100 Millionen Euro für den Ausbau und den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur zur Verfügung stellen. Mit der Kreuzfahrt ist dem Hafen und unserer Stadt eine neue Aufgabe zugewachsen, die wir beherzt anpacken. Bereits in diesem Jahr wird das neue Kreuzfahrtterminal CC3 fertiggestellt werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Zu einem intelligenten Hafen gehören dabei selbstverständlich auch Anstrengungen im Hinblick auf Wasserqualität und Luftreinhaltung, die wir gemeinsam unternehmen werden mit dem Ziel, diesen besonderen Hafen in seiner besonderen Lage auch in Zukunft als modernes Herz unserer Wirtschaft schlagen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Die Geschichte des Hafens zeigt, wie wichtig eine gute Verkehrsinfrastruktur für die wirtschaftliche Stärke unserer Stadt ist. Wir haben neben dem Hafen auch den Flughafen in der Stadt. Wir verfügen über sehr gute Bahn- und Autoanbindungen. Wer auf Verkehrsströme Europas schaut, der sieht, dass Hamburg einer ihrer zentralen Knotenpunkte ist.

Das aber stellt uns auch vor besondere Herausforderungen, diese Infrastrukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die nötigen Ausbauprojekte

in den Bereichen Straße und Schiene auch angegangen werden und vorankommen. Wir haben uns intensiv auf den Ausbau des Fernstraßennetzes vorbereitet, und wir brauchen zusätzliche Bahnkapazitäten, damit künftiges Wachstum im Warenumsatz nicht überwiegend auf dem Lkw landet.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller* und *Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE*)

Zentrale Stichworte sind der Ausbau des Bahngüterverkehrsknotens Hamburg, der achtspurige Ausbau der A 7, die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße und der Bau der A 26 auf Hamburger Gebiet. Auch in der Stadt werden wir den Sanierungsstau weiter auflösen und haben deshalb verabredet, in dieser Legislaturperiode 500 Kilometer Fahrbahn in Ordnung zu bringen und ein Brückenerhaltungsprogramm aufzulegen. Mir ist lieber, dass wir kurzzeitig über Baustellen schimpfen, als dauerhaft über Schlaglöcher.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Die Investitionen in die Infrastruktur helfen, den innerstädtischen Verkehr verträglicher zu gestalten. Dazu gehören auch die Nutzung neuer digitaler Technologien und der Ausbau der Elektromobilität. Wir werden zügig 600 öffentlich zugängliche Ladepunkte aufstellen.

Und wir werden Hamburg systematisch zu einer Fahrradstadt machen. Wir werden in jedem Jahr Radwege sanieren oder neu schaffen und wollen offensiv neue Stationen im StadtRad-Netz errichten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unser Ziel ist, dass jeder gut und schnell durch die Stadt kommt, ganz gleich, mit welchem Verkehrsmittel oder in welcher Kombination. Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern hier keine Vorschriften machen, sondern daran arbeiten, die Attraktivität aller Angebote zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das bedeutet auch, dass wir uns weiter um den Ausbau und die Leistungsfähigkeit von Bussen und Bahnen kümmern werden. Wir werden in dieser Legislaturperiode die S-Bahn-Stationen an den Elbbrücken und in Ottensen bauen und in Betrieb nehmen. Nach dem Ende des Planfeststellungsverfahrens und nach der finanziellen Einigung mit dem Bund werden wir außerdem zügig mit dem Bau der S4 vom Hauptbahnhof in Richtung Ahrensburg und Bargteheide beginnen. Wir arbeiten an der Realisierung der S21 in Richtung Kaltenkirchen.

Wir verlängern die U4 bis 2018 zu den Elbbrücken und wollen 2019 mit dem Ausbau nach Osten in die Horner Geest beginnen. Im gleichen Jahr soll

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

auch die U-Bahn-Station Oldenfelde in Betrieb genommen werden.

Eine komplette neue Strecke im U-Bahn-Netz, die U5 von Bramfeld zum Osdorfer Born, planen wir auch. Wir wollen die Voraussetzungen für einen parallelen Baubeginn in Ost und West im kommenden Jahrzehnt schaffen, um spätestens in 15 Jahren die wichtigsten Streckenabschnitte fertiggestellt zu haben. Es ist gut, dass wir uns ein solch wichtiges Generationenprojekt zutrauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Überall in der Welt wird in den boomenden Städten das Metronetz ausgebaut. In Hamburg hat sich viele Jahrzehnte nur wenig bewegt, von einzelnen, kleineren Ausbaumaßnahmen abgesehen. Bereits in der vorigen Legislaturperiode wurde der Ausbau unseres Metrosystems, der S-Bahn und der U-Bahn, energisch vorangetrieben. Wir werden das Tempo weiter beschleunigen. Hamburg schließt auf zu anderen fortschrittlichen Metropolen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Busnetz werden wir uns – im engen Schulterschluss mit den Anwohnern – weiter um mehr Platz, dichteren Takt, kürzere Fahrzeiten, mehr Kapazität und leichteren Ein- und Ausstieg für Personen mit Mobilitätseinschränkung kümmern. Ab 2020 werden wir nur noch emissionsfreie Busse anschaffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden also viel dafür tun, dass die Hamburgerinnen und Hamburger schnell und sicher durch die Stadt kommen. Und es liegt dem Senat besonders am Herzen, dass der barrierefreie Umbau der Schnellbahnstationen bis Mitte der Zwanzigerjahre abgeschlossen sein wird. Am Umgang mit ihren behinderten Bürgerinnen und Bürgern zeigt sich der Charakter einer Gesellschaft. Hamburg soll vorbildlich sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Neben Fragen der Infrastruktur und des Verkehrs sind Wissenschaft und Forschung für die weitere wirtschaftliche und auch gesellschaftliche Entwicklung in Hamburg zentral. Hamburg soll eine Wissensmetropole sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein Schwerpunkt unserer Anstrengungen gilt daher Hochschulen, Wissenschaft und Forschung. Wir wollen, dass die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, zumindest in ausgewählten Bereichen, auf international exzellentem Niveau forschen und lehren. Insbesondere die Erforschung von Struktur- und Dynamik der Materie und die Klimaforschung bieten derzeit dieses Potenzial.

Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, mindestens einen exzellenten Forschungsbereich in eine institutionelle Förderung von Bund und Ländern zu überführen. Und wir wollen, dass die Hochschulen ausreichend Fachkräfte ausbilden und jungen Menschen die entsprechenden Perspektiven ermöglichen. Dazu werden wir einen Akademiker-Monitor aufbauen, um das Studienangebot vor allem in den Fächern zu stärken, die Studierenden gute berufliche Zukunftsperspektiven bieten.

Außerdem wollen wir die Chancen erhöhen, auch ohne Abitur, aber mit fachlicher Erfahrung, ein Studium beginnen zu können. Wir wollen duale Studiengänge fördern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Qualität unserer wissenschaftlichen Einrichtungen entscheidet mit über die Zukunft unserer Stadt. Wir stellen deshalb eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen sicher. Grundlage dafür sind die Hochschulvereinbarungen, die Planungssicherheit bis 2020 garantieren. Die Hochschulen und die Universitätsbibliothek werden bereits heute jährlich mit deutlich über 600 Millionen Euro finanziert. Das Hochschulbudget wird in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter steigen. Dazu kommen in vollem Umfang die Mittel des Hochschulpaktes III. Außerdem kümmern wir uns um die räumlichen Voraussetzungen. Herausgreifen will ich den Neubau am Geomatikum. Hier entsteht für die MIN-Fakultät baulich eine kleine Universität neu. Insgesamt werden wir am Ende des Jahrzehnts rund eine Milliarde Euro in den Hochschulbau und Neubau für die Forschung investiert haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden uns außerdem darum kümmern, die Forschungslandschaft noch attraktiver zu gestalten. Hier haben wir mit dem DESY, mehreren Max-Planck-, Helmholtz- und Leibniz-Instituten bereits heute gute Voraussetzungen. Ein neues Max-Planck-Institut entsteht. Wir sind als letztes Bundesland nun in der Fraunhofer-Gesellschaft und entwickeln Fraunhofer Einrichtungen in dieser Stadt. Aber wir können noch besser werden. Wir werden unter anderem in den Clustern weiter an der Vernetzung der strategisch bedeutsamen wirtschaftlichen Bereiche der Stadt arbeiten und Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten fördern. Deshalb treiben wir das Entstehen von Technologieparks und Anwenderzentren voran, in Bergedorf, in Harburg, in Bahrenfeld und Osdorf. Und wir unterstützen den Plan der Hochschulen, mit der Hamburg Open Online University den Schritt in die digitale Vermittlung von Lehren und Lernen zu gehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Meine Damen und Herren! Alle diese Investitionen in die wirtschaftliche Kraft tragen auch dazu bei, dass das moderne Hamburg lebenswert ist und lebenswert bleibt. Als eine weiter wachsende Metropole mit großen Plänen und guten Perspektiven dürfen wir nicht aufhören, Hamburg weiter zu bauen. Eine große Stadt, unsere Stadt, ist niemals fertig und entsteht immer wieder neu. Das gilt im Hafen, in der Verkehrspolitik, in der Wissenschaft und natürlich ganz besonders auch beim Wohnungsbau und bei der Stadtentwicklung.

Auch in dieser Legislaturperiode sollen Jahr für Jahr mehr als 6 000 Wohnungen genehmigt und gebaut werden. So können wir gewährleisten, dass in Hamburg Anfang der Zwanzigerjahre über eine Millionen Wohnungen stehen. Wir werden auch weiterhin dafür sorgen, dass jährlich 2 000 geförderte Wohnungen entstehen, und auch die Zusage der SAGA GWG, jährlich mit dem Bau von 1 000 Wohnungen zu beginnen, gilt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine Grundlage des bisherigen Erfolgs ist die enge Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft, den Mieterorganisationen und den sieben Bezirken unserer Stadt. Wir werden daher das Bündnis für das Wohnen und den Vertrag für das Wohnen fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Möglichkeiten für diese große Kraftanstrengung sind da, zum einen durch intelligente Nachverdichtung und zum anderen durch wichtige Stadtentwicklungsprojekte: Die östliche HafenCity, Wilhelmsburg und der Hamburger Süden, die Mitte Altona, die Entwicklung "Stromaufwärts an Elbe und Bille" – sie alle ermöglichen, dass alte Stadtquartiere neu entstehen und ganz neue räumliche Zusammenhänge geschaffen werden. Überall dort, mitten in der Stadt und im urbanen Leben, entsteht das moderne Hamburg des 21. Jahrhunderts – mit hoher Lebensqualität und nachhaltig entwickelt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden diese Vorhaben durch unsere "Qualitätsoffensive Freiraum" ergänzen, um die Entwicklung der Stadt in der Stadt so zu schaffen, dass wir unsere ebenfalls wichtigen Grün- und Freiflächen möglichst wenig in Anspruch nehmen. Wir werden daher Landschaftsachsen, grüne Ringe und Flächen für den Biotopverbund erhalten und weiterentwickeln. Und wir werden mit dem neuen Programm zur Förderung der Dachbegrünung zeigen, wie sich Wohnungsbau und Grün klug verbinden lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Initiative wird sich ebenso wie unsere verkehrspolitischen Vorhaben auch in dem neuen Luftreinhalteplan wiederfinden, den wir bis 2017 erarbeiten werden. Wir wollen und wir werden

modernste Technologien nutzen, um die vereinbarten Klimaschutzziele zu einzuhalten. Dabei wird das Management der Energiewende eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen die Energieeffizienz in Hamburg steigern, die städtischen Energienetze modernisieren und immer mehr Energie aus erneuerbaren Quellen nutzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bis 2050 will Hamburg die CO₂-Emmission schrittweise um 80 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren. Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, um unseren Teil zum nationalen Klimaziel von 40 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 zu leisten. Das ist eine gesamtstädtische Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin davon überzeugt, dass es gelingen kann, durch einen ingenieursgetriebenen Umweltschutz sowohl der wirtschaftlichen als auch der ökologischen Entwicklung unserer Stadt einen Dienst zu erweisen. Beispiele dafür sind Smart Grids, das neue Wärmekataster und das Programm zur Landverstromung im Hafen. Hamburg ist ein führender Standort für die erneuerbaren Energien und ein Schlüsselstandort für die Windenergie in Europa. Hier entstehen neue Möglichkeiten, Wirtschaftskraft und Lebensqualität miteinander zu verknüpfen. Daran wollen wir arbeiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Eine lebenswerte moderne Stadt zeichnet sich vor allem durch die Hoffnung und Zuversicht ihrer Bürgerinnen und Bürger aus. Es ist unsere Aufgabe, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei geht es auch um ein selbstbestimmtes Leben, um Bildungschancen, um gute Arbeit und um die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe. Fürsorglichkeit ist natürlich wichtig. Wichtiger aber noch ist, dass wir den Hamburgerinnen und Hamburgern die Chance geben, ihres Glückes Schmied zu sein. Das gilt auch mit Blick auf all jene, die hierherkommen, weil sie Zuflucht suchen vor Verfolgung und Verwüstung in ihren Heimatländern. Die Bilder der verzweifelten Flüchtlinge auf den Booten des Mittelmeers berühren uns alle. Europa steht in der Pflicht, hier zu helfen, um Schaden an Leib und Leben zu verhindern. Wir müssen die Flüchtlinge retten und zugleich unsere Grenzen schützen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch in Hamburg werden wir sicherstellen, dass alle Flüchtlinge unterkommen und jeder Einzelfall fair bewertet wird. Dazu gehört auch, dass möglichst zügig Klarheit über die individuelle Bleibeperspektive herrscht. Wir werden eng mit den vielen Initiativen und Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten, die sich engagiert um die neuen Flüchtlinge bemühen. Hier hat sich in den vergangenen Jahren vieles zum Besseren verändert. Wo

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

früher einmal Ängste und Ressentiments die Debatte beherrschten, begegnet eine offene Zivilgesellschaft Flüchtlingen aufgeschlossen und hilfsbereit. Auch das macht unsere Stadt so lebens- und liebenswert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden allein in diesem Jahr in Hamburg 10 000 neue Unterbringungsplätze zusätzlich schaffen. Das ist eine gigantische Leistung, für die ich allen dankbar bin, die daran beteiligt sind: den Mitarbeitern der Behörden, aber auch den vielen ehrenamtlichen Helfern, die sich in den Unterkünften engagieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Im Zentrum aller Bemühungen um eine lebenswerte Stadt steht die Chance auf gute Arbeit, die ordentlich bezahlt ist und sich mit dem Familienleben gut vereinbaren lässt. Es ist gut, dass endlich auch in ganz Deutschland der Mindestlohn gilt. Er sorgt für mehr Sicherheit am Arbeitsmarkt und für soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zur Fairness auf dem Arbeitsmarkt gehört auch, dass Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer. Der Staat geht mit gutem Beispiel voran. Deshalb sorgen wir mit dem neuen Gleichstellungsgesetz dafür, dass Frauen im öffentlichen Dienst bessere Chancen bekommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Wenn wir uns um die wirtschaftliche Kraft Hamburgs bemühen, dann immer auch in dem Wissen darum, dass wir so Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Mit 1 000 zusätzlichen öffentlich geförderten Beschäftigungsmöglichkeiten wollen wir Langzeitarbeitslose wieder näher an den Ersten Arbeitsmarkt heranführen. Mit der Jugendberufsagentur haben wir bereits in der vorigen Legislaturperiode ein bundesweit beachtetes Beispiel für den Übergang von der Schule in den Beruf geschaffen, dessen Potenziale wir nun vollständig ausschöpfen wollen. Der allseits anerkannte Erfolg des Hamburger Modells einer Jugendberufsagentur spornt unseren Ehrgeiz an. Eine Berufsausbildung schafft jungen Leuten die Perspektive auf ein unabhängiges und selbstverantwortetes Leben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ein wichtiger Baustein eines Gesamtkonzepts für Bildung und Ausbildung, das natürlich viel früher beginnt. Wesentliche Grundlagen legen wir bereits in Kita und Schule. Hier vermitteln wir die Kompetenzen, die wir im späteren Leben beständig weiterentwickeln. Deswegen ist es so wichtig, dass wir keine ideologischen Debatten führen, sondern dass der Schulfrieden gilt, und deswegen ist es auch eine gute Aussicht, dass das Bundesver-

fassungsgericht unsere kritischen Fragen zum Betreuungsgeld ganz offensichtlich ernst nimmt und ebenfalls beantwortet wissen will.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen Hamburg zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands machen. Und weil Familie überall dort ist, wo Kinder leben, wollen wir Hamburg natürlich auch zur familienfreundlichsten Stadt machen. Wir haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um jedem Kind den Besuch einer Kita zu ermöglichen. Dazu haben wir das Angebot massiv ausgebaut und den fünfstündigen Besuch kostenfrei gestellt. Daran anschließend werden wir in den kommenden Jahren vor allem die Qualität der Betreuungsangebote verbessern. Ab August 2016 werden die Wochenstunden für das Erziehungspersonal im Krippenbereich um 10 Prozent angehoben. Zum August 2019 wird im Krippenbereich zumindest rechnerisch ein Erzieher auf vier Kinder kommen. Spätestens bis zum Doppelhaushalt 2025/2026 soll auch real ein Verhältnis von 1:4 im Krippenbereich und 1:10 im Elementarbereich erreicht sein. Dafür stellen wir bereits heute die Weichen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen mit einem gerechten und leistungsstarken Schulsystem allen Kindern und Jugendlichen gute Bildung ermöglichen. Um das zu erreichen, werden wir die Qualität der Schule und des Unterrichts Schritt für Schritt verbessern. Deshalb überprüfen wir den Lernstand aller Schülerinnen und Schüler mit regelmäßigen Untersuchungen und vereinbaren mit allen Schulen klare Qualitätsziele. Darüber hinaus werden wir den Unterrichtsausfall verringern, das Schulschwänzen energisch bekämpfen und die Berufschancen für Schulabgänger weiter verbessern.

Mit Stadtteilschule und Gymnasium bieten wir zwei unterschiedlich gestaltete, aber gleichwertige Wege zum Abitur. Diese Wahlfreiheit werden wir erhalten, und wir werden mit Abschlussprüfungen auf Bundesniveau in beiden Schulformen hochwertige Schulabschlüsse sicherstellen. Dazu wollen wir den Anteil der Gymnasiallehrer an den Stadtteilschulen auf 50 Prozent erhöhen.

Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf sollen bessere Chancen bekommen. Wir werden daher die Inklusion zu einer besonderen Priorität machen und dafür viele zusätzliche Lehrkräfte bereitstellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus werden wir Lehrerinnen und Lehrer mit zusätzlichen Fortbildungen besser auf die Inklusion vorbereiten. Wir sind nämlich überzeugt: Ein leistungsstarkes und gerechtes Schulsystem muss auch den benachteiligten Kindern und Jugendlichen gute Chancen bieten – genauso wie wir

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

uns auch später im Arbeitsleben und in der Gesellschaft um Teilhabe, Barrierefreiheit und Inklusion bemühen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hamburg unterscheidet sich von anderen Ländern im Westen Deutschlands durch ein umfassendes Ganztagsangebot in den Krippen, den Kitas, den Grundschulen und den weiterführenden Schulen. Wir werden dieses besondere Qualitätsmerkmal des Hamburger Bildungssystems weiter ausbauen und pflegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Zur Lebensqualität in unserer Stadt gehört auch ein gutes Gesundheitssystem. Die Grundlage dafür sind unsere medizinischen Einrichtungen. Wir werden die Gesundheitsversorgung auch in Zukunft auf einem Spitzenniveau halten und darauf achten, dass in allen Stadtteilen eine gute Versorgung mit Ärzten und Pflegeangeboten gewährleistet ist. Seit 2011 haben wir fast 500 Millionen Euro in die Modernisierung unserer Krankenhäuser gesteckt. Das ist bundesweit absolute Spitze. Dieses Investitionsniveau wollen wir halten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden überregionale Zentren für spezialisierte Behandlungen fördern, Telemedizin ausbauen und die Patientensicherheit stetig verbessern, um Hamburg als die Gesundheitsmetropole des Nordens weiter zu stärken. Dazu gehört auch, dass wir ein gutes Leben im Alter ermöglichen. Wir wollen, dass mehr Ältere länger in ihrem Lebensumfeld bleiben können – auch bei Pflegebedürftigkeit. Deshalb werden wir die Pflege- und Serviceangebote für Ältere im Quartier stärken. Wir werden altersgerechtes Wohnen ausbauen und die Pflegeberatung auf alle Bereiche der Pflege- und Seniorenarbeit erweitern. Alle älteren Hamburgerinnen und Hamburger sollen ein Angebot für einen Hausbesuch zur Pflegeberatung bekommen. Und wir wollen in jedem Bezirk ein Zentrum für Altersmedizin schaffen, um Ältere besser gesundheitlich zu versorgen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Zu einer lebenswerten Stadt gehört eine vielfältige und lebendige Kunst- und Kulturlandschaft, und Hamburg kann stolz sein auf seine Theater, seine Orchester, seine Museen, seine Festivals und Initiativen. Politisch stehen wir in der Verantwortung, ihnen die bestmöglichen Bedingungen zu organisieren. Deshalb gilt auch in Zukunft: Wir werden an der Kultur nicht sparen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden in dieser Legislaturperiode Anfang 2017 die Eröffnung der Elbphilharmonie feiern und damit einen Bau einweihen, der schon dann nicht

bloß als großes Konzerthaus, sondern auch als Ikone der offenen Gesellschaft der Bundesrepublik wahrgenommen werden kann. Wir schaffen hier ein Wahrzeichen, das dem Selbstbewusstsein Hamburgs entspricht – und wir tun das mit einem Bau, der fest der Kultur verbunden ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Neben der großen Kunst gehört zur Stadt auch das Krause, das Kreative, das Kleine, das Experimentelle. Es bildet den Humus für alles andere. Und manchmal ist es auch alles andere. Die Kreativwirtschaft ist immer wieder Pionier – was neue Geschäftsmodelle angeht ganz genauso wie beim Erschließen der Bruchkanten unserer Stadtentwicklung. Diesen Geist brauchen wir unbedingt, wenn wir uns aufmachen, um das moderne Hamburg zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind eine wichtige Medien- und Kreativstadt, und wir werden es bleiben. Im Falle der Medien geht es um nicht weniger als um die kommunikative Grundordnung unserer Gesellschaft, die sich mitten im Umbruch befindet. Hamburg wird hier weiter Verantwortung übernehmen, und ich ganz persönlich werde diesen Geschäftsbereich auch in den kommenden Jahren selbst verantworten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Zu unserer gemeinsamen Verantwortung für unser demokratisches Gemeinwesen gehört auch das Bemühen um ein sicheres Hamburg. Ich halte es da mit Bill Clinton: Wir machen Politik für diejenigen, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten. Eigene Anstrengung und das Bewusstsein für die Regeln des Gemeinwesens sind wichtig. Weil man die im Zweifel durchsetzen können muss, werden wir dafür sorgen, dass unsere Polizei auch in Zukunft gut ausgerüstet ist. Wir werden die Personalstärke von 7 700 Vollzugsstellen unverändert gewährleisten und von Stellenstreichungen ausnehmen. Auch bei den Einsatzkräften der Feuerwehr werden wir kein Personal abbauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es muss auch in Zukunft möglich sein, in der Dämmerung unbesorgt um die Alster zu joggen. Auch diese Sicherheit gehört zu unserer lebenswerten Stadt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden auch ein Auge auf diejenigen haben, die radikalen und fundamentalistischen Ideologien anhängen und unsere freiheitliche Demokratie klammheimlich oder offen bekämpfen. Unser Rechtsstaat ist wehrhaft und wird es bleiben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Wir werden die Möglichkeiten des demokratischen Diskurses zwischen den verschiedenen Weltanschauungen, Religionen und Überzeugungen verteidigen, im Zweifel auch robust. Demokratie braucht diese Sicherheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Wer sich genau anschaut, was wir uns für die kommenden fünf Jahre vorgenommen haben, der wird feststellen, dass es beinahe kein Themenfeld gibt, das ohne einen Hinweis auf die Digitalisierung auskommt. Das hat einen guten Grund: Das moderne Hamburg wird digital sein. Die Möglichkeiten digitaler Technologien markieren einen so tief greifenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft, wie die Menschheit ihn allenfalls bei der Erfindung des Buchdrucks und bei der Industrialisierung schon einmal erlebt hat. Wir haben uns vorgenommen, die Chancen dieses Wandels für Hamburg zu ergreifen. Digitale Technologien können uns dabei helfen, unsere eigenen Services besser und effizienter zu machen, sie helfen uns dabei, unsere öffentliche Infrastruktur zu modernisieren, und sie verlangen von uns, dass wir Innovationsräume für unternehmerisches Handeln öffnen. Wenn wir von der Digitalisierung der großen Stadt sprechen, dann meinen wir damit alles das. Wir wollen das Digitale selbst besser verstehen, wir wollen aber vor allem die Rahmenbedingungen schaffen, dass sich auch Wirtschaft und Gesellschaft der Chancen dieser Technologien annehmen und den Fortschritt gestalten. Vieles habe ich bereits angesprochen: den smartPORT, die Open Online University, die integrierten Verkehrssysteme, die Smart Grids. Vieles Weitere könnte ich nennen. Digitalisierung ist keine Aufgabe, die sich an das IT-Referat in der Behörde oder im Unternehmen delegieren ließe. Digitalisierung ist längst Teil des zentralen Managements. Deshalb richten wir aktuell eine Leitstelle Digitale Stadt in der Senatskanzlei ein, um die vielen guten Projekte und Initiativen, die es bereits gibt, besser zu koordinieren. Und wir schaffen mit dem Digital City Science Lab an der HafenCity Universität die Grundlage für eine gute wissenschaftliche Begleitung des Wandels. An der Schnittstelle zwischen den industriellen Traditionen der Stadt und ihrer hohen IT Kompetenz steht die neue Technologie des 3-D-Drucks. Wir werden die vorhandenen Kompetenzen in der Wirtschaft und der Forschung bündeln und eine 3-D-Druck-Strategie entwickeln.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Entscheidend wird aber sein, dass es uns gelingt, die Digitalisierung von Stadt, Wirtschaft und Gesellschaft zu einer Frage zu machen, die im Alltag der Verwaltung gegenwärtig ist. Wir wollen ein Klima schaffen, in dem die Möglichkeiten dieses Technologiebruchs produktiv genutzt werden und Akzeptanz finden. Dazu gehört auch, dass wir die

Belange des Datenschutzes von vornherein zum Bestandteil der Projektentwicklung machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Über ein weiteres, vielleicht das größte Projekt dieser Legislaturperiode habe ich noch gar nicht gesprochen. Es hat etwas damit zu tun, dass das moderne Hamburg auch international sein muss. Ich meine die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele in den Jahren 2024 oder 2028. Es ist schon eine bedeutende Sache, dass der Deutsche Olympische Sportbund sich entschieden hat, mit Hamburg für Deutschland ins Rennen zu gehen. Wir nehmen das sehr ernst. Wir wollen der Welt zeigen, dass Spiele möglich sind, die der Reformagenda des IOC entsprechen. Spiele, die kompakt, mitten im Herzen unserer Stadt, am Wasser stattfinden. Aber eben auch Spiele, die von einer offenen und demokratischen Bürgergesellschaft getragen werden und die den Geist von Frieden und Verständigung atmen, der die Idee von Olympia immer wieder beflügelt hat.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Carl-Edgar Jarchow* und *Jens Meyer*, beide FDP)

Davon wird auch der Sport in der ganzen Stadt profitieren. Es gilt der Grundsatz: Ohne Breite keine Spitze, ohne Spitze keine Breite. Die Verknüpfung von Breitensport und Leistungssport steht im Zentrum unserer Dekadenstrategie für den Hamburger Sport. Wir haben jetzt bis 2017 die Chance, Hamburg als Teil Deutschlands der Welt zu präsentieren. Wir sind das Tor zur Welt, aber wir wissen auch, dass man in den USA in der Zeitung immer noch "Hamburg, Germany" schreibt, während unsere Mitbewerber natürlich ohne solch einen zusätzlichen Verweis auf das eigene Land auskommen können. Dass dieser Zusatz auch bei uns in zwei Jahren nicht mehr nötig ist, ist ein wichtiges Ziel, das wir erreichen werden. Aber wir wollen mehr. Wir wollen die Gelegenheit, uns der Welt zu präsentieren und auf dem Kleinen Grasbrook und überall mitten in der Stadt moderne, menschliche Spiele veranstalten.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Jens Meyer* FDP)

Wir flankieren den Hafen mit einem weltbedeutenden Konzerthaus und mit einem global bedeutsamen Sportgelände. Wir zeigen der Welt, wie vielfältig unsere Stadt ist, wie attraktiv und wie lebenswert. Und wir gewinnen neue Dynamik für unsere eigene innerstädtische Entwicklung. Dort wird etwas entstehen, das bleibt, weil es breit getragen wird. Wir freuen uns auf diese Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich freue mich auch darüber, dass gerade die bisherige Strecke der Bewerbung gezeigt hat, wie gut

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

wir im Norden mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten. Das gilt für die norddeutschen Länder, für Bremen, für Niedersachsen, für Schleswig-Holstein, für Mecklenburg-Vorpommern. Das gilt für die Metropolregion Hamburg. Diese gute Freundschaft wollen wir auch bei anderen Projekten und im Alltag praktizieren und ausbauen. Genauso werden wir unsere enge Vernetzung in die Welt hinein pflegen und mit Olympia vertiefen. Unsere Partnerstädte und unsere Handelspartner wissen, dass man sich auf uns verlassen kann und dass wir Interesse an einer stabilen Zusammenarbeit haben.

Als Welthandelsstadt stellt sich Hamburg seiner Verantwortung. Daher setzt sich die Stadt für globale Gerechtigkeit ein und unterstützt Entwicklungsländer. Diese gute Tradition werden wir auch in Zukunft mit Leben füllen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Übrigens: Als international im besten Sinne erweisen wir uns auch, weil wir weiterhin aktiv bei denen, die selbst oder deren Eltern zugewandert sind, für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft werben. Auf die höchste Einbürgerungsquote unter den deutschen Ländern sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Sie sehen, dass wir uns viel vorgenommen haben für die kommenden Jahre. Selten war so viel Aufbruch in Hamburg. Selten wurden so viele konkrete Pläne für die Zukunft der Stadt nicht nur geschrieben, sondern auch ins Werk gesetzt. Daraus entsteht langsam das Bild einer weltläufigen modernen Metropole der Zwanziger- und Dreißigerjahre. Doch auch sie wird nur ein Zwischenschritt sein in jener faszinierenden Reise, auf der unsere Stadt sich seit so vielen Jahrhunderten befindet.

Wir versprechen, dass wir Hamburg weiterhin ordentlich regieren werden und dass man sich auf unsere Zusagen verlassen kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist die Grundlage dafür, dass Vertrauen in die Politik und ihre Gestaltungskraft weiter wachsen kann. Wir bauen keine Luftschlösser, sondern wir bauen das moderne Hamburg, und wir laden alle ein, sich daran zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir gestalten von hier aus auch Deutschland und Europa mit. In den vergangenen Jahren ist Hamburgs Stimme in Berlin und Brüssel sehr wohl wahrgenommen worden, und das nicht nur, weil hier in der Metropolregion mit über fünf Millionen Bürgerinnen und Bürgern immerhin ein Prozent der europäischen Gesamtbevölkerung lebt, sondern vor allem, weil wir mit guten Ideen und mit konkreten Lösungsvorschlägen überzeugen konnten. Das

wollen wir auch in Zukunft tun. Wir wollen in Hamburg ein Labor der Zukunft sein, auf das andere fasziniert schauen.

Das wird uns gelingen, wenn wir die Einheit von Stadt und Staat bewahren. Hamburg braucht starke Bezirke. Dafür werden wir sorgen. Aber Hamburg profitiert von den kurzen Wegen und den klaren Entscheidungsstrukturen eines Stadtstaates, die wir uns unbedingt erhalten sollten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben uns damit einiges vorgenommen. Das Entscheidende für alles Weitere wird sein, dass wir den Alltagstest der Hamburgerinnen und Hamburger bestehen. Ich verspreche den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt: Wir haben einen Plan, wie das gelingen kann. Aber ich sage ihnen auch: Wir brauchen Ihre Beteiligung, Ihre Partizipation. Das moderne Hamburg gelingt gemeinsam. Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Detlef Ehlebracht AfD*)

Präsidentin Carola Veit: Wird nun weiter das Wort gewünscht? – Herr Trepoll von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Puh, Herr Scholz, wen haben Sie da alles in Ihrer leidenschaftlichen Rede bemüht? Bill Clinton, Karl Popper, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, die Bergpredigt und "Das Kapital".

(Heiterkeit bei der CDU)

Wenn ich neben diesen großen Namen die rot-grüne Senatsmannschaft sehe, denke ich: So weit haben Anspruch und Wirklichkeit noch nie auseinandergelegen.

(Beifall bei der CDU)

Die neue Senatsmannschaft bietet doch eher ein Bild altvertrauter politischer Weggefährten und braver Verwalter, daran ändern auch die neue Legislaturperiode und der Einzug der GRÜNEN in den Senat nichts. Aus Ihrer Rede wird klar: Pragmatismus als reiner Selbstzweck, alles bleibt beim Alten, Stillstand statt Fortschritt, Verwalten statt Gestalten – das ist Ihr politisches Credo. Wer auf etwas Neues gehofft hat, wurde wieder enttäuscht. Besonders interessant: Von allen großen Vorhaben, die Sie für ein modernes Hamburg in Zukunft soeben angesprochen haben, haben Sie als Bürgermeister kaum eines angesprochen und auf den Weg gebracht. Die Elbphilharmonie, die Idee der Olympia-Bewerbung,

(Heiterkeit bei der SPD – Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

(André Trepoll)

die Elbvertiefung, mit deren Realisierung Sie in vier Jahren kaum einen Schritt vorangekommen sind, und selbst der Röntgenlaser, das alles haben wir in unserer Regierungszeit angeschoben und beschlossen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

– Es freut mich, dass Sie wieder aufgewacht sind, dann habe ich mein Ziel erreicht.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Kruse FDP*)

Bei genauerem Hinschauen bleibt also wenig Regierungshandeln der SPD für die Zukunftsfähigkeit Hamburgs übrig. Vielen Dank, dass Sie sich an dieser Stelle selbst so ausgezeichnet entlarvt haben, Herr Bürgermeister. Außerdem wundert es mich nicht, dass Sie so viele Gedanken dem Glück widmen, denn in Ihrer ersten Amtsperiode haben Sie jede Menge davon gehabt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ihr nicht, das ist der Unterschied!)

Noch nie in der Nachkriegsgeschichte Hamburgs hatte ein Bürgermeister leichtere Bedingungen als Sie: vier Jahre stetiges Wirtschaftswachstum, zu dem Sie wenig beigetragen haben, ständig steigende Steuereinnahmen und enorm sinkende Zinsausgaben. Wenn man böswillig wäre, könnte man auch sagen, Sie hatten mehr Glück als Verstand.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Sie sind nur neidisch!)

Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten. Daher frage ich mich schon, warum sich weder SPD noch GRÜNE ausreichend die Frage gestellt haben, was sie für unsere Stadt erreichen wollen. Wo soll Hamburg 2020 stehen? Womit wollen wir erfolgreich sein, was soll uns auszeichnen? Nur eines scheint heute schon klar: Rot-Grün ist ein Aufbruch in die Blockade. Gerade die Tatsache, dass sich die GRÜNEN in keinem Politikfeld vollständig durchsetzen konnten, auch nicht dort, wo es einmal sinnvoll gewesen wäre – Stichwort BAföG-Millionen für die Unis oder die Abschaffung der unsinnigen Busbeschleunigung –, wird dazu führen, dass sie nach und nach Sand ins Senatsgetriebe streuen werden. Die wenigen Maßnahmen, die im rot-grünen Vertrag wenigstens angedeutet sind, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, des Hafens, der Verkehrsinfrastruktur und der inneren Sicherheit, gehen leider in die falsche Richtung. Am Ende bleibt es so, wie es bisher war:

(*Dirk Kienscherf SPD*: Erfolgreich!)

doch wieder nur Scholz ohne gute Leute und ohne gute Ideen.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Wie viel Prozent haben Sie noch mal gekriegt?)

Wenn man sich nicht festlegen will oder kann, dann verwendet man gern besondere Worte. Hierfür ist der rot-grüne Koalitionsvertrag ein absolutes Paradebeispiel. 137-mal "wollen", 89-mal "sollen", 87-mal "können", und auch "müssen" und "möchten" fehlen in ausreichender Zahl nicht.

(Beifall bei *Thomas Kreuzmann CDU*)

Formulierungen wie "Wir werden daran arbeiten" runden das Bild der wenigen Versprechen ohne Gewähr vollkommen ab. Die bisher wichtigste Einigung besteht wahrnehmbar darin, gemeinsam regieren zu wollen. Dafür gönnt sich Rot-Grün erst einmal zusätzliche Senatoren und Staatsräte. Sie haben es eben gesehen, es war gar kein Platz für die ganzen Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Eine neue Behörde bedeutet nicht nur einen neuen Senator und einen neuen Staatsrat, sondern zieht eine kostspielige Kette nach sich. Konkret bedeutet das ein eigenes Verwaltungsamt mit Rechtsabteilung, Personalabteilung, Präsidialabteilung und so weiter und so fort, und das alles dann zweimal für zwei Minibehörden, nachdem Olaf Scholz schon 2011 die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz geschaffen hatte. Meine Damen und Herren, es ist doch offensichtlich, dass dieser Behördenzuschnitt keinen fachlichen Erwägungen folgt, sondern allein der postenmäßigen Selbstbereicherung von Rot-Grün dient.

(Beifall bei der CDU)

Die GRÜNEN wollten partout drei Ressorts leiten, nachdem sie inhaltlich schon auf der Strecke geblieben sind, und Olaf Scholz wollte keine weitere Behörde abgeben, um vor seinen Genossen nicht schlecht dazustehen. Hamburg gönnt sich als zweitkleinstes Bundesland deutschlandweit inzwischen fast die größte Landesregierung. Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen haben deutlich kleinere, schlanke Regierungsapparate. Der Koalitionsfrieden hatte offensichtlich seinen Preis. Meine Damen und Herren, das ist keine Politik zum Wohle der Stadt, das ist politische Selbstbereicherung auf Kosten der Steuerzahler. Wir lehnen diese Selbstbedienungsmentalität entschieden ab.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig wurden mit der Entsorgung von Senatorin Blankau für Bürgermeister Scholz und seine SPD praktischerweise gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Zum einen konnte die drohende öffentliche Diskussion zum möglichen Wahlrechtsbetrug des Gatten von Frau Blankau vorerst beendet werden, zum anderen wurde für Frau Stapelfeldt ein neuer Arbeitsplatz geschaffen. Dabei hat Senatorin Stapelfeldt doch bereits in ihrem vorherigen Tätigkeitsfeld, der Wissenschaft und Forschung, verbrannte Erde hinterlassen

(André Trepoll)

(*Milan Pein SPD: Pfui!*)

und soll nun den wichtigen Bereich des Wohnungsbaus betreuen. Der Sinn erschließt sich mir ganz und gar nicht, für mich wird klar: Frau Stapelfeldt bleibt der größte politische Entsorgungsfall der SPD.

(Beifall bei der CDU – *Wolfgang Rose SPD: Geht's noch?*)

Es ist eine wirklich demokratische Herausforderung, dass der aktuelle Senat mit 27 Kabinettsmitgliedern um rund ein Drittel größer ist als die größte Oppositionsfraktion.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Woran liegt denn das? – Dirk Kienscherf SPD: Das liegt an Ihrer Schwäche!*)

Für die Bürgerschaft als Teilzeitparlament gleicht die Kontrolle der Exekutive einem Kampf David gegen Goliath und wird eine Herausforderung – aber eine Herausforderung, die die CDU-Fraktion bereits engagiert aufgenommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kollegen, die künstliche Aufblähung dieses Senats ist aber noch aus einem anderen Grund problematisch.

(*Dirk Kienscherf SPD: Ihr Schrumpfkurs!*)

Es fehlt an vielen wichtigen Stellen in der Stadt an Personal. So fehlen allein bei der Bereitschaftspolizei derzeit 150 Stellen, der Rest schiebt enorme Überstunden vor sich her – ein abenteuerlicher Zustand. Inzwischen müssen die Hamburger häufig wochenlang darauf warten, einen Termin beim Amt zu bekommen. Der Besuch im Kundenzentrum wird für die Bürger immer mehr zur Qual. Bescheide werden standardmäßig später verschickt; gerade dieser Tage hat der Rechnungshof dies in einer Studie massiv kritisiert. Dies alles geschieht, weil Personal vielfach planlos und ohne Verstand gekürzt wird. Dass Rot-Grün nun den Senat um zusätzliche Spitzenpositionen aufbläht, in den Bezirksämtern und Fachabteilungen aber weiterhin den Rotstift ansetzt, ist vor diesem Hintergrund schlicht verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU)

Immer weniger Personal, immer neue Aufgaben. Herr Scholz, wenn Sie den Personalbestand in der hamburgischen Verwaltung reduzieren wollen, dann bringen Sie endlich den Mut auf und betreiben Sie systematische Aufgabenkritik. Bürgernahe Verwaltung sieht jedenfalls anders aus, und deshalb ist es ein Fehler, wenn Rot-Grün in ihrem Koalitionsvertrag keinen einzigen Punkt mit Substanz zur Stärkung der Bezirke vereinbart haben, und auch eben war es nur ein Halbsatz, Herr Scholz, den Sie dazu gesagt haben. Ihre Politik ist die Abkehr von einer modernen, leistungsfähigen und

kundenorientierten Verwaltung. 15 Staatsräte hat Hamburg jetzt, so viele wie noch nie, aber beinahe hätte es erstmals keinen Bezirksstaatsrat mehr gegeben. Das geht aus meiner Sicht gar nicht. Aber immerhin ist der SPD-Fraktion, Herr Dr. Dressel, dieser Lapsus schon eine Woche später aufgefallen.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der CDU: Bravo!)

Dann war erst, wie man so hört, kein Staatsrat bereit, diese Aufgabe zu übernehmen, und daraufhin haben Sie die Staatsrätin aus der Minigesundheitsbehörde zwangsverpflichtet, damit sie arbeitsmäßig endlich einmal ausgelastet ist. So viel zur Wertschätzung der Bezirke.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kollegen, für Hamburg geht es in diesem Bereich um deutlich mehr. Das zeigt insbesondere die verrückte Idee von Manfred Brandt und "Mehr Demokratie", unser Hamburg in viele Kleinstgemeinden aufzuteilen. Wir Christdemokraten sagen: Wer die Einheit Hamburgs will, der muss die Bezirke stärken und darf sie nicht immer weiter ausbluten lassen. Hierfür werden wir uns einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Hamburg geht es derzeit unbestritten gut, weil es von der hervorragenden gesamtwirtschaftlichen Situation und dem Fleiß der Menschen profitiert. Wer nun aber die Hände in den Schoß legt, riskiert, dass andere an ihm vorbeiziehen. Wir müssen mehr darüber nachdenken, wovon wir in Zukunft leben wollen, und nicht nur darüber, wie wir leben wollen. Gerade in der Wirtschaftspolitik müssen neue Impulse gesetzt werden, und da frage ich mich schon, mit welchen konkreten Initiativen in den vergangenen vier Jahren man Wirtschaftssenator Horch in Verbindung bringen kann und mit welchen in der Zukunft. Wofür steht die Wirtschaftsbehörde, wofür steht Senator Horch? Wo ist Ihr Gestaltungsanspruch? Als Verkehrssenator stehen Sie für unkoordinierte Baustellen und Dauerstau, als Wirtschaftssenator fahren Sie im Schlafwagen durch die Stadt. Anscheinend bemerken Sie nicht einmal, dass sich die Realwirtschaft längst vom Wirtschaftsbild des Senats entkoppelt hat. Was Rot-Grün für visionär hält, erzeugt in der Wirtschaft oft nur noch ein müdes Lächeln.

(*Wolfgang Rose SPD: Mal nachgefragt?*)

Es fehlen greifbare kreative Maßnahmen. Es reicht nicht, lediglich die Olympia-Bewerbung als Vision auszurufen. Die Zukunftsfähigkeit Hamburgs in den kommenden Jahrzehnten darf nicht allein vom Wohl und Wehe der Olympia-Bewerbung abhängig sein. Das ist für Hamburg zu wenig, Herr Scholz.

(Beifall bei der CDU)

(André Trepoll)

Auch in der Debatte zum Freihandelsabkommen TTIP, das besonders für Hamburg als Wirtschaftsmetropole von enormer Bedeutung ist, vernehme ich vom ach so wirtschaftsfreundlichen Bürgermeister und seinem Wirtschaftssenator kein Wort. Das Wegducken in dieser wichtigen Frage zeigt leider, dass die wirtschaftliche Zukunft in dieser Stadt bei Ihnen, Herr Bürgermeister, doch nicht in den allerbesten Händen ist. Wie sieht es aus mit dem Innovationsstandort Hamburg? Der Koalitionsvertrag ist offensichtlich eine Abkehr davon. Er enthält zwar viele wohlwollende Schlagworte, hinter denen sich bei näherer Betrachtung aber nichts verbirgt. Wir müssen Hamburg endlich zur Gründermetropole machen durch die Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft. Hamburg braucht eine strategische Innovationspolitik für Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen in unserer Stadt, und die Rahmenbedingungen für den Weg in die Digitalisierung müssen wir auf diesem Wege erreichen. Hamburg muss dringend zum bevorzugten Standort schnell wachsender, innovativer Start-ups werden. Die Innovationsallianz zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaftseinrichtungen muss endlich wieder mit Leben gefüllt werden. Hamburg muss den Einfluss von Immigration und Integration auf Arbeitswelt und Wertschöpfung endlich stärker erkennen und nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Zumindest eines lässt sich bereits feststellen: Der Koalitionsvertrag ist eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Naturschutzverbände. So plant Rot-Grün beispielsweise, die finanziellen und personellen Mittel für die Pflegemaßnahmen der Naturschutzgebiete, die primär von den Naturschutzverbänden erbracht werden, kräftig aufzustocken.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sollen wir die verlottern lassen, oder was?)

An anderer Stelle räumt der Koalitionsvertrag den Naturschutzverbänden eine fundierte Teilnahme ein. Wie das in der Realität aussieht, sehen Sie bei der A 26. Erst wird jahrelang mit den Naturschutzverbänden verhandelt und dann wird trotzdem blockiert. Hinzu kommt das Ansinnen, den Hamburger Hafen zu einem Ökohafen auszugestalten zu wollen. Wenn die umweltpolitischen Vorhaben so wie geplant umgesetzt werden, droht eine massive Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik für unseren Hafen.

(Beifall bei der CDU – *Farid Müller GRÜNE: Weil Sie sich das nicht vorstellen können!*)

Die Hafenwirtschaft hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die hohen Umweltauflagen zu Wettbewerbsnachteilen führen werden. Zum ersten Mal überhaupt fehlt ein klares Bekenntnis der Regierungsparteien zur notwendigen Fahrrinnenanpassung der Elbe.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was? – Dr. Monika Schaal SPD: Sie haben nicht zugehört!)

– Doch, Herr Dr. Dressel. Sie hätten einmal sehen sollen, wer geklatscht hat bei der Elbvertiefung. Ihre Fraktion ja, diese Damen und Herren nicht.

(Beifall bei der CDU und bei *Daniel Oetzel FDP*)

Geradezu unverständlich angesichts der Uneinigkeit von Rot-Grün ist auch die Tatsache, dass die Stiftung Lebensraum Elbe künftig mit rund 500 000 Euro mehr aus dem Hafengeld ausgestattet werden soll, sitzen im Stiftungsrat doch unter anderem die resoluten Gegner der Fahrrinnenanpassung, denen wir eine erneute Verzögerung der notwendigen Ausbaggerung der Elbe zu verdanken haben. Meine Damen und Herren, das ist ein falsches Signal an die Bürger, an die Wirtschaft in Hamburg und insbesondere auch an die Gerichte.

(Beifall bei der CDU)

Dass sich SPD und GRÜNE dann auch noch vom Universalhafen verabschieden, bringt das Elbwasser endgültig zum Überlaufen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Ach!)

Die Hafeninvestitionen stagnieren und wie die im Koalitionsantrag benannten Projekte für unseren Hafen finanziert werden sollen, erwähnen Sie mit keiner Silbe. Um es klar zu benennen: Dem Hafen fehlen für diese Maßnahmen bis zu einer Milliarde Euro. Der Hamburger Hafen braucht nicht mehr Umweltauflagen und höhere Kosten für die Reedereien, sondern mehr Wettbewerbsfähigkeit. Mit der Neustrukturierung des Hafengeldes, Stichwort Bonus-Malus-System, droht dem Hafen ein neues Bürokratiemonster. Wir haben mit unserem Konzept "Hafen Hamburg 2030 – Impulsgeber für Norddeutschlands Wirtschaft" bereits gute Vorschläge für wichtige Impulse geliefert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber ohne Finanzierung – schade auch!)

Für die notwendigen Zukunftsinvestitionen in die Hafeninfrastruktur brauchen wir dringend eine Erhöhung der Investitionsmittel. Die Kapazitätsengpässe bei der Hinterlandanbindung müssen beseitigt werden und dürfen nicht länger zu Wettbewerbsnachteilen führen. Die hierfür notwendigen Infrastrukturmaßnahmen müssen jetzt realisiert und nicht auf die lange Bank geschoben werden. Herr Bürgermeister, das sind die entscheidenden Schritte für die Zukunft des Hafens und unserer Stadt. Hier müssen Sie ran, und Sie sollten diese konkreten Vorschläge nicht länger ignorieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Olympischen und Paralympischen Spiele sind eine Jahrhundertchance für Hamburg, nicht nur für den deutschen Sport und die Hamburger Sportler, sondern für unsere

(André Trepoll)

ganze Stadt. Olympia heißt, die Welt zu Gast in unserer Stadt zu haben. Die Ausrichtung der Olympischen Spiele bietet eine einmalige Chance, die globale Aufmerksamkeit auf Hamburg zu lenken, das positive Image unserer Stadt noch zu steigern und auch viel für unsere Infrastruktur und unsere Stadtentwicklung zu tun. Doch ohne die Zustimmung der Hamburgerinnen und Hamburger wird auch das beste Konzept nichts nützen. Ausrichter von Großveranstaltungen wie Weltausstellungen, Fußballweltmeisterschaften oder Olympische Spiele sehen sich in den letzten Jahren immer stärker mit Vorwürfen konfrontiert, was Korruption, mangelnde Koordination oder Kostenexplosion angeht. Entscheidend ist jetzt, dass Hamburg mit einem Konzept ins Rennen geht, das nicht nur durch eine nachhaltige Planung, sondern auch durch Informations- und Kostentransparenz überzeugt. Hier ist Rot-Grün in der Pflicht, wie auch beim Thema Volksbefragung. Bereits seit Mai letzten Jahres lag der Bürgerschaft unser Gesetzentwurf für eine Volksbefragung vor, aber die SPD hat die Vorbereitung der Volksbefragung auf die lange Bank geschoben und damit wertvolle Zeit verschwendet. Der Zeitdruck, unter dem das Parlament nun steht, ist also Ihre Schuld.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Scholz und Herr Dressel, Ihre Untätigkeit über ein ganzes Jahr hinweg war in hohem Maße unprofessionell und dilettantisch. Diese mutwillige Untätigkeit ist überhaupt kein Ausweis guten Regierens. Aber wir werden Ihnen jetzt aus der Patzche helfen,

(Arno Münster SPD: Bloß nicht, bloß nicht!)

wenn es um die Entscheidung für das Bürgerchaftsreferendum geht – weil es um Olympia geht und weil es um Hamburg geht.

(Beifall bei der CDU)

Bei aller Euphorie für Olympia und sportliche Großereignisse darf Breiten- und Vereinssport in Hamburg nicht vernachlässigt werden. Rund 500 000 Hamburger sind in fast 800 Sportvereinen organisiert. Die Investitionen in die Sportanlagen als Bestandteil der sogenannten Dekadenstrategie sollen fortgesetzt werden. So weit, so gut, doch bei näherer Betrachtung stellt sich dies als reine Luftnummer heraus. Es fehlt für die Strategie schlicht an der haushalterischen Unterfütterung. Die vorgesehenen Instandsetzungsmittel reichen nicht aus, um die vorhandenen Sportanlagen insgesamt zu sanieren. Vier bis fünf Kunstrasenplätze im Jahr in Hamburg sind zu wenig; hier muss deutlich mehr passieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Senat hat es – leider – geschafft: Hamburg ist endlich Staustadt

Nummer eins in Deutschland, und wir alle leiden täglich darunter.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Heute zum Beispiel!)

– Heute zum Beispiel, Herr Dressel, bin ich zu einer Veranstaltung 90 Minuten zu spät gekommen. Es ist, glaube ich, ganz gut, wenn man sich nicht allzu weit von den Problemen der Bürger entfernt, auch wenn es auf Kosten meiner Zeit geht.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Ich bin U-Bahn gefahren, und das hat geklappt!)

Laut dem Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut steht Hamburg spätestens 2020 vor dem Verkehrskollaps. Statt Verkehrspolitik aus einem Guss wird die unsinnige Busbeschleunigung jetzt mit Unterstützung der GRÜNEN fortgeführt. Ein sinnvoller Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs wurde gleich ganz auf die nächste Wahlperiode verschoben. Die Versprechen der SPD zum U-Bahn-Ausbau nach Bramfeld, Steilshoop, zum Osdorfer Born und zu den Arenen sind den Hamburgern bereits seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt, aber bisher ist in dieser Frage vieles offen. Die Finanzierung ist unklar, und Herr Dr. Dressel zaubert kurz eine zweite Tunnelbohrmaschine aus dem Ärmel – alles interessant, aber ich bin gespannt, wie das alles finanzierbar ist. Die beschleunigten Realisierungstermine werden aber bereits heute versprochen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!)

Meine Damen und Herren, ich werde fast 60 sein, also so alt wie der Bürgermeister jetzt fast ist, wenn diese Pläne diesmal überhaupt realisiert werden. Ich habe extra noch einmal nachgeschaut, es geht schon langsam in die Richtung.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

Ich gestehe zu, es sind noch einige Jahre, Herr Scholz.

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Die Frage ist auch, wer älter aussieht!)

– Das stimmt. Aber ich hoffe, ich werde es trotzdem noch erleben, wenn Sie Ihre Pläne durchsetzen.

Seit Wochen und Monaten kommt der motorisierte Verkehr in und um Hamburg täglich zum Erliegen, und das bringt die Bürger schier zur Verzweiflung. Was ist die Antwort von Rot-Grün, um das Stauchaos zu beenden und die Baustellen endlich besser zu koordinieren? Es wird lauthals eine groß angelegte Radverkehrsoffensive zulasten des Autoverkehrs verkündet. Herr Scholz, in der Verkehrspolitik machen Sie den Wahnsinn zum Programm.

(André Trepoll)

(Beifall bei *Jörg Hamann CDU – Farid Müller GRÜNE*: Da war die CDU auch schon mal besser!)

Dagegen wird sich die CDU in den kommenden fünf Jahren konsequent zur Wehr setzen, das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei der CDU)

Wir Christdemokraten stellen uns unter moderner Verkehrspolitik etwas anderes vor. Hamburg braucht keinen Radverkehrsbeauftragten, sondern schlicht einen Senat, der die richtigen Prioritäten setzt.

(Zurufe von der SPD: Ach so!)

Dabei muss man dann auch genau auf Ihre Wortwahl achten. Ihre Wortwahl sieht folgendermaßen aus: Sie reden von einem Umkrempeln Hamburgs zur Fahrradstadt, und das ist eine deutliche Kampfansage an alle anderen Verkehrsteilnehmer. Der damit einhergehende Rückbau von Hauptverkehrsstraßen, von den GRÜNEN auch gern als Verkehrswende bezeichnet, ist auf jeden Fall keine Wende zum Besseren.

(Beifall bei der CDU)

Um Missverständnissen vorzubeugen: Auch wir befürworten sinnvolle Verbesserungen für den Fahrradverkehr.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Irgendwie hat Herr Hesse so was mal gesagt!)

Der Anteil des Fahrradverkehrs wird zunehmen, das werden auch Sie nicht verhindern können, das ist uns klar, aber wir müssen aufpassen, dass diese Maßnahmen Hamburgs wichtigem Warenwirtschaftsverkehr nicht schaden, denn Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik. Ich will es gern noch einmal für Sie wiederholen, Herr Kienscherf: Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU)

So begrüßen wir ausdrücklich, dass es auch weiterhin keine unsinnigen Umweltzonen oder gar eine Citymaut in Hamburg geben wird, und wir hoffen, dass es auch so bleibt. Der öffentliche Raum ist begrenzt. Bereits in den letzten vier Jahren sind über 1 000 Parkplätze in Hamburg vernichtet worden. Wir wollen, dass die vorhandene Anzahl an öffentlichen Stellplätzen festgeschrieben wird. Künftig wegfallende Stellplätze müssen dann in näherer Umgebung, beispielsweise in Tiefgaragen, ausgeglichen werden. Hier gilt dann, Herr Dr. Dressel, das gleiche Argument wie zuvor für die U-Bahn. Alles, was oberirdisch keinen Platz findet, gehört unter die Erde.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Also seid ihr jetzt auch für die U-Bahn!)

Gleiches gilt auch für Fahrradabstellanlagen. Andere Städte wie Zürich machen es uns bereits vor.

Durch eine bessere Koordination der Baustellen und die Nutzung intelligenter Verkehrstelematik können parallele Baustellen vermieden, der Verkehr viel effizienter gesteuert und so Staus auf Hamburgs Straßen frühzeitig verhindert werden.

(*Farid Müller GRÜNE*: Auf dem Papier hört es sich gut an.)

Vor allem müssen die kontraproduktiven P+R-Gebühren sofort zurückgenommen werden. Sie treiben die Pendler zurück auf die Straße und sorgen dafür, dass Wohngebiete im Umfeld der Bahnhöfe jetzt zum Leidwesen der Anwohner dicht geparkt werden. Dieser Unsinn muss rückgängig gemacht werden, Herr Scholz. Rechthaberei und Starrsinn helfen hier nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kollegen, wenn bei Menschen eingebrochen wird, sind die psychischen Folgen häufig schlimmer als die materiellen. Schlafstörungen, Angstzustände und ein Gefühl der Ohnmacht sind leider häufige Begleitumstände. Die Zahl der Einbrüche in Hamburg ist im Vergleich zum Vorjahr erneut um 8,2 Prozent weiter gestiegen. Hamburg hat bezogen auf die Bevölkerung deutschlandweit die zweitmeisten Einbrüche. Bis 2020 drohen hochgerechnet fast 100 000 Einbrüche in unserer Stadt. Ein Konzept zur Bekämpfung der gestiegenen Einbruchskriminalität hat Rot-Grün nicht, man findet dazu im Koalitionsvertrag nichts. Dies scheint mir einer Kapitulation gleichzukommen. Sie lassen die Hamburger mit diesem Problem allein. Stattdessen entwickeln Sie ideologische Betriebsamkeit für ein anderes Lieblingsthema: die Kennzeichnungspflicht für Polizisten als besonderes Zeichen des Misstrauens gegenüber unseren Polizeibeamten.

(Beifall bei der CDU)

Und das, wo Hamburg bereits heute die Stadt in Deutschland ist, in der die meisten linksextremistischen Straftaten verübt werden.

(*Anna Gallina GRÜNE*: Wie peinlich!)

Nein, andersherum wird ein Schuh daraus: Wo bleibt die Kennzeichnungspflicht für die Idioten, die Steine und Molotowcocktails auf unsere Polizisten schmeißen? Diese Frage hätten Sie einmal stellen müssen.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Das letzte Wochenende, an dem 34 Polizeibeamte verletzt wurden, hat erneut eindrucksvoll gezeigt, dass Hamburg dringenden Handlungsbedarf bei der Bekämpfung des Linksextremismus hat. Es ist ein Trauerspiel, dass der rot-grüne Koalitionsvertrag hierzu kein Wort sagt.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Bernd Baumann AfD*)

(André Trepoll)

Der Senat muss den Vorstoß unterstützen, den Wohnungseinbruchsdiebstahl in den Katalog der schweren Straftaten im Rahmen der Telekommunikationsüberwachung aufzunehmen. Zur Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung muss zudem ein Sicherheitsbarometer eingeführt werden, das die Kriminalitätslage in den Stadtteilen quartalsweise veröffentlicht. Diese Maßnahmen werden wir einfordern.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Aber was bringt es, wenn man Straftäter fängt, jedoch eine Justiz hat, die inzwischen mit der Strafverfolgung viel zu oft überfordert ist? Es ist bedauerlich, dass auch in der Hamburger Justiz keine Verbesserungen erkennbar sind. Den öffentlichen Überlastungshilferufen der Gerichtspräsidenten und der Staatsanwaltschaften zum Trotz werden die falschen Kürzungen der vergangenen Jahre nicht zurückgenommen. Dabei werden die Verfahren immer länger und immer komplexer. Es ist ein absolutes Armutszeugnis dieses Senats, wenn nun zur Entlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften bestimmte Delikte wie Drogenmissbrauch und Schwarzfahren einfach bagatellisiert werden sollen, wie es Justizsenator Steffen jüngst als seine erste Maßnahme verkündet hat. Die konsequente Verfolgung aller Straftaten ist keine Ressourcenverschwendung, sondern Kern eines handlungsfähigen und glaubwürdigen Rechtsstaats. Wer dies nicht begreift, ist als Justizsenator fehl am Platze.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Ludwig Flocken AfD*)

Die richtige Antwort auf steigende Kriminalität ist eine gut ausgestattete Polizei und Justiz, die jederzeit konsequente Strafverfolgung und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten kann. Wir werden nicht akzeptieren, dass der rot-grüne Senat die Folgen seiner Innenpolitik durch Straffreiheit für minder schwere Delikte vernebelt. Das ist der falsche Weg. Unsere Forderung lautet daher, dass Polizei und Justiz personell so verstärkt werden, dass eine entschlossene Strafverfolgung und ein guter Rechtsschutz gewährleistet sind.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und die Finanzierung?)

Zugleich muss die Opferbetreuung in gerichtlichen Verfahren endlich verbessert werden. Die von allen Fachleuten abgelehnte Verlagerung des Frauenvollzugs nach Billwerder wird fortgesetzt. Auch hier konnten sich die GRÜNEN nicht durchsetzen, und die Rolle von Justizsenator Steffen in diesem Zusammenhang ist sowieso bemerkenswert. So hat er in seiner ersten Amtszeit eine Justizreform vorgelegt, die der SPD-Senat anschließend sofort in den Abfalleimer beförderte. Nicht wahr, Herr Dr. Dressel, so war es doch?

(Heiterkeit bei der CDU)

Nun wieder Justizsenator, vertritt er plötzlich genau die entgegengesetzten Pläne seiner Nachfolgerin beziehungsweise Vorgängerin im Amt. Solch eine inhaltliche Flexibilität muss man erst einmal ohne Schleudertrauma hinbekommen. Gute Besserung, Herr Steffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Liebe Kollegen, eine gute Kindertagesbetreuung ist eine entscheidende Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere wenn beide Eltern berufstätig sind. Das Betreuungsgeld ist für uns kein Gegensatz dazu,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Schade!)

sondern es schafft Wahlfreiheit und sorgt dafür, dass Eltern, die sich länger Zeit für ihre Kinder nehmen und damit bewusst auf ein zweites Einkommen verzichten, auch finanzielle Unterstützung durch die Gemeinschaft erfahren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD – *Wolfgang Rose SPD*: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Ihre Klage gegen das Betreuungsgeld ist ein Schlag ins Gesicht der knapp 400 000 Eltern in Deutschland, die mittlerweile Betreuungsgeld beziehen. Wir werden diese diffamierende und familienfeindliche Politik von SPD und GRÜNEN nicht unterstützen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Ich frage mich wirklich, welches Menschenbild Herr Scheele haben muss, dass er der Meinung ist, dass zwei- und dreijährige Kinder grundsätzlich in die Kita gehören und nicht auch von ihren Eltern gut betreut werden können.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das sagt er doch gar nicht!)

Stattdessen, und das ist der wahre Hohn, sollen alle Kinder in Hamburg in die qualitativ schlechteste Krippenbetreuung aller westdeutschen Länder gezwungen werden.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Jetzt hört es mal auf!)

Da gibt es einen grundsätzlichen Unterschied in unserem Wertesystem. Wir Christdemokraten überlassen es den Menschen selbst zu entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen und was das Beste für ihre Kinder ist. Ihre Aufgabe wäre vielmehr, durch einen vernünftigen Betreuungsschlüssel endlich für mehr Betreuungsqualität im Krippenbereich zu sorgen, und das nicht erst 2019 oder 2026.

(Beifall bei der CDU)

(André Trepoll)

Ich finde, es spottet jeder Beschreibung, wenn der Bürgermeister sich hier hinstellt und sagt, im Doppelhaushalt 2025/2026 sei das Programm abgeschlossen. Ich will Ihnen jetzt nicht vorrechnen, wie alt dann Ihre Kinder sind. Man muss sich einmal vorstellen, was das für ein Zeitraum ist. Ich finde das wirklich bemerkenswert.

(Zurufe von der SPD)

Auch bei der Bildung herrscht Stillstand. Hamburgs Schulen leiden an Kapazitätsverlust. Das gilt für die Unterrichtsqualität und das Niveau der Abschlüsse. Die Ganztagsangebote haben strukturelle Mängel und sind personell unzureichend ausgestattet. Die Koalition hat kein Konzept für die Weiterentwicklung des Gymnasiums und die Erhöhung der Attraktivität der Stadtteilschulen. Sie setzt die Priorität auf Inklusion bis hin zum Einstieg in die Inklusion an den Gymnasien. Die Finanzierung der dafür angekündigten 120 zusätzlichen Lehrerstellen aus dem Haushalt ist ungeklärt. Besonders bezeichnend ist, dass SPD und GRÜNE den Gymnasien, der in Hamburg bei Eltern und Schülern beliebtesten Schulform, in ihrem 115-seitigen Papier klägliche drei Zeilen widmen.

Für uns hat die Verbesserung der Unterrichtsqualität an Gymnasien und Stadtteilschulen oberste Priorität. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Überarbeitung der Bildungspläne, weg von der bisher zu starken Kompetenzorientierung. Hamburgs Schulen brauchen wieder mehr Leistungsorientierung. Wir fordern konkrete Anreize zur Steigerung der Fach- und Gymnasiallehrerquote. Statt die bisher gescheiterte Inklusion auf alle Schulen zu übertragen und fortzuführen, sollten wir das Konzept grundlegend auf den Prüfstand stellen.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken AfD*)

Herr Scholz, Sie haben zur Wichtigkeit der Hochschulen einen richtigen Satz gesagt, jedoch mit der falschen Schlussfolgerung. Ich zitiere Sie:

"Die Qualität unserer wissenschaftlichen Einrichtungen entscheidet mit über die Zukunft unserer Stadt. Wir stellen deshalb eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen sicher."

Nein, Herr Scholz, das stellt der Senat eben nicht zur Verfügung, das ist die Unwahrheit. Hamburgs Hochschulen sind und bleiben auch unter Rot-Grün chronisch unterfinanziert. Die SPD hat den Universitäten durch die Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund die frei werdenden jährlichen 30 Millionen Euro vorenthalten. Auch die GRÜNEN haben dies bis vor Kurzem noch in der Opposition massiv kritisiert. Und plötzlich – sobald man als zuständige Senatorin und Staatsrätin am Senatstisch Platz genommen hat – will man davon nichts mehr wissen. Der BAföG-Betrag unter Rot-Grün geht unvermindert weiter.

Frau Senatorin Fegebank lässt sich für die 40 Millionen Euro zusätzlich für die Wissenschaft und Forschung in Hamburg abfeiern. In Wahrheit sind es nur klägliche 8 Millionen Euro für alle Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen im Jahr. Das reicht noch nicht einmal für die Tarifsteigerungen und den Inflationsausgleich. Das ist kein Erfolg, das ist wissenschaftspolitische Kosmetik ohne große Wirkung.

(Beifall bei der CDU)

Und noch befremdlicher ist, dass Senatorin Fegebank nicht einmal weiß, was sie mit dem wenigen Geld machen will. Aus diesem Grund kann ich auch die Hochschulprofessoren gut verstehen, die unmissverständlich mitteilen, was die Hochschulen für eine angemessene Arbeit tatsächlich benötigen. Der Anspruch des Senats und die Wirklichkeit klaffen auch in diesem Punkt weit auseinander.

Wir bleiben bei unserer Forderung, die vom Bund zur Verfügung gestellten 30 Millionen Euro BAföG-Mittel pro Jahr den Hochschulen komplett zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich muss der vollständige Ausgleich der Tarifsteigerungen und der Inflation sichergestellt werden, nur das ermöglicht eine moderne Hochschulpolitik in Hamburg.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wann kommt der Finanzteil?)

Meine Damen und Herren! Eine Vielzahl an bewaffneten Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und die sich verschlechternden humanitären Bedingungen in vielen Staaten führen zu immer weiter steigenden Flüchtlingszahlen. Aber es gibt auch sehr viele Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, weil sie sich hier ein besseres Leben erhoffen. Von Januar bis März sind insgesamt 5 123 Flüchtlinge gekommen, das ist eine Steigerung von 124 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Unterbringung der Flüchtlinge erweist sich dabei als Herkulesaufgabe, auch weil die SPD dieses Thema in den vergangenen Jahren schlicht verschlafen hat.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

– Gehen Sie in die Bezirke, schauen Sie sich das einmal an, Herr Kienscherf, das wird Ihnen hoffentlich auch die Augen öffnen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Gucken Sie mal nach Bayern, wie es da aussieht!)

So kommen Sie nun mit der Ausweisung weiterer, geeigneter Unterbringungsstandorte nicht mehr hinterher und greifen sogar auf das Polizeirecht zurück. Das ist falsch, ebenso die Größe der Einrichtungen mit den sich daraus ergebenden Konflikten. Hier müssen wir alle gemeinsam aufpassen, dass die Stimmung nicht kippt. Denen, die Hilfe brauchen, müssen wir helfen. Dazu gehört aber auch, dass die, deren Abschiebung rechtlich geboten ist,

(André Trepoll)

auch endlich abgeschoben werden. Es ist in der jetzigen Situation schlicht inakzeptabel, dass mittlerweile mehr als 4 500 Ausreisepflichtige nicht zurückgeführt werden. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Ich glaube, diese Thematik wird uns die kommenden Jahre sehr intensiv fordern, und daher muss Ihr bisheriges – gelinde gesagt, problematisches – Handeln endlich ein Ende haben. Wir brauchen jetzt eine Dekadenstrategie für langfristige und konsequente Lösungen und kein planloses rot-grünes "Weiter so". Auch die Erfahrung aus den Vorgängen in den Neunzigerjahren muss uns doch die Augen öffnen, dass wir uns jetzt viel breiter aufstellen und viel eher die Entscheidung treffen, dass auch viele Menschen dauerhaft bei uns bleiben werden, die gar nicht mehr zurückkehren können. Das ist doch eine Erkenntnis, die wir einsehen müssen, und deshalb finde ich es wirklich bemerkenswert, dass gestern der Sprecher der Sozialbehörde gesagt hat, das sei nur eine staatliche Aufgabe. Für unsere Fraktion ist es klar, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, der wir uns alle stellen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei *Detlef Ehlebracht* AfD)

Sie sehen also: Alles bleibt beim Alten, Stillstand statt Fortschritt, Verwalten statt Gestalten. Das ist und bleibt Ihr politisches Credo.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, es wird behauptet, dass sich bei Ihnen das Gefühl verfestigt habe, über Ihnen sei nur der Himmel. Hier aber nicht. Daher bereitet es mir schon einige Sorgen, dass sich in Ihrem Umfeld offensichtlich niemand mehr traut, Ihnen auch einmal zu widersprechen. Die GRÜNEN, Ihr Koalitionspartner, haben es noch nicht einmal während der Koalitionsverhandlungen geschafft. Ihre eigenen Genossen trauen sich schon gar nicht. Aber eines kann ich Ihnen versprechen: Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird die Probleme und Herausforderungen unserer Stadt immer klar und deutlich benennen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Außerdem freut es mich, dass es eine lebhaftere Debatte geworden ist. Herr Dressel, Sie werden gleich auch noch dazu beitragen.

(Beifall bei der CDU)

Es reicht eben nicht aus, die Stadt nur ordentlich regieren zu wollen.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Aber es ist schon mal ein Anfang!)

Ordentliches Regieren heißt, den Anspruch zu haben, Dinge lediglich richtig zu machen. Ziel muss

es doch sein, endlich die richtigen Dinge zu tun. Wir werden Sie daher nicht aus der Verantwortung entlassen. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Trepoll. – Das Wort bekommt jetzt der Abgeordnete Dr. Dressel von der SPD.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(*Sören Schumacher* SPD: Jetzt mal wieder ernsthafte Politik!)

Sie haben in der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters hören können, dass sich der neu gewählte Senat viel vorgenommen hat für die kommenden Jahre. Hierbei kann er sich auf die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit der beiden Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN verlassen. Auch insoweit gilt, dass wir das moderne Hamburg zusammen schaffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb, lieber André Trepoll, ist doch klar, dass man als Oppositionsführer auch ein bisschen auf die Tonne hauen und besonders viel meckern muss. Aber dass man bei einem eigenen Ausgangswert von 15,9 Prozent gegenüber 58 Prozent, wenn man das addiert bei SPD und GRÜNEN, in so eine Fundamentalkritik abgeleitet, finde ich schon bemerkenswert.

(Zurufe von *Jörg Hamann* und *Ralf Niedmers*, beide CDU)

Da wäre ein bisschen mehr Demut glaubwürdiger gewesen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich fand es auch interessant, dass die ganzen tollen Projekte alle schon von der CDU angeschoben sein sollen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Da frage ich mich, wenn die Projekte alle so toll gewesen wären ...

(*André Trepoll* CDU: Weil die GRÜNEN ausgestiegen sind!)

– Ach so, die GRÜNEN waren schuld.

Aber wenn das so stimmen sollte

(*André Trepoll* CDU: Das werden Sie noch merken!)

und das alles so wunderbar von der CDU auf den Weg gebracht wurde, dann frage ich mich, wieso Sie 15,9 Prozent bekommen haben? Das kann doch alles nicht zusammenpassen.

(Dr. Andreas Dressel)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Ab wie viel Prozent darf man denn die Wahrheit sagen?)

In der Situation wird es Ihnen auch nichts nützen, mit populistischen Sprüchen im Bereich der inneren Sicherheit zu punkten. Insbesondere das Thema Kennzeichnungspflicht ist unter dem Beifall Ihrer Fraktion angesprochen worden. Da hilft immer das Lesen des Vertrags. Sie haben auf die 115 Seiten hingewiesen, und dann sollten Sie auch alle 115 Seiten zur Kenntnis nehmen, denn da steht ausdrücklich, dass wir uns in den Dialog mit den Polizeigewerkschaften begeben, also auch mit Herrn Lenders in anderer Funktion. Solche Fragen werden im Dialog geklärt und besprochen.

(*André Trepoll CDU*: Wollen Sie es denn?)

Genau das haben wir in unseren Vertrag geschrieben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage dazu ganz klar, dass wir im Bereich der inneren Sicherheit keine Nachhilfe der CDU nötig haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben Kommissariate geschlossen. Aber Herr Lenders weiß genauso gut wie ich, dass während der Zeit der CDU-Regierung – da haben wir nämlich gemeinsam dagegen demonstriert – Kommissariate geschlossen wurden, dass Polizeivollzugsstellen abgebaut wurden. Herr Lenders, erinnern Sie sich daran, so ist es gewesen während der CDU-Regierungszeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Wir setzen jetzt Schritt für Schritt und Punkt für Punkt unseren Wählerauftrag um in Gestalt dieses Koalitionsvertrags. Der Bürgermeister hat es gesagt, wir versprechen, dass wir Hamburg weiterhin ordentlich regieren werden und dass man sich auf unsere Zusagen verlassen kann.

Wenn Sie sagen, ordentliches Regieren reiche nicht, dann muss man fragen, was denn in zehn Jahren CDU-Regierungszeit war?

(*André Trepoll CDU*: Legen Sie mal eine neue Platte auf!)

Da wären die Leute froh gewesen, wenn sie wenigstens ordentlich regiert worden wären.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Zum ordentlichen Regieren gehört auch, dass man sich sehr genau ansieht, wie die Behördenstrukturen sind. Ich finde die Tatsache, dass man dort jetzt eine Strukturentscheidung getroffen hat, völlig in Ordnung, und sie hat sich auch bewährt vor dem

Hintergrund der Fakten, dass man eine Gesundheitsbehörde geschaffen hat,

(Zurufe von der CDU)

bei der wir vier Jahre gesehen hatten, dass die Gesundheitssenatorin hervorragende Arbeit für Hamburg geleistet hat und bundesweit einmalig Länderpositionen eingebracht hat. Insofern ist das ein bewährtes Beispiel, dem wir jetzt folgen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Außerdem sollten die Kritiker dieser Frage doch einmal in die Länder schauen, in denen es sehr kleine Regierungen gibt mit sehr vielen Superministerien. Morgens erfährt dort dann ein Minister aus der Zeitung, was die Tage vorher irgendeine nachgeordnete Dienststelle entschieden hat. Das hat dann mit ordentlichem Regieren nichts zu tun. Es muss vernünftige Leitungsspannen geben, damit eine solche Behörde gut administriert werden kann. Genau das passiert in diesem Senat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich fand den witzigsten Punkt, lieber André Trepoll, dass du dann die Größenordnung der CDU-Fraktion mit der Größenordnung des Senats, einschließlich der Staatsräte, verglichen hast. Dann hast du gesagt, es sei gemein, dass es, wenn man Senatoren und Staatsräte zusammenzählt, mehr wären als die Mitglieder der CDU-Fraktion.

(*Jörg Hamann CDU*: Ja, die Abgeordneten der CDU sind besser!)

Das ist jedoch, glaube ich, kein Problem des Senats, sondern der CDU-Fraktion, dass sie so wenige Abgeordnete in diese Bürgerschaft bringen konnte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Senat stand für ordentliches Regieren, er wird weiter für ordentliches Regieren stehen, und es wird im Kern immer darum gehen,

(*Jörg Hamann CDU*: Also noch mehr Staatsräte! Mehr Senatoren, mehr Personal!)

so wie der Bürgermeister es gesagt hat, Planen mit Pragmatismus zu verbinden. Es geht eben nicht um Marketing-Aktionen und Hochglanzflyer, sondern darum, dass diese Visionen immer machbar und umsetzbar sind und dass man sie konkret in die Tat umsetzen kann. Das ist unser Maßstab gewesen, und das wird auch die nächsten fünf Jahre so bleiben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir ehrlich sind, dann wären wir in den meisten Punkten der Zielsetzungen gar nicht so weit auseinander in diesem Haus. Ich finde, das sollte man bei aller Diskussion und allem Streit durchaus sehen. Beispielsweise besteht in der Frage der Ausweitung und Verbesserung des Betreu-

(Dr. Andreas Dressel)

ungsschlüssels grundsätzliche Einigkeit in diesem Haus. Es kommt jedoch immer – das haben wir auch heute gesehen – der Standardvorwurf der Opposition, dass es zu wenig sei und zu langsam vorwärts gehe. Das ist ständig ein standardmäßiger Oppositionsreflex, der eben schon kam

(André Trepoll CDU: Das ist standardmäßiges Regierungshandeln!)

und dem sich wahrscheinlich Katja Suding und DIE LINKE dementsprechend anschließen werden, nämlich dass es zu wenig und zu langsam sei.

(André Trepoll CDU: Dann liegt es nicht an uns, sondern an Ihnen.)

Trotzdem – und das finde ich so interessant – geht es der CDU auch immer um eine finanzpolitische Solidität. Ich weiß nicht, ob Thilo Kleibauer heute auch anwesend ist. Ich habe irgendwie den finanzpolitischen Teil seiner Rede vermisst. Er hat einen sehr langen Katalog vorgelegt, dass überall etwas draufgelegt werden müsse, aber wir haben zur Finanzierung kein Wort gehört.

(Jörg Hamann CDU: Doch, natürlich!)

Glaubwürdigkeit sieht anders aus, lieber Kollege Trepoll.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Vorwurf richtet sich an die gesamte Opposition, denn wenn man hier Vorschläge macht, muss es auch irgendwie funktionieren in Zeiten von Schuldenbremse und Finanzrahmengesetz. Das ist ein Maßstab, auch wenn man sagt, man fände das alles doof.

(Katja Suding FDP: Andreas, warte es ab!)

Aber man muss doch trotzdem sehen, dass die eigenen Vorschläge mit den Rahmenbedingungen, die in dieser Stadt bestehen, auch zusammengebracht werden müssen. Ich bin sehr gespannt, ob DIE LINKE auch Vorschläge dazu macht, wie das dann tatsächlich funktionieren kann. Am Schluss muss nämlich alles zusammenpassen, es muss ein Ganzes ergeben, in dem ein ausgeglichener Haushalt steht und alles gegenfinanziert ist. Das ist unser Maßstab, finanzpolitische Solidität ist ein sehr entscheidender Punkt für diese Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Es hat im Kern etwas mit Nachhaltigkeit zu tun, dass wir unserer nächsten Generation eben nicht nur Schulden hinterlassen wollen. Deswegen fände ich es gut, wenn DIE LINKE diese Wahlperiode der personellen Neuorientierung, die unzweifelhaft erkennbar ist in diesen Reihen, auch einmal dazu nutzt, sich darüber klar zu werden, wie das eigentlich funktionieren soll, ob der Weg in immer weitere Schuldenspiralen sinnvoll ist, wenn man gleichzeitig für Bildungsgerechtigkeit und so weiter eintritt.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das von Ihnen, die Sie Olympia finanzieren wollen! Das ist unglaublich!)

Das ist eine Frage, die sich DIE LINKE wirklich einmal stellen sollte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fangen wir also noch einmal bei den Kleinsten an. Das war ein Schwerpunkt dieser Senatspolitik, und das bleibt ein Schwerpunkt der Senatspolitik, der Ausbau der Kita-Plätze und die Beitragsbefreiung für die Grundbetreuung. Und wir haben jetzt einen Weg gefunden – aufsetzend auf der Eckpunktevereinbarung vom Dezember – zu sagen, dass das noch nicht alles ist und wir hier noch einen deutlichen Schritt weitergehen wollen. Nach der Verbesserung zum 1. April kommt der zweite Schritt, den wir um ein Jahr vorziehen, auf den August 2016. Und wir erreichen das Verhältnis 1 : 4 beim Betreuungsschlüssel in der Krippe am 1. August 2019.

(André Trepoll CDU: Rechnerisch!)

Ich finde es schön, dass wir jetzt von CDU und FDP ständig Hinweise bekommen, das müsse eigentlich alles viel schneller gehen, von der LINKEN einmal ganz abgesehen. Aber wir haben alle die Möglichkeit, in der Parlamentsdatenbank nachzusehen, wie denn eigentlich die Anträge bei den letzten Haushaltsberatungen waren. Wenn ich es richtig sehe, wollte die CDU einen 1:4-Schlüssel 2020 erreichen – da sind wir sogar ein Jahr schneller – und die FDP 2018. Ich glaube, mit 2019 liegen wir sehr gut. Das ist ein realistischer Weg, dieses wichtige Thema für diese Stadt anzugehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben auch während der Verhandlungen über den Koalitionsvertrag den Vorbehalt besprochen, dass wir das nur machen, wenn wir die Bundesmittel entsprechend bekommen. Das haben wir aufgelöst. Wir sagen, dass es zwar jetzt eine sehr anstrengende Herausforderung ist, dieses finanzpolitisch zu meistern, aber das Verhältnis 1:4 zum 1. August 2019 gilt, diese Zusage halten wir in jedem Fall ein. Bundesmittel nehmen wir natürlich trotzdem gern, zu dem Punkt komme ich gleich noch. Aber es ist eine wichtige Zusage in Tagen, in denen sich viele Eltern um ihre Betreuung ein bisschen Sorgen machen, allerdings aus anderen Gründen, die damit nichts zu tun haben. Diese 1:4-Zusage gilt in jedem Fall, dieser Senat und diese Regierungsmehrheit werden sie einhalten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich hatte große Hoffnungen in den neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU gesetzt beim Thema Betreuungsgeld.

(André Trepoll CDU: Werden erfüllt!)

Ich dachte, jetzt hat die CDU es verstanden, eine moderne Großstadtpartei zu sein und dafür,

(Dr. Andreas Dressel)

moderne Großstadtpolitik zu betreiben. Man könnte jetzt sagen, das war eine Idee der CSU aus Bayern, und die CDU könnte von dieser Vorstellung Abstand nehmen. Aber nein, es gab hier noch einmal ein Bekenntnis zum Betreuungsgeld, zu dem man wirklich nur sagen kann, wer dazu ein Bekenntnis ablegt, der erteilt zugleich auch eine Absage an eine moderne Großstadt-CDU.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN und bei *Katja Suding FDP*)

Auch wenn wir sagen, dass wir das Verhältnis 1:4 ohne Bundesmittel schaffen, nehmen wir es natürlich gern an, wenn es beispielsweise gelingt, dieses Betreuungsgeld in dem Verfahren wegzuklagen. Da sind wir auf durchaus gutem Weg, das würden für Hamburg 28 Millionen Euro bedeuten, wenn man das nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt.

(*André Trepoll CDU*: Das haben Sie bei den BAföG-Millionen auch gesagt!)

Diese 28 Millionen Euro möchte ich lieber in den Krippen unserer Kitas sehen als in Haushaltslöchern von Herrn Schäuble.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Insofern wünschen wir dem Senat weiterhin viel Erfolg in Karlsruhe. Die mündliche Verhandlung war insoweit schon einmal sehr vielversprechend.

Viel mehr wird auch weiterhin investiert im Bereich Bildung und Hochschule. Das kann man ebenfalls sehr gut dem Vertrag ablesen und auch den Zahlen, die wir im letzten Haushalt beschlossen haben. Die Ausgabensteigerungen waren beeindruckend und bleiben es. Und wenn man den ganzen Bereich Kita, Schule und Hochschule zusammennimmt, dann kommen wir von einem Volumen von 2,51 Milliarden Euro in 2012 und landen bei 3,17 Milliarden Euro in 2016. Das sind etwa 660 Millionen Euro plus, und die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Steigerungen sind da noch nicht einmal mitgerechnet. Diese Zahlen wissen Sie von der CDU seit September 2014. Vielleicht wird sich Frau Prien erinnern, das war Ihre Anfrage, die diese beeindruckende Steigerung noch einmal auf vielen Seiten im Einzelnen dargelegt hat. Also hören Sie auf, weiter zu erzählen, dass dieser Senat spart im Bereich Kita, Schule und Hochschule. Das ist Unsinn.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb sollte man jetzt einmal dieses BAföG-Märchen ad acta legen. Allein für Schulen und Hochschulen ergab sich schon vor der Koalition ein strukturelles Plus von über 150 Millionen Euro für Schulen und Hochschulen, wenn man den Planwert 2016 mit dem Ist-Wert 2014 vergleicht. Darauf kommt jetzt noch einmal das Plus dieser Koalition. Insofern versickert die BAföG-Entlastung von etwa über 30 Millionen Euro nicht, sondern sie ver-

setzt uns erst in die Lage, das, was wir uns in dem Bereich zusätzlich vorgenommen haben, vernünftig langfristig zu finanzieren. Das ist ein großes Plus, das viel mehr ist als die Entlastungen, die wir vom Bund über BAföG bekommen. Das ist ein ganz deutliches Zeichen, wie ernst wir den Bereich Bildung und Wissenschaft nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man immer vom BAföG-Betrug spricht, sollte man gelegentlich einmal in die Vereinbarungen schauen, die der Bürgermeister mit der Bundesregierung, mit Frau Wanka und Herrn Schäuble, erzielt hat. Dort steht nämlich, dass die Länder die frei werdenden Mittel zur Finanzierung von Bildungsausgaben im Bereich Hochschule und Schule verwenden werden. So war es vereinbart, so machen wir das. Und genau das bringt Schule und Hochschule weiter nach vorn. Hören Sie mit dem BAföG-Märchen auf.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Meine Damen und Herren! Eine große Herausforderung, die sicherlich in den nächsten Jahren die Bildungsausgaben weiter steigen lassen wird, aber hoffentlich im Gegenzug zu noch mehr Bundesentlastung führen wird, ist natürlich die dramatisch steigende Zahl von Flüchtlingen. Der Bürgermeister hat darauf hingewiesen. Hier sind wir alle, in der Politik, aber auch die Hamburgerinnen und Hamburger insgesamt, in der Pflicht, unseren Beitrag zu leisten. Die Bürgerinnen und Bürger, die Institutionen und Behörden tun das in beeindruckender Weise. Ich finde, das ist hier ein Ort, an dem wir heute allen Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich in der Flüchtlingsarbeit dieser Stadt engagieren, einen deutlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es wird weitere Unterkünfte in dieser Stadt geben. Die Behörden prüfen derzeit zahlreiche Standorte, das geänderte Bundesrecht gibt uns dazu auch die Möglichkeit. Ich sage ganz klar, dass die Unterbringung der Flüchtlinge eine Aufgabe der gesamten Stadt ist. Vermeintlich bessere Stadtteile können und werden sich dieser Verantwortung nicht entziehen, Hamburg muss in dieser Frage zusammenstehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber es wird auch finanziell noch ein gewaltiger Kraftakt. Wir werden in den nächsten Monaten in diesem Hause investive und konsumtive Mittel in sicher dreistelliger Millionenhöhe zusätzlich bewilligen müssen, um diese Herausforderung weiter zu schultern. Auch das sei allen gesagt, die jetzt im Koalitionsvertrag nachsehen, wie viele Euro denn in welchem Politikfeld angekommen sind. Da wir wussten, dass da auch noch finanziell ein großer Brocken auf uns zukommt, mussten wir bei den

(Dr. Andreas Dressel)

Koalitionsverhandlungen dieses Thema natürlich auch mit einpreisen, denn eine solche Größenordnung mit einem dreistelligen Millionenbetrag schultert man nicht mal so eben. Es ist aber unsere moralische Verpflichtung, das zu tun, und deshalb mussten wir dafür auch politische Vorsorge treffen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Gerade beim Thema Flüchtlinge gilt dieses Motto von "Zusammen schaffen" unseres Koalitionsvertrags natürlich ganz besonders. Deshalb werden wir auch bei der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements zusätzlich etwas drauflegen und die Vernetzung weiter voranbringen. Auch dazu stehen im Koalitionsvertrag wichtige Punkte. Das ist ein sehr wesentlicher Punkt, über den wir uns in den nächsten Wochen und Monaten unterhalten müssen.

Diese schwierige Suche nach Unterkünften zeigt natürlich auch, welche Nutzungskonkurrenzen wir bei vielen Flächen in der Stadt haben. Das ist auch ein Zeichen dafür – damit bin ich beim Wohnungsbau –, dass dieser Wohnungsbaumotor richtig angesprungen ist, er läuft. Das ist gut so, den Vertrag für Hamburg setzen wir fort, das Bündnis für das Wohnen. Diese Instrumente haben sich bewährt, wir werden weiterbauen, und bei diesen 6 000 Wohnungen wird es immer auch ein Drittel öffentlich geförderter Wohnungsbau sein. Das ist ein sehr wichtiges Zeichen für die soziale Stadtentwicklung dieser Stadt, das machen wir weiter so.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Weil sich diese Instrumente als erfolgreich erwiesen haben, nehmen wir sie in eine andere wichtige Infrastrukturaufgabe mit hinüber, nämlich zum Bereich Radverkehr. Wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen entschieden, dieses Bündnis für das Wohnen auch als Bündnis für den Radverkehr zu etablieren, alle Akteure an einen Tisch zu holen, verbindliche Absprachen zu treffen und nicht nur einen Wohnungsbaukoordinator, den wir schon haben, sondern auch einen Radverkehrskoordinator einzusetzen, um genau diese Bündelung der Prozesse zu erreichen. Und – seien Sie beruhigt, Herr Trepoll – das machen wir ohne Autofahrer-Schikanen. Das ist ein plumper Versuch, in diese Sache einen Widerspruch hineinzulegen. Der Radverkehrsausbau ist richtig für einen gleichberechtigten Verkehrsmix in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein wirklich sehr guter Kompromiss, wie ich finde, ist entstanden im Bereich der U-Bahn. Wir haben uns nicht lange mit Systemdebatten aufgehalten in den Koalitionsgesprächen, sondern wir haben gefragt, um was es eigentlich geht.

(André Trepoll CDU: So kann man es auch ausdrücken! – Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

– Frau Sudmann, das ist doch die Frage, die Sie sich auch stellen müssten, weil Sie sich doch immer als Anwältin vom Osdorfer Born und von Steilshoop geben. Im Kern geht es doch darum, dass wir den Stadtteilen, die abgehängt sind, über viele, viele Jahre – ich gebe zu, nicht von Ihnen, Frau Sudmann.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ja, die SPD, nicht!)

– Sondern, das sage ich ganz selbstkritisch, dass es auch im Wesentlichen Sozialdemokraten waren, die diesen Stadtteilen einen Bahnanschluss versprochen haben.

Aber das ist doch der Kern der Frage, nämlich wie wir diese abgehängten Stadtteile schneller ans Netz bringen. Da haben wir jetzt einen Weg gefunden, dieses zu schaffen, und da sollten Sie nun einmal ein wenig kritisch Ihre Position überprüfen, ob es jetzt Sinn macht, vor diesem Hintergrund immer noch der Stadtbahn hinterherzuhängen. Da sollten Sie vielleicht einmal Ihre Position überprüfen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Bürgermeister hat den U-Bahn-Fahrplan genannt – in Anführungszeichen –, U1, die zusätzliche Haltestelle U4, die Erweiterung, und den Kernpunkt, die U5, die wir in Planung und Realisierung deutlich beschleunigen können. Wir wollen in dieser Wahlperiode die Voraussetzungen schaffen – Sie wissen, Planungsprozesse gehen nicht über Nacht, sie müssen erst einmal erstellt werden –, damit wir in der nächsten Wahlperiode dann mit dem Bau beginnen können. Die Menschen vom Osdorfer Born und in Steilshoop haben lange gewartet. Wir wollen diese Planungen jetzt endlich realisieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was ich Frau Sudmann eben gesagt habe, gilt auch für die anderen Fraktionen, denn es hat durchaus Diskussionen vor der Wahl gegeben. Bei der CDU weiß ich nicht genau, ob noch die Stadtbahn Trumpf ist oder jetzt doch die U-Bahn.

(Zuruf von den GRÜNEN: Auto!)

– Oder nur Auto, genau, das ist auch nicht so wirklich sinnvoll.

Aber gerade dieser Punkt, bei dem wir jetzt einen Weg gefunden haben, der eine echte Verbesserungschance beinhaltet, das schneller zu realisieren, wäre doch auch für die Opposition eine Chance, für CDU und LINKE, dass sie die eigenen Stadtbahn-Überlegungen beerdigt und einen Weg findet – in den Beratungen im Verkehrsausschuss, wenn die Machbarkeitsstudie vorliegt –, diese

(Dr. Andreas Dressel)

U-Bahn-Erweiterung der neuen U5 gemeinsam mit uns anzugehen. Solche Projekte brauchen nämlich Verlässlichkeit über viele Wahlperioden hinweg. Zu einem solchen U-Bahn-Konsens reichen wir Ihnen die Hand. Machen Sie mit, und lassen Sie Ihre Stadtbahn-Planungen sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Einen solchen langfristigen Frieden erhoffen wir uns auch bei der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Elbvertiefung. Ich kann nicht ganz verstehen, warum Sie da noch irgendetwas hineingeheimnissen. Der Vertrag ist sehr glasklar zum Thema Elbvertiefung, nämlich dass die Entscheidung des Gerichts gilt. Und es ist richtig buchstabengenau dort niedergelegt, was passieren muss, damit dann auch sofort mit dem Baggern begonnen werden kann und alle Vorbereitungen entsprechend getroffen werden können. Wer das in Zweifel zieht, hat den Vertrag nicht richtig gelesen. Außerdem stehen dort alle Hafeninvestitionen mit den einzelnen Unterpunkten. Auch im Gegensatz zu Ihrer Hafenfinanzierung, bei der irgendwo noch plötzlich 50 Millionen Euro zusätzlich herkommen sollten, die überhaupt nicht finanziert waren, ist dieser Plan finanziert. Wir werden die Fahrrinnenanpassung realisieren auf Basis des Beschlusses, und die Infrastrukturentscheidung. Das sind wichtige Punkte für den Hamburger Hafen und die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die weitere ökologische Ausrichtung des Hafens steht dazu überhaupt nicht im Widerspruch. Das ist jetzt wieder so ein Punkt, wo man fragen könnte, ob die CDU eigentlich schon in der Moderne angekommen ist.

(Juliane Timmermann SPD: Nein!)

Denn natürlich müssen wir sehen, dass wir einen Hafen quasi mitten in der Stadt haben. Weil unser Hafen ein Metropolhafen mitten in der Metropole ist, sind wir in ganz vielen Bereichen darauf angewiesen, dass es ein vernünftiges Zusammenleben gibt. Gerade heute ist die Entscheidung des Bundes bekannt gegeben worden, unsere Landstromprojekte mit 3,7 Millionen Euro zu fördern. Das zeigt doch, dass wir mit der Ökologisierung des Hafens auf dem richtigen Weg sind – mit der Hafenwirtschaft, nicht gegen sie. Das ist der vernünftige Weg für diese Stadt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Nähe von Stadt und Hafen ist faszinierend und herausfordernd zugleich. Wie faszinierend sie ist, sieht man auch daran, mit welchem Zuspruch, mit welcher Begeisterung unsere Olympiakonzeption beim DOSB aufgenommen wurde. Es wurde gesagt, dass das eine tolle Visitenkarte für Ham-

burg und unser ganzes Land sei. Es ist eine große Ehre, dass wir die Chance haben, uns mit Hamburg für Deutschland zu bewerben. Wir werden – und da, glaube ich, spreche ich für die übergroße Mehrheit des Hauses, von einigen Abgeordneten abgesehen –

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE: Ja, von mehreren!)

alle Kräfte in Parlament und Senat anstrengen, damit diese Olympiabewerbung für Deutschland und für diese Stadt ein Erfolg wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Eine wichtige Grundlage ist das Referendum. Wir starten morgen die Diskussion darüber, ich will heute nur einen Hinweis geben. Bei aller berechtigten Diskussion über Verfahrensdetails sollten wir das große Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Wir alle haben immer versprochen, dass die Hamburgerinnen und Hamburger verbindlich darüber entscheiden sollen, ob wir Olympia wollen oder nicht. Wenn wir die Aspekte Ökologie, Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Transparenz, Weltoffenheit, Vielfalt, Toleranz und nicht zuletzt gute Arbeit im weiteren Planungskonzept so gut konkretisieren wie bisher, haben wir alle Chancen, die Menschen in dieser Stadt mitzunehmen, sie zu überzeugen und dafür zu begeistern, Olympia nach Hamburg zu holen. Wir haben gemeinsam alle Chancen, daraus das zentrale Projekt zu machen, das wie kein zweites für das Motto dieses Koalitionsvertrags steht: Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg. Machen wir uns an die Arbeit. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Na, du hast ja einiges zu erklären! – Heike Sudmann DIE LINKE: Ja, ich bin gespannt!)

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber André Trepoll! Ich habe den Worten des Fraktionsvorsitzenden der führenden Oppositionsfraktion eindringlich gelauscht. Das war harte Kritik am Koalitionsvertrag. Man könnte sagen, gut gebrüllt, Löwe. Vermisst habe ich aber eigene Vorschläge zur Fortentwicklung der Stadt. Die haben wir nicht gefunden in Ihrer Rede.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – André Trepoll CDU: Das ist doch nicht meine Regierungserklärung!)

Besonders bemerkenswert fand ich diesen kleinen Disput am Rande, als Sie sagten, Sie würden die

(Dr. Anjes Tjarks)

Umsetzung unserer U-Bahn-Pläne noch erleben wollen. Das ist, wenn man ehrlich ist, gleichbedeutend damit, dass Sie den Führungsanspruch in dieser Stadt für die nächsten 15 Jahre aufgeben haben,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Er lebt noch länger!)

denn ich habe Sie nirgendwo so verstanden, dass Sie das durchsetzen werden wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und dann muss ich sagen, dass ich die Kritik, die Sie am Justizsenator geübt haben, etwas deplatziert finde. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie einen Senator Kusch gewählt haben und einen Senator Schill,

(Kazim Abaci SPD: Nockemann!)

die bei sinkenden Gefangenenanzahlen die Justizvollzugsanstalt Billwerder gebaut haben, mit der wir jetzt umgehen müssen. Das ist ein Problem, was die Senate von Ihnen geerbt haben, und das wir versuchen zu lösen. Sie haben die Frage Frauen im Männervollzug angesprochen. Auch dazu sollten Sie den Koalitionsvertrag einmal aufmerksam lesen. Wir werden diese beiden Vollzüge komplett entkoppeln, deswegen ist das richtig so. Das ist genau das, was wir vorher gefordert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es bemerkenswert, was die CDU, die Partei der Wirtschaft,

(Zurufe von der SPD: Das war mal! – Arno Münster SPD: Das ist lange her!)

im Bereich Wirtschaft fordert: die Vernetzung von Innovation und Wirtschaft. Was machen wir denn die ganze Zeit? Es gibt eine InnovationsAllianz, die mit 30 Millionen Euro ausgestattet ist. Es gibt einen Technologiepark in Bergedorf, einen in Bahrenfeld, einen in Lurup. Wir wollen eine Initiative zum 3-D-Druck starten. Wir werden genau diese Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft vorantreiben, und dabei warten wir nicht auf die CDU, um uns das zu erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Für uns gilt: Wir haben bei den Wahlen am 15. Februar einen klaren Gestaltungsauftrag von den Wählerinnen und Wählern in Hamburg erhalten.

(Beifall bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE)

Und wir fangen jetzt nicht erst an zu regieren, sondern der Laden läuft schon.

(Dr. Andreas Dressel SPD: So ist es!)

Wir haben mit der Initiative "Unser Mühlenkamp" über das Busbeschleunigungsprogramm geredet, eine Initiative, die Sie beide sehr unterstützt haben. Was haben wir gemacht? Wir haben eine Ei-

nigung erzielt, die Punkt für Punkt, Schritt für Schritt umgesetzt wird. Ich kann Ihnen versichern, dass wir alle uns daran halten werden. Damit haben wir ein großes Konfliktthema in dieser Stadt innerhalb der ersten Wochen befriedet. Das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und dann ist da noch etwas, das Sie freihändig zum CDU-Projekt deklariert haben; es gab schon in der letzten Bürgerschaftssitzung einen kleinen Disput darüber. Wer hat Olympia erfunden? Olympia hat ein Franzose erfunden, kein Hamburger, kein CDUler, kein SPDler, kein GRÜNER. Ich glaube, das erste Mal hat Rot-Grün 2001 eine Bewerbung Hamburgs geplant, dann ging es weiter. Was haben wir gemacht? Wir haben es auf Basis eines guten Konzepts und mit vernünftigem Einsatz des Sportsenators und der jetzigen Zweiten Bürgermeisterin geschafft, dass Hamburg die Olympischen und Paralympischen Spiele ist. Das ist sehr bemerkenswert und ein großer Erfolg dieser Koalition.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Damit verbindet sich das nächste Thema. Wir wollen Beteiligung und Transparenz in dieser Frage, und das bedeutet, dass wir das Thema Referenden angehen werden. Morgen werden wir den Weg dafür ebnen. Das ist gut, denn eine große Mehrheit in diesem Haus ist entschlossen, an dieser Stelle mehr Demokratie zu wagen.

Insgesamt kann man feststellen: Diese drei Projekte, Busbeschleunigung, Olympia und die Referenden, sind eine große Leistung innerhalb einer kurzen Zeit. Das ist ein guter Start für diese Koalition.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir gestalten das moderne Hamburg, und wir denken es weiter. Damit kommen wir zum Thema Fahrradstadt. Hamburg wird sein Veloroutennetz bis zum Ende der Wahlperiode abschließen. Wir wollen bis Mitte der Zwanzigerjahre einen Radverkehrsanteil von 25 Prozent erreichen. Dafür werden wir, Andreas Dressel hat es eben schon gesagt, bewährte Instrumente anwenden. Wir werden ein Bündnis für Radfahren entwickeln und einen Radverkehrskordinator einsetzen. Ich sage Ihnen, am Ende profitieren alle davon, wenn mehr Menschen Rad fahren. Wenn es weniger Autos auf den Straßen gibt, gibt es auch weniger Stau. Wenn es mehr Radstreifen gibt, sind die Gehwege sicherer. Die Infrastruktur wird entlastet, und die Luft wird sauberer. Mehr Radverkehr ist also, kurz gesagt, eine Win-Win-Win- und Win-Situation. Die Fußgänger gewinnen, die Steuerzahlen gewinnen, sogar die Autofahrer profitieren davon, und weil die Luft sauberer wird, gewinnen alle Menschen. Wir werden dieses Projekt zum Erfolg führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

(Dr. Anjes Tjarks)

Kommen wir zu einer Frage, die für meine Fraktion sicherlich keine ganz einfache Frage ist, eine Frage, die auch die CDU und die LINKE bewegt – ich weiß gar nicht, wie die FDP dazu steht –;

(Wolfgang Rose SPD: Das weiß man nie!)

die Frage, wie wir den öffentlichen Personennahverkehr in Hamburg ausbauen. Wir sind damals mit der Idee der Stadtbahn angetreten und sind jetzt bei einem anderen Konzept. Wir haben uns aber die Frage gestellt, die dahinter liegt: Was wollen wir eigentlich von einem ÖPNV in Hamburg? Dazu sagen Sie richtig, Frau Sudmann, dass wir die abgehängten Stadtteile anbinden wollen, also Lurup und den Osdorfer Born – das sind die Stadtteile, die Ihnen wichtig sind – und Bramfeld und Steilshoop – das sind die Stadtteile, die anderen wichtig sind. Wir haben erreicht, dass jetzt von beiden Seiten ausgehend die Äste der U5 gebaut werden. So werden wir Lurup und Osdorf viel schneller anschließen. Deswegen ist das eine gute Einigung. Sie sollten sich einmal überlegen, ob Sie an dieser Stelle nicht beidrehen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE – Dr. Andreas Dressel SPD: Euer Zug fährt jetzt nach Nirgendwo!)

Das Entscheidende ist doch, Frau Suding – Entschuldigung, Frau Sudmann –, dass es politisch-praktisch passiert. Das ist das, woran wir arbeiten. Deswegen ist es wichtig, dass wir einen politischen Beschluss zum Bau der U5 in dieser Legislaturperiode herbeiführen werden, und zwar bis 2019. Das werden wir schaffen. Bis dahin müssen Sie sich dann auch entscheiden, ob Sie an dieser Stelle entscheidungs- und einigungsfähig sind. Warten wir ab, wo Sie dann stehen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn man darüber hinaus darauf schaut, dass wir, um den Hauptbahnhof zu entlasten, die S4 nach Ahrensburg, nach Bargteheide und nach Bad Oldesloe bauen wollen, wenn man weiß, dass wir die U4 in die Horner Geest und an die Elbbrücken verlängern wollen, dass wir bei der S21 tätig werden und verschiedene S-Bahn-Stationen bauen, dann muss man sagen, dass das in dieser Kompaktheit und Konzeption das größte Ausbauprogramm ist, das sich Hamburg seit dem Zweiten Weltkrieg für den schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr vorgelegt hat. Und das ist gut so, meine Damen und Herren. Das können die GRÜNEN aus vollem Herzen unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Hamburg ist eine moderne Ankunftsstadt. Sie ist eine Stadt der Hoffnung. Wir haben das Glück, dass unsere Stadt ungebrochen wächst. Sie strahlt Attraktivität nicht nur nach Deutschland und Europa aus. Hamburgs Weltoffenheit hilft uns, mit den

Flüchtlings, die zu uns kommen, um sich vor Gewalt und Verfolgung zu retten, offen und respektvoll umzugehen. Wir haben am Anfang dieser Woche die zentrale Gedenkveranstaltung in Neuen-gamme zur Befreiung Hamburgs und Deutschlands vom Nazi-Terror und zur Befreiung Europas erlebt. Das war nicht nur eine sehr berührende Veranstaltung, sondern sie hat auch unsere Verpflichtung genau in diesem Bereich deutlich gemacht. Wir wissen, dass es auch in Deutschland einmal viele, viele Flüchtlinge gab. Wir müssen uns der historischen Verantwortung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Bürgermeister hat es bereits erklärt: Die Herausforderung in diesem Bereich ist nicht klein. Wir werden in diesem Jahr 10 000 neue Unterbringungsplätze schaffen. Das ist eine gewaltige Herausforderung, dafür werden auch große Finanzmittel abzurufen sein. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass es nicht nur um Wohnraum geht, sondern auch darum, dass Flüchtlinge häufig viele schlimme Erfahrungen gemacht haben. Deswegen ist es gut, dass wir uns darauf verständigt haben, ein Zentrum für Folteropfer und traumatisierte Flüchtlinge zu errichten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich glaube, es ist an dieser Stelle zentral, dass wir gemeinsam für die Akzeptanz dafür streiten, diese Menschen in unserer Stadt unterzubringen. Ich habe noch nie so viel Solidarität der Hamburgerinnen und Hamburger mit Flüchtlingen erlebt wie während dieses Wahlkampfes; da bin ich auf meine Heimatstadt ein Stück weit stolz und berührt. Ich finde, dass wir diese Menschen weiter unterstützen müssen, und deswegen werden wir Flüchtlingsforen einrichten, um diese zivilgesellschaftlichen Initiativen zu unterstützen. Bitte, liebe Hamburgerinnen und Hamburger, machen Sie weiter so.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Dr. Jörn Kruse AfD)

Der Senat weiß, dass die Schaffung von Plätzen in der öffentlichen Unterbringung nicht alles ist. Deswegen haben wir uns vorgenommen, ein Sofortprogramm zur Versorgung von vordringlich Wohnungssuchenden zu schaffen. Wir wollen hier mindestens 200 Einheiten pro Jahr dauerhaft bauen. Gleichzeitig haben wir gesagt, dass die SAGA GWG noch mehr in die Pflicht muss; sie wird die entsprechenden Einheiten von 1 700 auf 1 900 erhöhen. Nebenbei – und das ist kein kleines Ding, sondern ein großer Kraftakt – setzen wir auch die Wohnungsbaupolitik fort, mindestens 6 000 neue Wohnungen pro Jahr zu errichten, 2 000 davon gefördert. Das bleibt auch in dieser Legislaturperiode das Ziel, und auch das werden wir schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

(Dr. Anjes Tjarks)

Meine Damen und Herren! Hamburg steht zur Energiewende. Die Gründung des Clusters Erneuerbare Energien ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte, was die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, in Hamburg angeht. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir noch die Weltleitmesse für Windenergie hinzubekommen. Hamburg ist ein weltweit bedeutender Standort für die Windenergie. Wir wollen, dass das so bleibt. Wir wollen, dass Hamburg die Hauptstadt der Windenergie ist, und wir werden das weiter fördern und ausbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Hamburg hat in einem Volksentscheid beschlossen, die Energienetze zurückzukaufen. Das werden wir natürlich konsequent umsetzen. Die städtischen Energienetze werden modernisiert, und wir wollen mehr Energie aus erneuerbaren Quellen nutzen. In diesem Zusammenhang gibt es diese Woche eine gute Nachricht, der Kauf des Stromnetzes wurde nämlich 55 Millionen Euro günstiger. Auch das ist gut für Hamburgs Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Hamburg ist bei der Energiewende auf einem guten Weg. Klar ist aber auch: Der Transport von Kernbrennstoffen über den Hamburger Hafen widerspricht den Zielen der Energiewende. Deswegen werden wir als neue Regierung bei relevanten Unternehmen darauf hinwirken, im Wege der Selbstbeschränkung auf den Umschlag und den seeseitigen Transport derartiger Stoffe in und durch den Hamburger Hafen zu verzichten. Wir wollen die Atomtransporte im Hamburger Hafen reduzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Michael Kruse FDP*: Und dann gehen die nach Bremen!)

Wenn wir schon beim Hafen sind: Wir wollen daran arbeiten, dass der Hamburger Hafen sauberer wird; bei den Vorrednern ist es schon angeklungen. Ein grünerer Hafen ist kein Widerspruch, sondern im Gegenteil, er ist die Grundbedingung für Akzeptanz in der Metropolregion. Der Hamburger Hafen ist der einzige Hafen, der innerhalb einer Metropole liegt, in der zwei Millionen Menschen leben. Deswegen werden nicht nur die Menschen davon profitieren, dass der Hafen sauberer wird, sondern auch der Hafen selbst wird davon profitieren. Und ich sage Ihnen, Herr Kruse: Gutes Geld werden wir damit trotzdem immer noch verdienen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Deutsche Olympische Sportbund hat sich für Hamburg als Bewerberstadt für die Olympischen Spiele im Jahr 2024 entschieden. Olympia ist, richtig geplant, eine große Chance für unsere Stadt.

Wir müssen von Anfang an auf Beteiligung und Transparenz setzen. Deshalb ist es gut, dass wir morgen den Weg für ein Referendum ebnen werden. Entscheidend ist, dass wir klare Konzepte vorlegen, die Sie, Frau Sudmann, immer einfordern.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Darauf warten wir schon lange! Und wir werden noch lange warten müssen!)

– Sie werden sie aber bekommen, da können Sie ganz sicher sein.

Diese Konzepte werden beinhalten, hören Sie gut zu, erstens, wie wir die Schuldenbremse einhalten werden, zweitens, wie wir die Olympischen Spiele nachhaltig organisieren können, und drittens, wie wir die Sportstätten sinnvoll nach- und weiternutzen können oder im Falle des Olympiastadions vielleicht sogar zum Teil zurückbauen werden. Das werden wir alles leisten. Olympia ist eine Chance für diese Stadt, weil wir einen Plan haben und Olympia nicht einfach mit uns geschieht. Wir wissen, was wir mit Olympia anstellen wollen. Deswegen geht die Stadt damit einen großen Schritt voran.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen, dass Hamburg zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt gemacht wird. Dafür wird es wichtig sein, die Betreuungsqualität weiter zu stärken; mein Vorredner Andreas Dressel hat es angesprochen. Zum 1. August 2016 werden die Personalwochenstunden für das Erziehungspersonal für alle Kinder unter 36 Monaten um 10 Prozent angehoben, und im Jahr 2019 werden wir einen rechnerischen Betreuungsschlüssel von 1:4 erreichen, unabhängig von Bundesfinanzierung. Wie wir den Oppositionsanträgen entnehmen können, ist das gar keine so schlechte Leistung, nur müssen wir das Geld tatsächlich aufbringen. Das ist der entscheidende Unterschied an dieser Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist schon mehrfach angesprochen worden: Die CDU hat es in den letzten Bürgerschaftsdebatten verpasst, sich neu und modern aufzustellen, Herr Heißner; das ist mehr ein Sinkflug Richtung 12 Prozent denn Richtung 20 Prozent. Sie machen diese Symbolpolitik beim Betreuungsgeld weiterhin mit. Man könnte ja auch einmal sagen, es gibt Verwandte, die habe ich nicht so gern und lehne das darum ab. Aber Sie wollen das Betreuungsgeld weiter verteidigen und begründen das auch noch.

Meine Damen und Herren! Es ist richtig, dass wir gegen das Betreuungsgeld klagen, und ich bin sehr optimistisch, dass wir am Ende gewinnen. Dann können Sie dafür sorgen, dass das Geld bei uns in den Krippen ankommt und nicht bei Herrn Schäuble versackt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

(Dr. Anjes Tjarks)

Im Jahr 2011 haben die GRÜNEN zusammen mit der SPD und der FDP die Schuldenbremse in die Verfassung eingeführt und dort verankert. Man muss natürlich dazu sagen, dass sie sowieso gelolten hätte, weil sie auch im Grundgesetz steht, aber wenn man die Schuldenbremse auf Landesebene einführt, macht es das ein wenig dynamischer. Das war richtig, wenn Sie einmal nach Südeuropa schauen, dort haben Sie keine Antwort auf solche Fragen. Das bedeutet aber, dass man sich einer seriösen und nachhaltigen Finanzpolitik verpflichtet und nicht Wolkenkuckucksheimen nachhängen kann. Eine Schuldenbremse ist, das muss man auch einmal so sagen, in gewisser Weise eine intellektuelle Herausforderung. Sie führt nämlich dazu, dass man Alternativen prüfen muss

(Heike Sudmann DIE LINKE: Und was machen Sie bei Olympia?)

und nicht nur Geld obendrauf legen kann, das man gar nicht hat. Sie führt dazu, dass es einen Zwang zur Entscheidung gibt, dass man tun muss, was Politik eigentlich ist – selbst entscheiden –, und dann kommt der Realitätstest, ob das auch klappt. Deswegen ist die Schuldenbremse die Leitplanke für eine seriöse Politik, und Sie können sich darauf verlassen, dass wir sie im Jahr 2019 einhalten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Opposition hat nicht so sehr die Pflicht, seriös zu planen, sie fordert eher, aber wir haben innerhalb dieser Leitplanken einen klaren Gestaltungsauftrag erhalten. Das bedeutet 40 Millionen Euro mehr für Wissenschaft und Forschung, 30 Millionen Euro für den Radverkehr, 28 Millionen Euro für energetische Sanierung, 30 Millionen Euro für Umwelt- und Klimaschutz. Das sind fast 130 Millionen Euro an Zukunftsinvestitionen, und das ist richtig so.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nebenbei haben wir, es ist schon angeklungen, noch ein paar andere Herausforderungen zu bewältigen: den Ausbau der öffentlichen Unterbringung um 10 000 Plätze, die Sicherstellung der Tarifsteigerungen – eine gewaltige Leistung, die wir sehr begrüßen – und gleichzeitig die Frage, wie wir die Betreuungsqualität stärken können. Das alles rundet das Paket ab. Wir werden diese Herausforderung bewältigen, und deswegen werden wir auch eine seriöse Politik im Rahmen der Schuldenbremse darstellen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir nehmen den Gestaltungsauftrag gern an. Wir sind dafür gut vorbereitet, und wir haben ein gutes Regierungsprogramm. Wir werden die Kinderbetreuung verbessern. Wir machen ernst mit der Inklusion. Wir statten die Hochschulen besser aus. Wir bauen den schienengebundenen öffentlichen

Nahverkehr aus und beenden den lähmenden Streit. Wir machen Hamburg zur Fahrradstadt. Wir heißen Flüchtlinge willkommen. Wir stärken den Datenschutz. Wir gestalten den grünen Hafen. Und wir wollen Olympia nach Hamburg holen und damit erfolgreich sein. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die politischen Vorstellungen der SPD kennen wir aus den vergangenen vier Jahren,

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

die der GRÜNEN sind uns neu, sie lauteten vor einiger Zeit noch etwas anders. Im Wahlkampf hieß es noch, Ökologie sei ein Fremdwort für die SPD und ihre Politik verschärfe die soziale Spaltung in der Stadt. Von dieser Kritik, mit der die GRÜNEN immerhin 12 Prozent der Stimmen bekommen haben, ist nach den Koalitionsverhandlungen nichts mehr übrig geblieben.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Wahlkampf gaben sich die GRÜNEN wie ein stacheliger Kaktus. Kaum begann die Koalitionsverhandlung, wurde aus dem stacheligen Kaktus ein grüner Wackelpudding, der von Bürgermeister Olaf Scholz löffelweise verspeist wurde.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Was übrig geblieben ist, sind einige winzige grüne Fleckchen auf dem Koalitionsvertrag. Die Wahlversprechen und die Prinzipien der GRÜNEN wurden vom Bürgermeister ziemlich schnell verdaut. Sie sind jetzt Geschichte, an die sich die GRÜNEN noch nicht einmal erinnern können.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Ludwig Flocken AfD)

Im Wahlkampf hieß es noch, mit Grün gehe dieses, mit Grün gehe jenes – Sie haben uns deutlich gezeigt, was mit Grün geht und was mit Grün nicht geht. Was zum Beispiel mit Grün geht, ist die Busbeschleunigung, die Verlegung der Frauen-JVA nach Billwerder, die Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen. Und da schaue ich Sie, Frau Blömeke, an: Sie waren hier eine leidenschaftliche Kämpferin gegen die geschlossene Unterbringung, und jetzt kommen Sie mit der gleichen Leidenschaft und verteidigen das Vorhaben. Das ist doch irreführend.

(Beifall bei der LINKEN)

(Cansu Özdemir)

Die Gefahrengelände und auch die intransparente Olympiabewerbung gehören ebenso in diese Reihe.

Was aber mit Grün nicht geht, ist zum Beispiel die Stadtbahn, die Verwendung der BAföG-Millionen im Hochschulbereich – auch wenn man das nicht gern hört –, mehr Sozialwohnungen, das Leitbild für Stadtentwicklung, mehr Personal in der Justiz und, nicht zu vergessen, das kollektive Bleiberecht für Lampedusa in Hamburg. Das, liebe GRÜNE, ist wirklich ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen und der Unterstützerinnen und Unterstützer. Sie haben damit auch die 5 000 Schülerinnen und Schüler, die in bitterer Kälte gestreikt haben, außerordentlich enttäuscht. Das wird Ihnen in Zukunft auf die Füße fallen, denn die werden das nicht vergessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun aber zum angeblich so frischen und ideenreichen Werk, in dem ich die Ideen aber gar nicht gefunden habe. Im Koalitionsvertrag heißen die politischen Leitsätze:

"Wer sich anstrengt, soll etwas davon haben. Wer sich Mühe gibt, muss damit sein Leben verbessern können."

Das war schon der Grundsatz bei Hartz IV, das ist uns also nicht unbekannt, und die Bilanz ist eindeutig in dieser Stadt: Die soziale Spaltung hat deutlich zugenommen, die Armut wächst, die Armutsgefährdung ebenso. Sie wächst und sie wird auch weiterhin wachsen; die Daten aus dem Jahr 2013 belegen das.

Mit dem Verweis auf den Einzelnen versuchen SPD und GRÜNE nun, sich elegant aus der Affäre zu ziehen, anstatt die drängende Aufgabe anzugehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Anstrengungen werden in unserer Gesellschaft nämlich sehr unterschiedlich belohnt, das wissen beispielsweise die streikenden Kita-Erzieherinnen und -Erzieher ganz genau.

Individuelle Entfaltung, Herr Bürgermeister, ist nicht schlecht – wir finden sie gut –, aber dafür braucht es gesellschaftliche Rahmenbedingungen, und diese Rahmenbedingungen müssen von der Politik geschaffen werden. Hoffnung und Glück reichen leider nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei Ihnen hat es vielleicht geklappt, aber bei vielen anderen klappt es nicht. Deshalb ist dieser Koalitionsvertrag auch keine Antwort auf diese Herausforderung, vielmehr wird er die Exklusionstendenzen in dieser Stadt verstärken. Viele strengen sich nämlich an in dieser Stadt, aber schaffen es nicht. Viele geben sich Mühe, aber können ihr Leben dennoch nicht bessern. Es gibt immer noch die Situation, dass das Elternhaus über die Zukunft der

Kinder bestimmt, beispielsweise wenn es um den Bildungsweg geht oder aber darum, ob das Kind später in Armut leben wird. Nach Ihren Leitsätzen bedeutet das in der Praxis: Wer durch das Raster fällt, der hat einfach Pech gehabt.

(Sylvia Wowretzko SPD: Quatsch!)

Wer durch das Raster fällt, der lebt halt in Armut. So sieht es in der Praxis aus, auch wenn Sie jetzt die Augen zukneifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade zu der Frage der zunehmenden sozialen Spaltung in der Stadt – eine Frage, die immer wichtiger wird, weil die Spaltung immer schärfer wird – sucht man vergeblich nach Lösungsansätzen in Ihrem Koalitionsvertrag. Von sozialer Spaltung hat der Bürgermeister kein Wort gesagt. Ihrem Koalitionsvertrag fehlt wirklich jeder sozialpolitische Ansatz.

(Beifall bei der LINKEN)

Nichts ist zu sehen von kritischer Reflexion oder gar von Solidarität. Sie setzen die gleiche falsche Politik fort, gegen die Kritik aus Gewerkschaften, gegen die Kritik aus Sozialverbänden, gegen die Kritik aus weiten Teilen der Kirche und gegen die Kritik aus den sozialen Bewegungen.

Hat Herr Dressel bei Verkündung des Koalitionsvertrags noch seiner Betroffenheit über die dramatisch niedrige Wahlbeteiligung Ausdruck verliehen, so war das wohl ein Ausrutscher, denn der rot-grüne Senat will noch nicht einmal eine umfassende Sozialberichterstattung für Hamburg, in der die Erhöhung der Armutsgefährdung genauer analysiert werden kann. Armut und die daraus resultierende mangelnde gesellschaftliche Teilhabe wird dann lieber doch nur in Einzelaspekten betrachtet. Aber vielleicht haben Sie auch Angst davor, was eine umfassende Armutsanalyse über das Verhältnis Ihrer Regierung zu Menschen mit wenig Einkommen und deren Wahlverhalten zutage bringen würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Also ignorieren Sie einfach weiter hartnäckig die eigentlichen Defizite in der Stadt. Sie sehen zum Beispiel nicht, dass diese Stadt unbedingt mehr Einnahmen braucht. Wir sagen deswegen schon seit Jahren, dass die Einnahmenseite gestärkt werden muss. Das gilt auch mit der Schuldenbremse.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sehen das nicht als notwendig an, und deshalb verweigern Sie den sozialen und kulturellen Trägern dieser Stadt den Tarifausgleich, verdichten die Arbeit und verweisen bei wichtigen sozialen und Bildungsaufgaben darauf, dass die Stadt kein Geld habe. Der Senat verweigert sich der großen gesellschaftlichen Aufgabe, soziale Arbeit endlich vernünftig zu bezahlen. Er verweigert, die Einnahmen zu verbessern – wir würden ja gern, aber es

(Cansu Özdemir)

ist kein Geld da –, und posaunt im selben Atemzug heraus, er habe die Milliarden für Olympia. Es werde keine neue Verschuldung geben, denn es gelte die Schuldenbremse. Also wirklich: Was ist das für eine Logik?

(Beifall bei der LINKEN)

Aber er hat recht, denn es gibt andere, die diese Rechnung bezahlen werden: die sozialen und die kulturellen Einrichtungen in dieser Stadt. Auch wenn Herr Scholz hoch und heilig versprochen hat, dass keine Einrichtungen geschlossen würden, können wir uns das kaum vorstellen, denn es gibt jetzt schon Einrichtungen, die kurz vorm Verbluten sind.

Auch Bezirke und Stadtteile – wenn Sie nur einmal dorthin gehen würden – bezahlen schon jetzt die Rechnung. Herr Trepoll hat es erwähnt: In Hamburgs Kundenzentren müssen die Kundinnen und Kunden lange, lange warten. Wer spontan kommt, muss lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Und wie will die Koalition das Problem lösen? Na, wie wohl: mit dem Abbau von 250 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Das ist ein direkter Angriff auf die Beschäftigten. Das ist krasse Kürzungspolitik. Herr Dressel, wir müssen hier von Kürzungspolitik sprechen, was ist es denn sonst?

(Beifall bei der LINKEN)

Aber die Stadt hat noch andere dringende Probleme, zum Beispiel den Wohnungsleerstand. Dieser muss von den Bezirken aktiv kontrolliert und aufgedeckt werden. Dafür gibt es aber viel zu wenig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Also leistet es sich Rot-Grün, auf den Rückgang des Wohnungsleerstandes zu verzichten. Auch das geht mit Grün. Zu Oppositionszeiten was es noch eine Ihrer Forderungen, den Wohnungsleerstand zu beseitigen. Außerdem wurde auch eine Möglichkeit, die soziale Kluft zwischen den Stadtteilen zu verringern, drastisch heruntergefahren, das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilversorgung. Was heißt das in der Konsequenz? Personalabbau, enorme Belastungen für das Personal, das noch übrig geblieben ist, und lange Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Beratungsstellen, Bezirksämter, die offene Kinder- und Jugendarbeit, kulturelle Einrichtungen, medizinische Versorgung vor Ort – der Senat muss unbedingt in die soziale Infrastruktur investieren. Aber das tut er nicht, und deshalb heißt es auch weiterhin: Hamburg weiter vorn bei der Kürzungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch in der Flüchtlingspolitik sehen wir deutliche Defizite. Schon im vergangenen Jahr war mehr als deutlich, dass die Flüchtlingszahlen steigen würden. Aber was tut der Senat? Er hat für den aktuellen Haushalt mit den alten Kennziffern weitergearbeitet. Der Bedarf wurde auf Grundlage veralteter Zahlen erarbeitet, und deshalb ist das Problem

auch hausgemacht. Wenn wir uns bewusst machen, wie der Senat vorgeht, nämlich kurzfristig statt langfristig, dann sehen wir auch, warum die Situation so ist, wie sie ist, warum wir Massenunterkünfte in der Stadt haben, in denen eine ausreichende, menschenwürdige Versorgung nicht gewährleistet ist. Wir brauchen, das sagen wir seit Jahren, dringend dezentrale kleinere Unterkünfte, die gut in die Infrastruktur eingegliedert sind, und das nicht nur in Stadtteilen, die strukturell benachteiligt sind, sondern auch in reicheren Stadtteilen.

(Beifall bei der LINKEN)

Überhaupt keine Lösung ist es, Hamburgs Flüchtlinge außerhalb unterzubringen, wie Sie es jetzt auf Bundesebene vorantreiben. In dieser großen, reichen Stadt ist wirklich genug Platz für alle da. Vielleicht fangen Sie einfach einmal mit der Umwandlung leer stehender Bürogebäude an, davon hat Hamburg nämlich unzählige. Und denken Sie dabei auch an die Mindeststandards, die endlich eingeführt und eingehalten werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Wir sagen: Ankommen, teilhaben und bleiben, und nicht: Hamburg weiter vorn bei unzureichender Unterbringung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein anderes Problem ist der Mangel an Sozialwohnungen, der sich in den vergangenen vier Jahren nicht ordentlich verbessert hat. 270 000 Sozialwohnungen fehlen uns noch, unzählige fallen jährlich aus der Bindung. Und auch bei der sogenannten Mietpreisbremse kommt der Senat nicht in die Hufe. Selbst das SPD/CDU-regierte Berlin hat sie bis zum 19.5.2015 umgesetzt. In Hamburg müssen die Mieterinnen und Mieter weiterhin die Zeche zahlen, und wenn sie nicht mehr zahlen können, fliegen sie eben aus der Wohnung. Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit sind auch in Hamburg nicht unüblich, nicht zu reden von den Strom- und Wasserabsperungen. Diese alltäglichen lebensbedrohlichen Probleme Hamburger Bürgerinnen und Bürger kommen in Ihrer glitzernden "Hamburg weiter vorn"-Koalition nicht vor. Dabei ist das eine soziale Katastrophe, die Sie verhindern können – Sie können, aber Sie möchten nicht, das ist das Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch hier sagen Sie: Hamburg weiter vorn – beim Ignorieren der Wohnungsnot und bei den unbezahlbaren Mieten. Aber wenn es um das Thema Olympia geht, kommt gleich eine ganz andere Stimmung bei Ihnen auf. Noch bevor der Koalitionsvertrag abgeseignet wurde, wurde aus der "Ja, aber ..."-Meinung der GRÜNEN ein sehr euphorisches "Yes, we can!" zu einem Projekt, bei dem selbst die Regierung noch nicht einschätzen kann, wie viele Milliarden es die Steuerzahlerinnen und

(Cansu Özdemir)

Steuerzahler kosten wird. SPD, GRÜNE und andere Fraktionen wagten vor Jahren mit zugekniffenen Augen den Sprung vom Zehn-Meter-Brett und erlebten einen gewaltigen Bauchklatscher, als es um das Millionengrab Elbphilharmonie ging. Heute, noch immer nicht erholt von diesem Bauchklatscher, wagen Sie den nächsten Sprung, wieder von der gleichen Höhe. Aber dieses Mal wird der Schmerz heftiger ausfallen und nicht so schnell vergehen, denn dieses Mal geht es nicht um ein Millionen-, sondern um ein Milliardengrab.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Grab schaufeln Sie hektisch und ohne Rücksicht auf die Zukunft der Stadt. Gleichzeitig zwingt die Regierung die Stadt in das Korsett der Schuldenbremse und schnürt die Fäden so eng, bis die Rippen brechen. Sie können die Rippen ruhig heil lassen, denn finanzieller Spielraum ist da. 400 Millionen Euro Überschuss allein im Jahr 2014 erzielte die Stadt, aber der Senat tilgt lieber Schulden, als in Schulen, in die soziale Infrastruktur, in die Armutsbekämpfung und andere wichtige Bereiche zu investieren.

(*Farid Müller GRÜNE*: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie haben also trotz Schuldenbremse – auch wenn Sie es noch so oft betonen – die Möglichkeit, Investitionen zu tätigen. Aber Sie schnüren lieber fester und fester und fester zu, bis es knackt. Mit dieser Kürzungs- und Sparpolitik schaffen Sie nicht die Rahmenbedingungen für individuelle Entfaltung, ganz im Gegenteil: Sie zerstören das, was noch übrig geblieben ist.

Gehen Sie vorsichtig um mit der jungen Hamburger Generation, die eine neue Solidaritätskultur auf der Straße und in den Klassenzimmern zum Ausdruck bringt. Behandeln Sie dieses neue, solidarische Hamburg – vor zehn Jahren war das noch ganz anders – fair; behandeln Sie es wie einen Schatz. Sehen Sie den Protest junger Menschen und ihren Einsatz für das Bleiberecht von Flüchtlingen zum Beispiel nicht als eine Bedrohung oder eine Gefahr, sondern als einen wertvollen Schatz.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sind neue Vorstellungen und neue Ideen dieser Generation, die sich in bitterer Kälte für ein gerechteres Hamburg auf die Straße begeben und sich einsetzen. In diese Generation müssen Sie investieren. Es geht nicht an, für die künftigen Generationen Schulden zu tilgen, aber für die jetzige Generation nichts zu tun als weiterhin zu kürzen. Sie müssen auch in diese Generation investieren, damit auch sie die Möglichkeit dazu bekommt, sich individuell zu entfalten.

Wir vertreten diese Linie. Wir wünschen uns ein Hamburg, das sozial gerecht ist, das solidarisch ist und das für alle da ist, nicht nur für die, die es

schaffen und die Glück und Hoffnung haben, sehr geehrter Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding von der FDP-Fraktion.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie haben versucht, Hamburg in seinen schillerndsten Farben zu malen, allerdings in einer doch eher nüchternen Darstellungsform. Das aber täuscht nicht darüber hinweg, welche zwei tristen Farben Hamburg die nächsten Jahre prägen werden: das ergraute Rot der SPD-Parteibuchbürokratie und das Giftgrün überschießender Öko-Ökologie.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Monika Schaal SPD*: Das ist der Neid!)

So kündigt es jedenfalls Ihr rot-grüner Koalitionsvertrag an. Diese rot-grüne Koalition lässt jede Weitsicht und jede Vision für Hamburg vermissen, immerhin die zweitgrößte Stadt in der viertgrößten Industrienation der Welt. Dafür präsentieren Sie Luftbuchungen und inhaltsleere Worthülsen.

(*Kazim Abaci SPD*: Was?)

Diese rot-grüne Koalition ignoriert Hamburgs Milliardenschulden. Die Risiken im Haushalt, der voll auf Kante genäht ist, sind weiter immens. Stattdessen wollen Sie 100 Millionen Euro zusätzlich ausgeben – ohne an anderer Stelle einzusparen, wohl gemerkt. Das ist Wahnsinn.

(Beifall bei der FDP)

Diese rot-grüne Koalition lässt völlig offen, was mit den zusätzlichen Millionen für Wissenschaft und Forschung, für Umwelt und Stadtentwicklung passieren soll. Klare Konzepte – Fehlanzeige. Diese rot-grüne Koalition lässt sich auf eine öko-ideologische Wirtschafts- und Verkehrspolitik ein, einerseits durch eine wie auch immer geartete Ökologisierung des Hafens und andererseits durch den überstürzten Ausbau des Radverkehrs auf Kosten automobiler Beweglichkeit. Sinnvoller wäre ein Ausbau vorhandener Radwege gewesen.

Besonders enttäuschend ist aber das, was diese rot-grüne Koalition im Bereich der Bildungspolitik plant oder, genauer gesagt, unterlässt. Von einer dringend notwendigen Qualitätsoffensive fehlt jede Spur. Die einzig erkennbaren Veränderungen sind der Versuch, die wegen Unterausstattung an den Stadtteilschulen gescheiterte Inklusion nun auch noch in die Gymnasien zu tragen, und die minimale Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssels um ein Jahr vorzuziehen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Stimmt doch nicht!)

(Katja Suding)

Das ist Klein-Klein statt Vision, das ist Provinz statt Weltmetropole, das ist Ideologie statt Fortschritt. Das reicht bei Weitem nicht aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Stattdessen schaffen Sie etwas, was diese Stadt nun gar nicht braucht. Hamburg wird in Zukunft noch teurer verwaltet. Statt Zukunftsvisionen gibt es also eine zusätzliche Behörde. Liebe Kollegen von SPD und GRÜNEN, das Fatale daran ist das Signal, das Sie damit in die Stadt hineinsenden. Universitäten, Kultureinrichtungen, soziale Projekte in den Stadtteilen, sie alle können darlegen, dass sie dringend mehr Geld benötigen. Sie müssen sich aber mit faktischen Kürzungen oder Nullrunden zufrieden geben, während sich der Senat eine zusätzliche Behörde gönnt, mit allem Drum und Dran: Senator, Staatsrat, Präsidialabteilung und so weiter. Das kostet Millionen. Dabei wurde der Senat schon Anfang der letzten Legislaturperiode vergrößert und war damit mehr als üppig besetzt. Zum Vergleich: Das doppelt so große Berlin kommt mit acht Senatoren aus,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und wird es besser regiert?)

das bevölkerungsstärkere Flächenland Schleswig-Holstein mit nur sieben Ministern. Das sind beides SPD-geführte Regierungen, Herr Dressel, aber wenn Sie meinen, dass diese nicht gut geführt werden, nehmen wir das gern zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Warum es in Hamburg ganze elf Senatoren sein müssen – wie wir sehen, passen sie nicht einmal alle auf die Senatsbank; Herr Horch muss auf einem Extrasessel Platz nehmen –,

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Ihnen fällt wohl überhaupt nichts Vernünftiges ein!)

kann wohl nur die Koalitionsarithmetik erklären. Denn ohne einen dritten Senatorenposten für die GRÜNEN hätten die einem Koalitionsvertrag, der durch und durch die SPD-Handschrift trägt, vermutlich gar nicht zugestimmt. Gutes Regieren bedeutet für Rot-Grün also zuallererst, Geld für den Wasserkopf auszugeben.

Ich habe Ihnen, Herr Bürgermeister, gut zugehört. Ich habe versucht, eine Zukunftsvorstellung, ein Bild, ein gemeinsames Projekt von Rot-Grün zu finden. Gelungen ist es mir nicht.

(*Sören Schumacher SPD*: Uns schon!)

Natürlich gibt es mit Olympia ein Zukunftsprojekt. Doch ganz anders, als Sie es immer wieder darstellen, Herr Bürgermeister, ist das kein Projekt des Senats, sondern eine von der Stadt getragene Initiative. Wir als Freie Demokraten waren es, die

noch vor einem Jahr von Ihnen zu unserer Pro-Olympia-Idee zu hören bekamen, das sei völlig voreilig.

Ich hätte nun von einem neuen Senat erwartet, dass er mutig genug wäre, abseits von Olympia seine Vision einer Metropole der Zukunft zu entwerfen und dafür die politischen Weichen zu stellen. Doch Fehlanzeige: Rot-Grün präsentiert uns stattdessen die Visionsfreie und Hansestadt Hamburg.

(Beifall bei der FDP)

Das will ich Ihnen auch gern belegen. Als Handels- und Logistikmetropole ist Hamburg auf eine leistungsfähige Infrastruktur und fließenden Verkehr dringend angewiesen. An erster Stelle steht hier weiterhin die Fahrrinnenanpassung der Unterelbe, denn nur mit der Anpassung wird es dem Hamburger Hafen gelingen, im Wettbewerb mit anderen Häfen in Nordeuropa mitzuhalten. Als die "CSCL Globe", das war damals das weltgrößte Containerschiff, im Januar bei uns in Hamburg war, konnte es den Hafen nur mit größeren Schwierigkeiten erreichen. Schiffe dieser Größenordnung aber werden in Zukunft die Schifffahrt beherrschen. Sie haben neben ökonomischen auch ökologische Vorteile, weil sie eben mehr Container mit weniger Treibstoff transportieren können. Deshalb brauchen wir die Fahrrinnenanpassung. Die Elbe muss an einigen wenigen Stellen tiefer werden, vor allen Dingen muss sie aber verbreitert werden, damit Begegnungskorridore für zwei Schiffe geschaffen werden. Davon lesen wir im Koalitionsvertrag allerdings wenig. Obwohl, das stimmt nicht ganz, eigentlich lesen wir dazu doch etwas, nämlich dass die Koalitionsparteien sich ausdrücklich nicht einig in dieser für Hamburg zentralen Frage sind. Das ist kein gutes Zeichen für die zügige Umsetzung eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte in unserer Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Die Fahrrinnenanpassung allein wird aber nicht ausreichen, um das Herz der Hamburger Wirtschaft kräftig am Schlagen zu halten, auch der Sanierungsstau im Hafen von über 300 Millionen Euro muss endlich abgebaut werden. Wir haben vorgeschlagen, dass ein weiterer Teil des städtischen Hafenunternehmens HHLA privatisiert wird, sodass diese Investitionen finanziert werden können. Und warum beteiligen wir nicht private Investoren als stille Teilhaber an den neuen Hafenprojekten? Das wären attraktive Anlagemöglichkeiten, erst recht in Zeiten niedriger Zinsen, und es ließen sich sicher seriöse Partner finden – wenn man denn will.

Meine Damen und Herren! Gute Verkehrspolitik hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Verkehr fließt, in Hamburg aber wird er durch künstliche Steuerzeugungsprogramme oftmals lahmge-

(Katja Suding)

legt. Mit den geplanten Pilotanwendungen der intelligenten Verkehrsstrategie kann nur ein erster Schritt getan werden. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, dass der Telematik im Bereich der Steuerung der Verkehrsströme die Zukunft gehört, bis dato allerdings nicht in Hamburg. Es war und es bleibt richtig: Das teure und unsinnige Busbeschleunigungsprogramm gehört gestoppt. Einzelne Kompromisse wie zum Beispiel auf der Uhlenhorst ändern daran nichts. Als Metropole, die wir sind und sein wollen, brauchen wir eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die alle Verkehrsträger – das Auto, den ÖPNV, Radfahrer und Fußgänger – miteinander verzahnen will und größtmögliche Mobilität für alle ermöglicht. Eine Privilegierung einzelner Verkehrsträger, so wie Sie es vorhaben, steht diesem Ziel allerdings im Wege und wird dem Verkehrsfluss in dieser Stadt eher schaden als ihn verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Der Koalitionsvertrag verspricht mit vollmundigen Ankündigungen, sich verstärkt der Gründerszene anzunehmen. Das ist erst einmal eine gute Nachricht. Wir sollten nicht akzeptieren, dass wir in Hamburg einer anderen großen deutschen Stadt in unserer Gründerszene hinterherhinken. Die unternehmerische Grundlage für eine Start-up-Stärkung in Hamburg ist überhaupt nicht schlecht: Wir haben Google und Facebook hier, wir haben eine kreative Medien- und Werbeszene und sind auch im Bereich der Games, also der Entwicklung von Computerspielen, stark. Für eine noch stärkere, kreativere Gründerszene müssen sich die vorhandenen Technologiezentren, Universitäten und Forschungseinrichtungen mit möglichen Kapitalgebern besser vernetzen. Junge Gründer und Start-ups brauchen vor allem Flächen, die sie günstig mieten und die mit den Unternehmen wachsen können. Dann werden wir den Wettbewerb mit Berlin um die Gründer- und Start-up-Stadt Nummer 1 gewinnen. Diesen Ehrgeiz haben wir, aber bis auf ein paar recht unkonkrete Absichtserklärungen hat ihn Rot-Grün offenbar nicht.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll* CDU)

Die Menschen in Hamburg sollen ihre individuellen Chancen im Leben nutzen können. Dazu brauchen sie beste Bildung. Nichts hilft jungen Menschen mehr, um auf ihren eigenen Beinen zu stehen und glücklich zu werden, als Bildung. Deshalb wollen wir, dass jedes einzelne Kind mit seinen Stärken und Schwächen gefördert wird. Es darf keinen Unterschied machen, in welchem Stadtteil es aufwächst, wer seine Eltern sind und welche Schule es besucht. Dafür müssen wir in die Qualität von Bildung investieren. Doch da ist Hamburg seit Jahren mit der sozialdemokratischen Bildungspolitik auf dem Holzweg, und der wird laut Koalitionsvertrag auch von den GRÜNEN nirgendwo korrigiert.

Im Gegenteil: Die Probleme werden vergrößert. Voreilig wurden Eltern die Gebühren für die fünf-stündige Kita-Betreuung erlassen, nur um dann zu verkünden, dass für dringend benötigte Erzieher kein Geld mehr da ist. Die Inklusion wurde überhastet eingeführt, allerdings ohne die Pädagogen, die es an den Schulen braucht. Die Studiengebühren wurden abgeschafft – bezahlen tun es nun die Universitäten, die von Jahr zu Jahr mit weniger Geld auskommen müssen.

Unsere Gymnasien sind nicht so gut, wie sie es sein könnten. Im Leistungsvergleich mit anderen Bundesländern, vor allem mit denen im Süden, werden unsere Gymnasiasten mit ihren Leistungen immer weit abgehängt. Mehr Niveau im Abitur und klarere Leistungsanforderungen, das brauchen unsere Gymnasien. Stattdessen aber sollen sich die Gymnasien nun nach dem Willen der GRÜNEN auch noch mit dem Thema Inklusion auseinandersetzen. Die Inklusion an den Stadtteilschulen ist bereits so gut wie gescheitert, weil sie nicht annähernd ausreichend ausgestattet ist. Anstatt endlich nachzubessern und den Stadtteilschulen wieder Luft zum Atmen zu geben, werden die Probleme nun auch noch an die Gymnasien übertragen. Das ist töricht und völlig unverständlich. Hier wird von Rot-Grün falsch verstandene politische Korrektheit zulasten von Schülern, Lehrern und Eltern zelebriert.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien* und *André Trepoll*, beide CDU)

Für eine gelungene Umsetzung der Inklusion braucht es die entsprechende Zahl an Lehrern, Pädagogen und Therapeuten. Das hat Rot-Grün möglicherweise in der Theorie auch verstanden, handelt aber nicht danach. Wie sonst ist zu erklären, dass sich unsere neue Regierung im Koalitionsvertrag dafür rühmt, in den nächsten fünf Jahren 120 neue Vollzeitstellen für die Inklusion zu schaffen, während wir im Newsletter der Schulbehörde lesen konnten, dass es nur 60 zusätzliche Stellen sind, also zwölf pro Jahr? Das wird niemals ausreichen. Wir fordern Rot-Grün eindringlich auf, endlich die Einzelfallprüfung für jedes Kind mit Förderbedarf wieder einzuführen und für eine entsprechende Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen zu sorgen. Nur dann kann Inklusion gelingen, denn nur dann kann Unterricht sowohl den Kindern mit Förderbedarf und Behinderung als auch den anderen Kindern gerecht werden.

Die Kitas in Hamburg sind auf Masse, aber nicht konsequent auf Qualität ausgerichtet. Wir wollen uns nicht damit zufrieden geben, dass Eltern nicht mehr für die fünf-stündige Betreuung bezahlen müssen. Mehr als sechs Kinder unter drei Jahren werden von einer Erzieherin betreut – das ist schlechter als in jedem anderen westlichen Bundesland. Wir wollen, dass Kitas echte Bildungseinrichtungen werden, damit dort erfolgreich die

(Katja Suding)

Grundlagen für den späteren Lernerfolg gelegt werden können. Die minimale Anpassung des Betreuungsschlüssels, den die SPD kurz vor Ende der Legislaturperiode angekündigt hatte, hat niemand als Erfolg angenommen. Diese Mini-Verbesserung nun ein Jahr vorzuziehen, wird auch Rot-Grün nicht als den großen Wurf darstellen können.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber das geht doch weiter!)

– Viel zu langsam. Das ist die Kritik, die wir geäußert haben. Man sollte vielleicht einmal hören, was die Opposition sagt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: 2018 hat die FDP gewollt, wir machen es 2019, wo ist der große Unterschied?)

– Das ist ein Unterschied.

Erst Mitte des nächsten Jahrzehnts werden wir flächendeckend den Betreuungsschlüssel haben, den die Bertelsmann Stiftung empfiehlt. Das bedeutet doch nichts anderes, als dass noch weitere Kita-Generationen mit der absolut unzureichenden Qualität leben müssen, Herr Dressel.

(Beifall bei der FDP und bei Karin Prien und André Trepoll, beide CDU)

Beim Umgang mit den Hochschulen legt der Senat die Axt an einen der wichtigen Lebensbäume dieser Stadt. Ohne die Innovationskraft der Hochschulen wird der Wirtschaftsstandort Hamburg veröden. Hamburg braucht starke Hochschulen, um eine starke Metropole der Zukunft sein zu können. Die 30 BAföG-Millionen gehören in die Hochschulen, der Senat aber lässt sie im Haushalt versickern.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist auch schon widerlegt!)

Mit dieser Kritik waren wir bis zum Wahltag auch nicht allein. Die grüne Landesvorsitzende und heutige Wissenschaftssenatorin Fegebank und die frühere wissenschaftspolitische Sprecherin der GRÜNEN, Gümbel, heute tätig als Staatsrätin in der Wissenschaftsbehörde, teilten diese Kritik. Am 16. Dezember 2014 ließ sich Eva Gümbel in einer Pressemeldung so zitieren:

"Die Wissenschaftspolitik der SPD ist desaströs [...]. Die vom Bund übernommenen BAföG-Zahlungen in Höhe von 29,27 Millionen Euro jährlich versickern im allgemeinen Haushalt. Wir fordern, diese zur Erhöhung der Grundfinanzierung zu verwenden, auf diese Weise kann der Schrumpfkurs gestoppt werden."

– Zitatende.

Auch die heutige Wissenschaftssenatorin Fegebank hatte noch vor wenigen Wochen eine klare Haltung dazu. Bei der Präsentation der Wahlkam-

pagne der GRÜNEN im November 2014 hieß es – Zitat –:

"Die 30 Millionen Euro BAföG-Mittel sollen in den Hochschul-Etat fließen und nicht im allgemeinen Haushalt versickern."

Heute allerdings lassen Sie sich für eine Regierungsbeteiligung mit ein paar Brosamen abspesen. Frau Senatorin, die SPD-Wissenschaftspolitik ist desaströs, noch schlimmer aber ist, dass die GRÜNEN ihre damals wie heute absolut berechtigte Kritik einfach verdrängen.

(Beifall bei der FDP)

Damit die notwendige Bildungsoffensive und die Investitionen in unsere Infrastruktur bezahlt werden können, muss Hamburg Vorbild für finanzpolitische Solidität sein. Ich möchte noch einmal an die Debatte erinnern, die wir zu den Haushaltsberatungen im Dezember und kurz vor dem Wahltermin geführt haben und die sich keinesfalls erledigt hat. Der Überschuss, den die Stadt im letzten Jahr zu verzeichnen hatte, ist definitiv kein Grund zum Jubeln, ganz im Gegenteil. Bei Mehreinnahmen von 1,1 Milliarden Euro wegen brummender Konjunktur, niedrigen Zinsen, Unterstützung durch den Bund und geringerer Zahlung in den Länderfinanzausgleich wurde die Nettokreditaufnahme nur um 300 Millionen Euro reduziert. Bis heute sind Bürgermeister und Finanzsenator Parlament und Öffentlichkeit eine Antwort auf die Frage schuldig, die mehrfach gestellt wurde: Was ist mit der Differenz von 800 Millionen Euro zwischen Mehreinnahmen und Reduzierung der Kreditaufnahme passiert?

Mit unserem Stresstest haben wir außerdem vorgerechnet, dass bei einer nur leichten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage die Einhaltung der Schuldenbremse kaum noch zu schaffen sein wird. Herr Bürgermeister, Sie begehen damit Verfassungsbruch mit Ansage.

(Beifall bei der FDP)

Und jetzt wollen Sie uns auch noch weismachen, dass die 100 Millionen Euro, die wegen niedriger Zinsen gespart werden, für zusätzliche Ausgaben bereit stünden. Das ist angesichts der hohen Risiken im Haushalt und den bereits getätigten Mehrausgaben ein riesiger Irrtum. Wo, Herr Bürgermeister, ist heute noch die Rede von "pay as you go"? Das war ein zentrales Schlagwort der SPD-Wahlkampagne von 2011 und in den ersten Monaten Ihrer ersten Amtszeit auch noch ein sehr häufig bemühtes. Heute ist davon nichts mehr zu hören, und noch schlimmer, vom dahinterliegenden Konzept, wonach Mehrausgaben an einer Stelle durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden müssen, ist in Ihrer Politik nichts mehr übrig.

(Beifall bei der FDP)

Hamburg braucht eine Politik, die rechnen kann. Dafür steht die FDP. Deshalb werden wir Ihnen

(Katja Suding)

auch in der Haushaltspolitik weiterhin ganz genau auf die Finger schauen.

Auf ein Thema möchte ich noch ganz kurz eingehen. Auch in diesem Jahr wird sich das traurige Schicksal vieler Tausend neuer Flüchtlinge wiederholen. Ihre Zahl wird vermutlich die Vorjahreszahlen übersteigen. Sie sind aus ihren Heimatländern vor Krieg und Terror geflohen und suchen in Hamburg Schutz und die Möglichkeit, mit ihren Familien in Frieden und Sicherheit zu leben. Sie unterzubringen, zu betreuen und zu integrieren ist eine große Herausforderung, die wir als Stadt alle gemeinsam zu schultern haben.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Auf die Unterstützung aus der FDP-Fraktion können Sie sich dabei verlassen. Ich hoffe aber und wünsche mir, dass Rot-Grün in den kommenden Monaten und Jahren umsichtiger agiert, als es die SPD seit 2011 allein getan hat, mit mehr Bürgerbeteiligung, mit besserer Vernetzung der großen Hilfsbereitschaft der Hamburger und klareren Rechtsgrundlagen.

Meine Damen und Herren! Einige aus dem rot-grünen Regierungslager werden sich nun dafür rühmen – und manche sich auch schlichtweg wundern –, dass einige Reaktionen auf den Koalitionsvertrag, gerade auch aus der Wirtschaft, verhalten positiv waren. Mich wundert das nicht, weil viele von Rot-Grün eben noch viel Schlimmeres erwartet hätten. Jetzt stellen sie fest: Olaf Scholz hält weitgehend an seinem Kurs der letzten vier Jahre fest. Aber das ist doch alles andere als eine gute Nachricht. Nur weil es möglicherweise nicht so schlimm kommt wie befürchtet, ist es doch noch lange nicht gut. Eine Visionsfreie und Hansestadt Hamburg, eine Stadt, die mit Öko-Einsprengseln mittelmäßig verwaltet wird, hat keine gute Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Zwar konnten sich die GRÜNEN bei Stadtbahn, Citymaut, Umweltzone, Elbvertiefung und Olympia nicht durchsetzen – und das ist gut so –, aber unser Anspruch muss doch ein ganz anderer sein. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, dass unser Hamburg weiter ohne Mobilitätskonzept der Zukunft, ohne Vision von einer besseren Bildung und ohne solides Finanzkonzept mehr schlecht als recht verwaltet wird. Ich erwarte von einer Regierung, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern sagt, wie die für Hamburg wirklich wichtigen Herausforderungen angepackt werden sollen.

Hamburg bleibt mit diesem rot-grünen Senat hinter seinen Möglichkeiten zurück. Das wird die Zukunft unserer Stadt, den Wohlstand unserer Stadt und der Menschen, die hier leben, perspektivisch gefährden. Rot-Grün macht aus Hamburg eine provinziellere Stadt, Rot-Grün bastelt sich die Visions-

freie und Hansestadt Hamburg, und das hat unsere großartige Stadt nicht verdient. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Das Wort bekommt nun Herr Professor Kruse von der AfD.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Ihr großes Projekt ist Olympia – ein großes Projekt, große Visionen und große Chancen. Auch ich bin davon infiziert. Wir, die AfD in Hamburg und ich persönlich, unterstützen Sie grundsätzlich bei der Olympia-Bewerbung zum Wohle Hamburgs. Aber jede Vision muss sich über kurz oder lang der Realität stellen, und dann sind wir beim Thema Risiken und mögliche Nachteile, nicht nur bezüglich der Finanzen. Und wir sind beim Thema Zustimmung der Bevölkerung. Wir finden es sehr gut, dass Sie und der ganze Senat sich von Anfang an darauf eingestellt haben, die Hamburger Bürger per Referendum mitentscheiden zu lassen, und dass es auch verbindlich sein soll. Auch da unterstützen wir Sie grundsätzlich bei allem, was dafür jetzt und künftig nötig sein wird. Ich würde Sie auch beim Quasi-Wahlkampf im Herbst gern unterstützen, wenn es um ein positives Ergebnis des Referendums geht, aber ich bin mir überhaupt nicht sicher, ob ich zu dem Zeitpunkt über genügend Informationen und Know-how verfügen werde, um das ehrlichen Herzens zu tun. Ich bin nämlich kein Bauexperte, kein Jurist für Verträge mit Baufirmen, kein Experte für Erlösstrukturen, für Sportveranstaltungen, für Tickets, für Merchandising und für Fernsehrechte, und ich kann auch nicht genügend abschätzen, wie hoch die externen Effekte für die Hamburger Wirtschaft, für Hoteliers und andere sind. Ich kann insbesondere nicht beurteilen, ob die Annahmen, die in den Kalkulationen vorgelegt werden, professionell und seriös gemacht worden sind und ob die Eintrittswahrscheinlichkeiten für exogene Ereignisse, die es immer gibt – böse Überraschungen gibt es überall –, adäquat geschätzt worden sind. Wenn ich einen Gebrauchtwagen kaufen will, dann weiß ich, dass der Verkäufer mir nur die positiven Fakten erzählt, weil ich seine Interessenlage kenne. So ist es auch bei politischen Entscheidungen, wenn die Fakten von denen bereitgestellt werden, die eine bestimmte Entscheidung haben wollen.

(Dorothee Martin SPD: Ist das bei Ihnen anders?)

Da ist Skepsis geboten. Noch viel schwieriger ist es für die Bürger, die noch viel weniger Informationen und Know-how über die relevanten Fragen haben als ich, der ich immerhin einige Jahre meines Lebens mit Sportökonomie zugebracht habe. Die Frage ist also, woher die Menschen wissen sollen,

(Dr. Jörn Kruse)

dass ihnen reiner Wein eingeschenkt wird und nicht mit den Risiken hinterm Berg gehalten wird. Beim Gebrauchtwagenkauf kann ich einen Sachverständigenrat einholen und bei Olympia auch. Ein Sachverständiger soll fachlich kompetent und unabhängig sein, unabhängig insbesondere von denen, die etwas Bestimmtes erreichen wollen, also beim Autobeispiel vom Verkäufer, nicht von mir. Was wir bei Olympia brauchen, sind unabhängige Sachverständige, also Experten, die die Schätzungen und Annahmen, die der Senat macht, unabhängig beurteilen und entsprechend publizieren sollten. Sollte das gut ausgehen, dann würde ich im Herbst ehrlichen Herzens den Senat unterstützen können, um ein positives Ergebnis des Referendums zu erzielen.

(Beifall bei der AfD)

Mich erinnert das an die Auktionstheorie und die Auktionspraxis. Wenn man irgendwo Güter und Rechte mit hohem Risiko des späteren Warenwerts versteigern will, zum Beispiel Ölbohrrechte in Alaska oder ähnliche Dinge, gibt man möglichst viele glaubwürdige Informationen heraus. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Der amerikanische Finanzminister möchte für die Ölbohrrechte natürlich möglichst viel Erlösen, aber er weiß auch, dass die Firmen sehr niedrig bieten werden, wenn die Unsicherheit groß ist. Man nennt das in der Ökonomie Downward Bias. Was macht er also? Er bemüht sich, möglichst viele glaubwürdige, unabhängige geologische Gutachten in Auftrag zu geben, und wenn er das getan hat, sind in aller Regel die Gebote und damit seine Einnahmen wesentlich höher. Das heißt also, je mehr Informationen da sind, desto eher wird man ein positives Ergebnis erzielen können, und ich würde noch hinzufügen, je mehr Informationen die Bürger haben, desto mehr Begeisterung für Olympia wird auch aufkommen.

(Beifall bei der AfD)

Das war jetzt eine meiner Vergangenheit geschuldete ökonomische Erklärung dafür. Besser gefällt mir allerdings die demokratietheoretische Begründung, dass ein Referendum nur dann Sinn macht, wenn diejenigen, die entscheiden, auch wirklich gut informiert sind. Wenn sie nur der Propaganda ausgesetzt sind, dann sind sie das nicht, und sie wissen auch, dass sie es nicht sind, und deshalb ist das Referendum auch von geringerem Wert, als es sonst wäre.

Aber Hamburg ist in der nächsten Legislaturperiode nicht nur Olympia-Bewerbung. Um zu lernen, wie Sie sich das vorgestellt haben, Herr Bürgermeister, habe ich den Koalitionsvertrag gelesen. Er ist sehr lang, 115 Seiten, und sehr detailliert. Viele Themen, viele Fakten und viele Institutionen werden angesprochen, viele in Hamburg fühlen sich sicher gebauchpinselt, wenn sie erwähnt worden sind, und das ist möglicherweise nett. Auch ich habe Etliches über Hamburg gelernt in diesem Koali-

tionsvertrag, was einfach deskriptiv dasteht, aber das hat nicht viel zu tun mit dem, was die Regierungspolitik in der Vergangenheit war und künftig sein wird. Ich habe dann im Koalitionsvertrag nach den harten programmatischen Fakten gesucht und gesucht und eher wenig gefunden. Viel Unverbindliches steht darin und viel Wünschenswertes ohne konkretes Datum und ohne Verbindlichkeit jeder Art. Ich hätte mir dort gewünscht, dass man das härter positioniert, denn ein Punkt kommt immer noch hinzu: Versprechungen sind das eine, aber man muss dafür auch glaubwürdig sein, und bei vielen Punkten haben wir natürlich die Erfahrung der letzten Legislaturperiode, wo in wichtigen Gebieten eben allzu viel versäumt worden ist. Darauf komme ich gleich noch zurück.

Vieles von dem, was ich jetzt gelesen habe, werde ich – oder andere – möglicherweise auch im Jahre 2025 wieder lesen, wenn Sie, Herr Bürgermeister, dann zehn Jahre älter, eine weitere Regierungserklärung abgeben, aber auch dann wird wahrscheinlich die Hafenuferspanne noch immer nicht gebaut sein. Ein Parteifreund von Ihnen hat einmal gesagt, Olaf Scholz verspreche wenig und breche deshalb auch keine Versprechen. So kann man es auch machen. Probleme umschiffen und nach hinten verschieben – das nennt sich dann gutes Regieren oder gutes Verwalten. Aber Probleme wollen gelöst und die Zukunft will gestaltet werden. Das sind die Aufgaben, die der Senat in Hamburg hat. Mich erinnert Ihr Politikstil an den von Angela Merkel, die auch immer herumlaviert und die Probleme mit dem nassen Fuchel zur Seite wischt, statt sie zu lösen, und insbesondere die Probleme mit dem Euro und dem Rettungsschirm vor sich herschiebt, und wir alle wissen, es wird einmal sehr teuer werden für die deutschen Steuerzahler, Sparer und Arbeitnehmer. Aber das ist dann zu den Zeiten, wo Frau Merkel schon im Ruhestand ist und sich darum nicht mehr kümmern muss. Sie ist dann nur noch ein Fall fürs Feuilleton. Was Sie auch mit Angela Merkel gemeinsam haben, und dafür ernten Sie beide ein Stück Bewunderung meinerseits, sind die guten Wahlergebnisse. Das macht mich mit meinem Blick auf die Demokratie etwas ratlos. Bringt es offensichtlich Erfolg in der Politik, wenn man die Probleme nicht löst, sondern verschiebt? Liegt es daran, dass die Wähler nicht an morgen denken? Aber Staatsmänner und Staatsfrauen, die in die Geschichtsbücher eingehen,

(Wolfgang Rose SPD: Worüber reden Sie eigentlich? und vereinzelter Beifall bei der SPD)

sind nicht die Parteipolitiker mit vielen Wählerstimmen, sondern diejenigen, die aktiv die Zukunft gestalten. Das ist von manchen meiner Vorredner auch schon gesagt worden: Es fehlt hier die aktive Gestaltung der Zukunft. Ich glaube, in Hamburg, einer so wohlhabenden, humankapitalintensiven

(Dr. Jörn Kruse)

und dynamischen Stadt, müsste es geradezu ein Vergnügen sein, die Zukunft zu gestalten, weil hier nämlich reichlich Geld vorhanden ist und reichlich Köpfe, die das tun können. Ein Politiker, der Visionen für die Zukunft hat, muss eben nicht zum Arzt, wie ein berühmter Hamburger einmal gesagt hat, sondern er muss an die politische Werkbank, um aus Visionen Realität zu machen, und das ist die Aufgabe des Senats und des Bürgermeisters dieser Stadt. Was das konkret heißt, darüber ist heute schon einiges gesagt worden, und einige meiner Vorredner aus den Oppositionsparteien haben da schon ziemlich draufgehauen. Das möchte ich hier jetzt nicht vertiefen, sondern nur kurz zwei Punkte nennen, die mir besonders wichtig sind.

Der erste Punkt betrifft die Universitäten und die Forschung. Darüber schreiben Sie im Koalitionsvertrag viel, und der Leser gewinnt den angenehmen Eindruck, es sei Ihnen wichtig. Dass das nicht der Fall ist, merkt man dann, wenn es um die Finanzen geht. Denn immer, wenn es um Geld geht, halten Sie diesen Bereich sehr mager. Das Gleiche haben Sie schon in der letzten Legislaturperiode mit Ihrer Wissenschaftssenatorin gemacht, und ich fürchte, mit der nächsten machen Sie es auch so, dass Sie zwar viel über die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung reden, aber wenn es darum geht, sie mit dem nötigen Geld auszustatten, dann merkt man, dass die Prioritäten nicht wirklich da sind.

Gute Universitäten sind ein herausragender Standortfaktor für eine Stadt. Ich habe mich früher intensiv damit befasst, und ich weiß von vielen Zusammenhängen zwischen einer guten Universität und den gewachsenen wirtschaftlichen Chancen und Arbeitsplätzen einer Stadt. Insofern würde ich eigentlich gern glauben, dass Sie das ernst meinen, wenn Sie sagen, dass es Ihnen wichtig ist. Und ich hoffe, dass Sie mich Lügen strafen in den nächsten zwei Jahren und dass Sie das, was Sie hier wolkig ankündigen, auch tatsächlich umsetzen und mit entsprechenden Geldmitteln hinterlegen werden. Denn im Grunde ist es nicht so furchtbar schwierig, im Wissenschaftsbereich Maßstäbe zu setzen. Das kann man relativ schnell und relativ gut sichtbar machen, denn Wissenschaftler sind gut vernetzt und ein guter Standort im Wissenschaftsbereich spricht sich schnell herum und hat entsprechende Folgewirkungen. Das wäre ein Bereich, wo Sie nicht nur für Ihr Renommee schnell viel Gutes tun könnten, sondern im zweiten Schritt würden Sie auch Ihren Finanzminister erfreuen, der nämlich durch Steuerrückflüsse die Kosten wieder hereinbekommt, die er zunächst tragen muss.

(Beifall bei der AfD)

Zweites Beispiel: Verkehrsinfrastruktur. Die heutige Stauhauptstadt Hamburg ist das traurige Ergebnis jahrzehntelanger Versäumnisse vieler Senate –

überwiegend SPD-geführt, aber nicht nur. Der Grund liegt darin, wie Ökonomen sagen würden, dass Verkehrsinfrastrukturinvestitionen aufgrund ihrer langen Ausreifungszeiten nicht anreizkompatibel sind, das heißt, derjenige, der in der Gegenwart die Mittel aufbringt und sich den Ärger mit Bürgerinitiativen einhandelt, hat später nicht die Vorteile, die in den nächsten 30 bis 50 Jahren die Bürger davon haben, politisch gesprochen. Er wird sich also eher von Bürgerinitiativen einschränken lassen und Geldmittel sparsam ausgeben, weil er fürchtet, zwar etwas Gutes zu tun, dabei aber sein Amt zu verlieren. Das ist ganz typisch für diese Art von Dingen, und da verweise ich wieder auf das, was ich eben gesagt habe: Ein Staatsmann ist jemand, der das Richtige tut, auch wenn es Widerstand gibt, und auch das zeichnet eine gute Regierung in Hamburg und anderswo aus. Ich bringe noch ein Beispiel von einem Ihrer Parteifreunde. Ich bin früher nie ein besonderer Freund von Gerhard Schröder gewesen, aber inzwischen halte ich ihn für einen der bedeutendsten Staatsmänner der letzten Jahrzehnte, weil er gegen Widerstände die Agenda 2010 durchgesetzt hat, eines der wichtigsten Gesetze, die hier eingeführt worden sind. Das ist etwas, wofür ich ihn auch in Erinnerung behalten werde trotz aller Dinge, die ich sonst an ihm kritisieren würde.

(Beifall bei der AfD – *Wolfgang Rose SPD*:
Lassen Sie ihn das bloß nicht hören!)

Im Koalitionsvertrag steht vieles über Verkehrsinfrastruktur. Es werden eine Menge Projekte genannt, aber das meiste ist unverbindlich nach dem Motto "Wünsch dir was". Es ist langsam oder gar nicht terminiert, und auch da würde ich mir wünschen, ich könnte glauben, was da alles so steht über die verschiedenen U-Bahn-Brücken und so weiter. In der Vergangenheit ist nichts oder nicht genug passiert, und ich hoffe, dass Sie mich Lügen strafen, Herr Bürgermeister, indem Sie die Projekte auch wirklich umsetzen, denn das brauchen wir dringend in Hamburg. Eine Verkehrsinfrastruktur auf der Straße, auf der Schiene, im öffentlichen Personennahverkehr und so weiter ist ebenfalls ein dramatisch wichtiger Standortfaktor für Hamburg, und das gilt nicht nur für das, was wir am meisten merken, nämlich die privat genutzte Infrastruktur bei Straßen und U-Bahnen, sondern auch für die von der Wirtschaft genutzte Infrastruktur, die wichtig ist, damit Hamburg ein dominierender, wichtiger Logistikstandort bleibt und die Arbeitsplätze hier gesichert werden können.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben heute von den Oppositionsfraktionen zum Teil sehr heftige Kritik geerntet. Ich freue mich, dass Sie immer noch relativ entspannt dreinschauen, Herr Bürgermeister. Auch wir werden noch viel an Ihnen herumkritisieren, heute und in der nächsten Zeit, und ich weiß mich dabei in guter

(Dr. Jörn Kruse)

Gemeinschaft mit den Vertretern der anderen Oppositionsfraktionen. Aber trotzdem sage ich hier einmal ausdrücklich in dieser Stunde, wo wir die Regierungserklärung diskutieren, ich wünsche Ihnen und dem gesamten Senat alles Gute und eine glückliche Hand beim Regieren dieser tollen Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Heyenn.

Dora Heyenn fraktionslos:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, nach Ihrer Regierungserklärung habe ich mich die ganze Zeit gefragt: Was ist eigentlich modern?

(Karin Prien CDU: Genau!)

Sie haben das Wort so häufig benutzt und ich kann mir so wenig darunter vorstellen. Sie haben viele Bereiche angesprochen, und Sie haben lange gesprochen, trotzdem weiß ich immer noch nicht, was Sie darunter verstehen. Für mich ist das Interessanteste an Ihrer Regierungserklärung, was Sie nicht gesagt haben. Ich habe es mir einmal angeschaut: 2011 haben Sie in Ihrer Regierungserklärung kein Wort zur sozial gespaltenen Stadt gesagt, kein Wort zu Kinderarmut und kein Wort zur Altersarmut. Und dann zitieren Sie Popper mit den Worten:

"Alles Leben ist Problemlösen."

Dazu gehört, dass man die Probleme auch sieht, dass man sie erkennt und dass man sie annimmt, und das tun Sie offenkundig nicht. Das Wort Armut kommt genau wie 2011 überhaupt nicht vor, auch nicht in den Reden von Herrn Dressel und Herrn Tjarks. Dabei warnen die Sozialverbände und sogar die Bertelsmann Stiftung regelmäßig davor, wie stark die soziale Spaltung in dieser Stadt ist. Angesichts dieser Fakten, nämlich dass jedes vierte Kind in Hamburg in Armut lebt, davon zu sprechen, dass wir die kinderfreundlichste Stadt werden wollen, finde ich ziemlich zynisch.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü* fraktionslos)

Sie sprechen davon, wir wollten die Stadt der Hoffnung werden. Gerade unsere letzten Wahlen haben gezeigt, dass viele Menschen in dieser Stadt die Hoffnung verloren haben. Sie haben die Perspektive verloren und resigniert. Im Grunde muss man an dem Punkt ansetzen und etwas tun. Aber wenn Sie angesichts der Probleme in unserer sozial zutiefst gespaltenen Stadt in großen Teilen Ihrer Rede den Schwerpunkt auf die Olympischen Spiele legen, dann wird erneut deutlich, dass in einem Senat unter Olaf Scholz – eben fiel auch der Name Gerhard Schröder und die Agenda 2010 – die so-

ziale Spaltung kein Thema ist, und das ist ein ganz großer Fehler.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü* fraktionslos)

Noch eines fällt mir auf im Vergleich zu 2011. Damals haben Sie mit ganz viel Pathos hier vorn gestanden und in Ihrer Regierungserklärung gesagt – ich zitiere –:

"Wir werden dafür sorgen, dass jeder junge Erwachsene in Hamburg entweder das Abitur oder einen Berufsabschluss macht."

Nach vier Jahren sieht es folgendermaßen aus, das hat die Schulabgängerbefragung 2014 gezeigt: Nur 37,4 Prozent aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus der Klasse 10 der Stadtteilschulen haben einen Ausbildungsplatz erhalten und davon auch nur 25,1 Prozent in der klassischen dualen Ausbildung. So viel zu Sigmar Gabriel, man habe wenig versprochen und alles gehalten. Das zeigt, auch das hat nicht funktioniert. Im jetzigen Koalitionsvertrag findet man zu dem Thema folgende Sätze:

"Für diejenigen, die nicht direkt nach dem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz finden, bieten wir eine dualisierte Ausbildungsvorbereitung [...] an. Für besondere Zielgruppen ist die Ausbildungsvorbereitung an der Produktionsschule, die auf dem bisherigen Niveau weitergeführt [wird], der richtige Weg. Die Wirksamkeit und die Erfolgskriterien des Hamburger Ausbildungsplatzprogrammes [...] werden überprüft."

Das heißt, Sie haben sich von der Ausbildungsplatzgarantie verabschiedet, und ich weise noch einmal darauf hin: Die Jugendberufsagenturen schaffen vielleicht einiges, aber sie schaffen keine neuen Ausbildungsplätze. Die Ausbildungsplatzgarantie ist gescheitert.

Ein weiterer Blick in den Koalitionsvertrag zeigt – und auch die Interviews, die die Senatorinnen und Senatoren in den letzten Wochen gegeben haben –, dass immer einmal mit hohen Summen signalisiert werden soll, dass der rot-grüne Senat finanziell nachbessern will, wo er großen Handlungsbedarf sieht. Zum Beispiel will die Schulbehörde 120 zusätzliche Stellen für die inklusive Beschulung bereitstellen. Das hört sich erst einmal gut an. Aber sie verteilen sich auf fünf Jahre, und was dann übrig bleibt, sind 60 Pädagogen für 200 Grundschulen pro Jahr. Damit kann man die Inklusion nicht durchführen.

Genauso verhält es sich in der Wissenschaftspolitik. 40 Millionen Euro verteilt auf fünf Jahre bedeuten 8 Millionen Euro und die verteilt auf sechs staatliche Hochschulen pro Jahr. Damit sind nicht einmal – Herr Trepoll hat schon darauf hingewiesen – der Inflationsausgleich und die Tarifsteige-

(Dora Heyenn)

rungen zu bezahlen. Offenkundig haben wir es hier mit neuen Fünfjahresplänen zu tun, die nicht das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind. Das hätten Sie vorher wissen können. Sie müssen die soziale Spaltung der Stadt annehmen und dafür sorgen, dass alle Menschen in dieser Stadt die gleichen Chancen haben, aber davon ist leider auch Rot-Grün weit entfernt.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*: Sie kennen sich da ja aus!)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Güçlü.

Nebahat Güçlü fraktionslos:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Manchmal würde man sich wünschen, dass manche Vertreter von Fraktionen hier auch nur wie die Fraktionslosen fünf Minuten Redezeit hätten. Ich habe vorhin Probleme gehabt, Herr Kruse, Ihnen an manchen Stellen zu folgen mit all den Redundanzen.

Ich möchte meiner Vorrednerin Dora Heyenn in vielen Dingen zustimmen, und da ich auch nur kurz Zeit habe, möchte ich vieles gar nicht wiederholen. Aber auch ich kann mich eigentlich nur wundern, Herr Bürgermeister. Mit Verlaub finde ich es spannend, im Rahmen einer über einstündigen Rede eines sozialdemokratischen Bürgermeisters nicht an einer Stelle das Wort sozial zu hören. Ich weiß nicht, ob es nur mir so gegangen ist oder Ihnen auch. Stattdessen habe ich achtmal den Ausdruck "wirtschaftlich stark" gehört. Selbstverständlich ist es wichtig, wirtschaftlich stark zu sein, weil die wirtschaftliche Stärke die richtigen Rahmenbedingungen auch für ein lebenswertes Hamburg schafft. Aber wenn Sie lebenswert, digital oder international betonen und sozial gar nicht vorkommt, dann kann ich nur den Kopf schütteln, und ich kann auch nur den Kopf schütteln, wenn Sie international gleichsetzen mit Olympia, denn Hamburg ist auch ohne Olympia international. Sie wissen besser als ich, dass wir einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte – nicht einmal mit Migrationshintergrund – haben, und so kann ich eigentlich nur feststellen, dass wir hier auch unter grüner Beteiligung ein Regierungsprogramm haben, das nach wie vor verstaubt ist und dem außer Olympia jegliche Innovation fehlt. Auch ich bin eine große Olympia-Anhängerin, aber das wirklich Neue und einen großen Aufbruch vermag ich nicht zu sehen.

Als Sozialpolitikerin kann ich mich ehrlich gesagt auch nur wundern. Zum Thema Armut ist im Koalitionsvertrag immerhin etwas zu lesen, aber sehr dürftig wie an vielen anderen Stellen auch. Zum Thema Alleinerziehende finde ich sehr wenig. Zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen, was zumindest 2011 ein großes Thema war, finde ich auch sehr wenig, fast nur Mageres, und

wenn überhaupt, dann immer nur als Absichtserklärung, als Sonntagsrhetorik oder als Prüfauftrag, wobei die Frage ist, wann das geprüft wird und mit welcher Maßgabe.

Zum Thema Integration: Ich mag das Wort eigentlich gar nicht mehr hören. Wir haben heute in einem anderen Kontext von Inklusion gesprochen, und auch die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ist für mich ein klassisches Inklusionsthema. Es geht natürlich darum, Hindernisse abzubauen, die Menschen am Zugang in alle gesellschaftlichen Bereiche hindern. Dasselbe trifft auch auf Menschen mit Behinderungen aller Art zu. Insofern ist das Thema interkulturelle Öffnung nicht nur, wie es im Regierungsprogramm steht, ein Thema für den öffentlichen Dienst. Selbstverständlich ist es richtig und meines Wissens auch schon unter Schwarz-Grün eingeleitet worden, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Behörden zu steigern. Das ist richtig, und das ist auch gut auf den Weg gebracht worden. Aber das bedeutet nicht nur, dass wir Menschen neu einstellen, sondern wir wissen auch – wir haben eine große Zahl von Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten –, dass es darum geht, dass wir flächendeckend fortbilden und schulen und dass wir uns auch Gedanken darüber machen, ob diese Schulungen im Umgang mit Vielfalt und Differenz nicht teilweise verbindlich sein müssen, denn auch da haben wir Erfahrungen gemacht. Aus alten Zeiten im Sozialausschuss erinnere ich mich, dass Angebote eigentlich gar nicht wahrgenommen werden, solange sie freiwillig sind.

Auch ein anderes Thema möchte ich hier noch einmal kurz anreißen. Die offene Kinder- und Jugendarbeit hat Frau Özdemir hier mehrfach angebracht. Es sind massivste Kürzungen vorgenommen worden in der letzten Legislaturperiode, und wir haben an vielen Stellen die Quittung dafür bekommen. Auch heute sind diese Kürzungen zugrunde gelegt, sie sind in keiner Weise kompensiert worden. Und es macht mir große Sorge und treibt mich um, wenn ich erfahre, dass im Jahr 2012 in unserer Stadt über 60 junge Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind und die irgendwelchen religiösen Rattenfängern in die Hände gefallen sind, Hamburg in Richtung Syrien verlassen haben. Das sind deutsche Konvertiten, das sind Türken, das sind kurdischstämmige Deutsche und, und, und. Ich frage mich, warum der Senat das nur so am Rande erwähnt. Was sind hier die großen Handlungskonzepte? Ich weiß, dass es eine Senatsmitteilung vom Oktober 2014 gibt, und ich frage mich, was bisher dazu passiert ist. Wenn man im Blick hat, dass der demografische Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in dieser Stadt stetig wächst und dass wir bald eine Veränderung haben werden von Minderheit und Mehrheit, dann ist es ein riesiges ernstzunehmendes Thema, zu dem ich mir weit mehr gewünscht hätte.

(Nebahat Güçlü)

Beim Thema Ausbildung können wir zwar feststellen, dass die Arbeitslosenquote insgesamt zurückgeht, aber die Ausbildungschancen von jungen Menschen – ich komme gleich zum Schluss – sind nicht besser geworden, und in bestimmten sozialen Quartieren kumulieren die Problemlagen. Auch hierzu haben Sie keine Antworten.

(Glocke)

Überlassen Sie die Sozialpolitik nicht der Opposition, Herr Bürgermeister, hier sind Sie gefragt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

(*Dirk Nockemann AfD:* Wir haben unsere Redezeit ja gar nicht ausgeschöpft!)

– Die Regel ist, dass Sie dem Präsidium kurz ein Signal geben, wenn Sie noch reden möchten. – Herr Nockemann.

Dirk Nockemann AfD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als vorhin die sonore oder monotone Stimme des Bürgermeisters diesen Raum erfüllte und ich parallel dazu meinen Verstand ein klein wenig herunterregulierte,

(*Annkathrin Kammeyer SPD:* Das geht doch gar nicht mehr!)

hatte ich plötzlich einen süßen, wunderschönen Traum. Ich habe gedacht, Hamburg sei doch nicht nur die schönste Stadt Deutschlands, sondern Hamburg sei auch die sicherste und prosperierendste Stadt Deutschlands. Dann wurde ich plötzlich wach und habe mich gefragt, ob es wirklich erst sechs Tage her ist, dass wieder Familienväter bei der Bereitschaftspolizei ihren Kopf hinhalten mussten für die Versäumnisse dieses Senats, denn dieser Senat und Vorgängersenate dulden immer noch den Schandfleck Rote Flora, von dem aus regelmäßig ein linksradikaler Mob seinen Weg durch die Stadt nimmt.

(*Arno Münster SPD:* Es klatscht keiner hier im Raum, hast du das eigentlich mitgekriegt?)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren, schütteln Sie ruhig mit dem Kopf. Ich lege keinen Wert auf Applaus, sondern hier wird die Wahrheit gesprochen.

An dem Tag, am 1. Mai, als andere Familienväter bei ihren Familien feiern konnten, musste die durch den Senat kaputtgesparte Bereitschaftspolizei, die mit einem Defizit von über 120 Leuten hier in Hamburg Dienst tut, ihren Kopf hinhalten, und ich finde, das ist ein gewaltiges Versäumnis dieses Senats. Es ist lediglich der Gesamteinsatzleitung und den hochmotivierten Polizeibeamten zu verdanken,

dass es an diesem Tag in Hamburg nicht wieder zu Spuren von Verwüstung und Gewalt gekommen ist. Wenn wir uns einmal den Koalitionsvertrag anschauen, dann finden Sie da natürlich auch die Innere Sicherheit, aber Sie finden Sie erst so ab Seite 100, und dann wissen Sie auch, welchen Stellenwert dieser Senat der Inneren Sicherheit zumisst.

Für die Polizei gibt es keine Verbesserungen, obwohl die Belastungsgrenze mittlerweile unerträglich geworden ist, obwohl die Polizei mit einer Million Überstunden am Anschlag arbeitet. Das Kriminalitätsgeschehen in Hamburg nimmt zu, die Bedrohung durch linksradikale Chaoten nimmt zu, radikale Islamisten treiben ihr Unwesen, Straßenschlachten wie in Celle oder in Herford sind auch in Hamburg schon geschehen. Wir haben immer mehr gewalttätige Auseinandersetzungen, auch in den Gemeinschaftsunterkünften. Und die Antwort des Bürgermeisters an die Polizei ist: kein neues Personal. Das Ganze hat dazu geführt, dass die Polizei um Silvester herum noch nicht einmal die Häuser des Innensensors beziehungsweise des Bürgermeisters vernünftig hat schützen können.

Sehr geehrter Herr Trepoll, Sie bringen mich ein bisschen in Verlegenheit. Normalerweise ist es doch Aufgabe der Opposition, sich mit dem Senat auseinanderzusetzen. Sie gerieren sich hier als der Säulenheilige der inneren Sicherheit, dabei haben Sie im Jahre 2004 151 Polizeistellen abgebaut. Sie saßen damals hier, am 17. März sind Sie Mitglied geworden, und im Juni 2004 haben Sie 150 Polizeistellen abgebaut. Ich weiß das deswegen so genau,

(*Dr. Melanie Leonhard SPD:* Weil Sie dann schon nicht mehr Senator waren!)

weil ich hier "Die Welt" aus dem Jahr 2004 habe, in der es steht. Das war eine Woche, nachdem ich aus der CDU ausgetreten bin.

(*André Trepoll CDU:* Da gibt es kein Vergessen!)

Also tun Sie bitte nicht so, dass die Versäumnisse im Bereich der inneren Sicherheit nur der SPD anzulasten sind. Sie als CDU haben Ihren Beitrag dazu geleistet.

(Zuruf)

– Ich weiß, dass Herr Trepoll das nicht akzeptiert. Und er würde sich auch völlig anders verhalten, wenn es die AfD nicht gäbe. Dann würde er nämlich nicht den Ironman für die innere Sicherheit spielen, wie die CDU das immer nur tut, wenn Sie in der Opposition ist. Wenn sie im Senat ist, vergisst sie ihre Rolle.

(*Jörg Hamann CDU:* Sie sind noch in Ihrem Traum, Herr Kollege! Sie träumen immer noch!)

(Dirk Nockemann)

Die SPD hat kein Programm zur Bekämpfung der linksalternativen Gewalt und des radikalen Salafismus. Sie weiß nicht, wie sie die Rote Flora austrocknen soll. Die Auseinandersetzung mit der linksradikalen Szene findet in Hamburg einfach nicht statt. Stattdessen gibt es diese üble Kennzeichnungsdiskussion für Polizeibeamte. Wir haben in Hamburg keine US-amerikanische Polizei, sondern wir haben eine demokratische Polizei, eine sehr stolze Polizei, die sich rechtsstaatlich orientiert. Das durfte ich vor vielen Jahren kennenlernen.

(Dr. Melanie Leonhard SPD: Ja, das hat Sie ein bisschen erschreckt!)

Misstrauenskultur ist deswegen wirklich fehl am Platz.

Herr Bürgermeister, ich vermisse ein kraftvolles Bekenntnis zur Gewährleistung der inneren Sicherheit für alle Bürger dieser Stadt. Ich fordere an dieser Stelle SPD und GRÜNE auf, die Polizei personell und sachlich so auszustatten, dass sie zu einer vernünftigen, effektiven Verbrechensbekämpfung in der Lage ist.

(Beifall bei der AfD)

Daneben vermisse ich im Koalitionsvertrag auch die Stärkung des Strafvollzugs. Sie wissen genau, dass es da 50 000 Überstunden gibt, 100 Beamte fehlen dort, aber auch dazu steht kein Wort in Ihrem Koalitionsvertrag. Wir haben in Hamburg 4500 vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer. Warum sind die immer noch hier? Warum bauen wir stattdessen neue Unterkünfte? Es ist nicht von einer Verteilungsregelung in dieser Stadt die Rede; den bezirklichen Ordnungsdienst vergessen Sie ganz. Dann wollen Sie auch noch nach dem Rasenmäherprinzip 250 Stellen in der Verwaltung abbauen. Das passiert aber nicht mit Überlegung, freierwerdende Stellen werden einfach nicht wiederbesetzt. Der Senat übernimmt keine Verantwortung dafür, dass der Bürger in bestimmten Bereichen nicht mehr gut bedient wird.

Der neuen Fahrrad-Ideologie kommen Sie auch nur widerwillig nach. In der Vergangenheit haben Sie für die Radfahrer in dieser Stadt nichts getan. Desolate Radwege sind nicht repariert worden. Funktionstaugliche Radwege haben Sie aufgerissen und bunt gepflastert, Hamburg wird bunt. Die Ehe des roten Kartells mit den grünen Weltbeherrschungsideologen verheißt nichts Gutes für diese Stadt, nichts Gutes für Bildungs- und Aufstiegsorientierte, und nichts Gutes für die kreative Wirtschaft dieser Stadt.

Gott sei Dank konnten sich die GRÜNEN in dieser Stadt bei den Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen. Exemplarisch dafür war die wirklich schöne Rede von Herrn Tjarks heute Morgen bei der Komba, aber ein Satz war kennzeichnend für die neue

Situation. Als Sie aufgestanden waren, sagten Sie, Herr Dressel hätte eigentlich schon alles gesagt.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das habe ich nicht gesagt!)

– Das haben Sie heute Morgen gesagt, das habe ich gehört, das ist mir aufgefallen.

Herr Dressel hat gesagt, der Bürgermeister hat gesagt, die SPD hat gesagt – das sind die neuen Sätze der GRÜNEN. Das nenne ich politische Charakterlosigkeit.

(Beifall bei der AfD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Nockemann, darf ich Sie an den parlamentarischen Sprachgebrauch erinnern.

Dirk Nockemann AfD (fortfahrend): Ich sprach von politischer Gut.

(Gerhard Lein SPD: Was ist daran gut? Gar nichts ist daran gut!)

Die grünen Leichtmatrosen sind natürlich einfacher zu beherrschen als eine Frau Suding.

(Zurufe)

– Ich habe gezögert bei den "grünen Leichtmatrosen", ich weiß doch nicht, ob gleich der nächste Hammer kommt.

Sie sind natürlich pflegeleichter.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Nockemann, Sie haben nicht zu kommentieren, was vom Präsidium aus gerügt wird oder nicht. Fahren Sie fort und bemühen Sie sich um den parlamentarischen Sprachgebrauch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dirk Nockemann AfD (fortfahrend): – Danke schön.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die GRÜNEN sind zahnlos geworden. Ich erinnere mich noch mit besonderer Freude an die Auseinandersetzung, die ich im Jahre 2003 bei Schalthoff mit Frau Möller geführt habe. Das waren noch Auseinandersetzungen, die wirklich Feuer hatten, das kann man so nennen. Heute sind die GRÜNEN nur noch Ja-Sager. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Die unterschiedlichen Parteien der AfD reden heute!)

Dr. Bernd Baumann AfD:* Meine Damen und Herren! Wir haben nun viele Argumente gehört zum Für und Wider des Regierungsvertrags und der Vereinbarungen. Ich möchte zum Schluss dieses Zyklus noch einmal Ihre wertvolle Aufmerksamkeit auf einen Begriff und lenken, der die gesamte Regierungskoalition durchzieht. Er ist wirklich extrem wichtig und gehört auch zum Kern des rot-grünen Projekts bundesweit. Er ist zudem emotionsgeladen. Es ist der Begriff der Vielfalt.

(*Gerhard Lein SPD*: Das Gegenteil von Einfall!)

Auf den ersten drei Seiten ist dreimal der Begriff "Vielfalt" an zentraler Stelle erwähnt. Vielfalt sei immer eine Stärke, Vielfalt löse Begeisterung aus. Im Vorwege können wir schon sagen, dass wir nicht prinzipiell gegen Vielfalt als solche sind, aber Vielfalt ist nicht immer eine Stärke. Und Vielfalt löst auch nicht immer Begeisterung aus. Es gibt ein anderes Wort für Vielfalt, Divergenz, das benutzen moderne soziale Forscher, beispielsweise Paul Collier aus Harvard, den werden Sie kennen. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" nennt ihn einen der führenden Entwicklungsökonomien der Welt, der "Economist" einen der klügsten Ökonomen der Welt. Er sieht große Gefahren – aufgrund von Studien, die weltweit geführt werden, nicht nur in Deutschland; westliche Länder, Entwicklungsländer, alle werden untersucht – für den Zusammenhalt, für die Stabilität, die Sicherheit und den Wohlstand. Gefahren, die ein Zuviel an Vielfalt hervorbringt.

Natürlich ist klar, dass es durch die Globalisierung zur Vielfalt kommt. Wer will das in Abrede stellen und kritisieren? Durch Reisen, durch Verbindungen im Job, durch Heiraten und durch Medien kommt es zu den vielfältigen Verbindungen, das ist keine Frage. Konzerne entwickeln Diversity Management, gemischte Projektteams. Auf den Straßen sehen wir es allenthalben.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Das ist doch super!)

Aber es gibt eine andere Art von Vielfalt.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Jetzt kommt's!)

Wenn nämlich die bunte Republik als Selbstzweck gefordert wird. Das ist der Fall und durchzieht auch die Regierungsvereinbarung. Das ist ein Leitbild, das hat eine gewisse Sozialromantik. Es hat auch etwas Sympathisches, aber man muss in der Realität sehen, wie es sich auswirkt.

Man sieht beispielsweise die GRÜNEN auf dem Bundesparteitag Plakate hochhalten, auf denen steht "Refugees all over the World – Welcome". Auch das ist sympathisch, auch das hat eine Wär-

me, auch das verstehen wir. Aber es setzt eben Signale, die so nicht so einzuhalten sind, da verliert man große Teile der Bevölkerung. Und dann wundern Sie sich, dass viele anschließend nicht zur Wahl gehen. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der AfD – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Der glaubt doch selber nicht, was er da redet!)

Collier – er ist ein Sozialliberaler, wenn Sie sich ein bisschen auskennen in der Diskussion, und das sollten Sie eigentlich, wenn Sie hier sitzen – weist ganz klar nach, dass höhere Levels an Diversität, Sie nennen das Vielfalt, mit niedrigeren Levels an gegenseitigem Vertrauen in der Gesellschaft einhergehen, mit geringerem Zusammenhalt, mit höherer Kriminalität, mit geringerer innerer Sicherheit, mit geringerem Sozialstaat und mit geringerem Einkommen. Ab einem gewissen Punkt beginnt Diversität, die Gesellschaft zu fragmentieren.

Durch dieselben Studien, die Sie eigentlich gelesen haben sollten – Collier ist weltführend auf diesem Gebiet –, ist auch klar geworden, dass Integration umso leichter gelingt, je näher die Einwanderer kulturell der Aufnahmegesellschaft stehen. Je größer die kulturelle Kluft ist, desto schwieriger und langsamer gelingt Integration. Alles das sind natürlich Durchschnittsbetrachtungen, die werden dem einzelnen Menschen nicht gerecht. Das Einzelwesen hat eine persönliche Betrachtung verdient. Aber das sind wissenschaftliche Auswertungen, das sind empirische Daten, das sind große Gruppen, und die Politik muss das Große im Auge haben. Und darauf kommt es an.

(*Kazim Abaci SPD*: Worüber reden wir hier eigentlich?)

Was wir anstelle eines ideologisch überhöhten Vielfaltsbildes wirklich brauchen, ist mehr Zusammenhalt, mehr gemeinsame Verhaltenskultur, gemeinsame Sozialisierung, geteilte Werte, ein tiefes Gefühl von Solidarität und Loyalität untereinander, bürgerliche Kooperation und Zusammenhalt und Teamfähigkeit im Job. Traditionell wurde das in Ausbildung, Schule und so weiter vermittelt, es gab damals entsprechende Kopfnoten in den Zeugnissen. Das sind Leitbilder, die Sie auch setzen sollten. Also alles, was die bürgerliche Gesellschaft ausmacht, was auch einmal die hanseatische Handschlag-Qualität von Verträgen war, darauf müssen wir den Fokus richten, wenn wir die Leute integrieren wollen. Wir müssen auch unsere eigenen Leute entsprechend ausbilden und erziehen. Wenn wir das nicht tun, wie wollen wir dann die Einwanderer gewinnen?

Im Koalitionsvertrag gibt es dazu nur Worte. Dort heißt es, Hamburg sei eine Stadt des Zusammenlebens und eine Stadt des Zusammenhalts. Peng, das war es, sonst kommt nichts. Später im Text gibt es auch eine Überschrift mit dem Begriff Zu-

(Dr. Bernd Baumann)

sammenhalt, darunter sind dann Arbeitsmarktprogramme genannt oder irgendwelche Jugendhilfen, aber nichts von dem, was wir wirklich brauchen,

(Dorothee Martin SPD: Ach so! – Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von allen Fraktionen)

um uns selbst zu integrieren und die Einwanderer. Ich rede über Vielfalt, darum geht es.

"Multikulturalismus" lautete früher der Begriff, er ist heute größtenteils vom Begriff "Vielfalt" abgelöst worden. Er will den Fortbestand unterschiedlicher Identitäten. Wenn man das zu weit treibt – auch das ist ein Stück weit sympathisch –, dann behindert man die Integration und verliert einen Großteil der Bevölkerung, wie Sie ihn nämlich schon verloren haben.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Eigentlich finden Sie das ganz gut, aber eigentlich auch wieder nicht!)

Es gab beispielsweise die Anforderung, dass vorher ein Sprachtest geleistet werden musste, und das war sehr produktiv und sehr gut, denn über den Familiennachzug kommen doch die meisten Leute zu uns. Dieser Sprachtest hat sieben Jahre lang funktioniert. Jetzt lesen wir im Koalitionsvertrag, dass die neue rot-grüne Regierung das beenden möchte und diese Sprachtests nicht länger fordert. Damit nimmt sie die Möglichkeit, mit etwas Nachdruck dafür zu sorgen, dass die Leute, die zu uns kommen, schon gewisse Sprachkenntnisse mitbringen. Das ist entgegen der Integration, die wir eigentlich brauchen. Das müssen Sie sich auch einmal anhören, Sie waren doch die ganze Zeit unter sich.

(Beifall bei der AfD)

Hören Sie doch einmal Ihren Kollegen von der SPD zu, beispielsweise Herrn Buschkowsky aus Berlin. Sie lachen immer, aber hören Sie dem einmal zu. Das ist ein Mann der Praxis, kein Ideologe. Er hat zwei Bücher geschrieben. Er geht durch Berlin, und was sieht er? Er erlebt komplett unterschiedliche Lebenswelten. Unser Gesellschaftssystem, sagt Heinz Buschkowsky von der SPD und ehemaliger Bezirksbürgermeister, sei völlig anders aufgebaut als das der Herkunftsländer. Er beschreibt – wörtliche Rede Buschkowsky – anarchistische Zustände auf unseren Straßen. Was sagen Sie denn dazu? Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis.

Auch andere Stimmen kommen von unten. Es gibt hier ein Schreiben an Sie, verehrte Herren, die Sie gerade noch gelacht haben, von einer Frau Leyla-Manuela Schmidt Der Brief beginnt mit der Anrede "Genosse" und ging an das Büro von unserem Bürgermeister. Sie schreibt:

"Ich war selbst einmal Ausländerbeauftragte der SPD, lieber Genosse. Es herrscht ein komplett anderes Frauenbild. Ich kann mei-

ne Mädchen nicht einmal mehr zur S-Bahn lassen."

Das sagt die Frau, die damals bei Ihnen Ausländerbeauftragte war. Es käme zu erschütternden Ereignissen, es eskalierten Ängste und hohe Frustrationen bei den Wilhelmsburgern. Lachen Sie da auch noch? Die Wilhelmsburger lachen nicht mehr. Ich verstehe Sie überhaupt nicht, befassen Sie sich doch mit den Themen, das sind doch Ihre eigenen Leute. Vielfalt kann also enorme Sprengkraft entfalten, nichts anderes ist hier zu sagen.

Wenn Sie nach Westen schauen, sehen Sie, dass Gruppen, die über Jahrhunderte integriert waren und zusammengelebt haben, sich plötzlich trennen wollen. Man muss einmal begreifen, was da vor sich geht. Flamen und Wallonen gehen auseinander, auch Engländer und Schotten. Im Osten sehen Sie Tschechen und Slowaken, Russen und Ukrainer, im Süden sehen Sie Nord- und Südtalien. Sie sehen, wie unterschiedliche Mentalitäten, unterschiedliche Sozialisierungen und Sprachen sich sehr schwer integrieren lassen. Nehmen Sie das als Aufgabe, und lachen Sie nicht darüber. Es funktioniert noch nicht einmal die von den Allparteien anberaumte Währungsunion zwischen unterschiedlichen Kulturräumen in Nord- und Südeuropa. Etwas mehr Respekt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Dr. Baumann, einen Moment. Meine Damen und Herren! Es ist sehr laut.

(Beifall bei Dr. Jörn Kruse AfD – Zuruf: Das ist auch sehr anstrengend!)

Fahren Sie fort, bitte.

Dr. Bernd Baumann AfD (fortfahrend): Aktuell sehen Sie die Probleme in vielen Metropolen. So weit wird es in Hamburg nicht kommen, darf es auch nicht kommen, aber dann müssen Sie mit Ihrer Politik darauf eingehen. In Baltimore gab es 140 Brände. In diesen Gesellschaften ist Misstrauen entstanden. Ein falscher Blick und es explodiert. In Hamburg ist es noch lange nicht so weit, aber Sie müssen eine entsprechende Politik betreiben. Sie können nicht immer mehr Vielfalt und immer mehr Buntheit fordern, ohne sich auch um die integrierenden Faktoren, die ich gerade genannt habe, zu bemühen.

Ich komme zum Schluss. Keine Missverständnisse, wir sind nicht für mehr Homogenität oder einen Nationalstaat im Sinne des 19. Jahrhunderts. Wir leben in der Moderne. Aber es geht um das richtige Maß an Vielfalt. Die Frage ist, ob wir es noch weiter erhöhen sollten, ob wir die bunte Republik selbst zum Leitbild machen sollten. Das ist eventuell der Fehler.

(Dr. Bernd Baumann)

Nur an einer Stelle sind wir für weitaus mehr Vielfalt. Für eine neue Vielfalt – und auch das müssen Sie sich anhören – an Meinungen, an Ansichten und Analysen bei festgefahrenen Themen, gerade auch in diesem Hause. Und dafür werden wir sorgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? Damit sind wir am Ende der Beratungen der Regierungserklärung angekommen.

Wir kommen zu Punkt 11 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/320, Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung des Kapazitätsrechts.

[Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung über die Drucksache 21/298:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung des Kapazitätsrechts (Senatsantrag)
– Drs 21/320 –]

[Antrag der FDP-Fraktion:

Kostenübernahme beim Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung des Kapazitätsrechts
– Drs 21/406 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/406 ein Antrag der FDP-Fraktion vor. Wer wünscht nun das Wort? – Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben es.

Dr. Carola Timm GRÜNE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dieser Gesetzesvorlage soll übergangsweise für ein Jahr das alte Recht wieder in Kraft treten. Es geht darum, den Universitäten schnell Rechts- und Planungssicherheit zu geben. Sie müssen wissen, wie viele Studierende sie erwarten. Nur so kann ein qualitativ hochwertiger Lehrbetrieb aufrechterhalten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das Hamburger Obergericht hat das neue Kapazitätsrecht nach dem Vereinbarungsmodell für unwirksam erklärt. Das Gericht fordert vor allem hinreichend bestimmte Zulassungsregelungen, die gerichtlich überprüfbar sind. Somit haben wir jetzt eine Situation, in der es überhaupt kein gültiges Kapazitätsrecht gibt. Das heißt, es gibt keine Regelungen, wie viele Studentinnen und Studenten an den Universität zugelassen sind. Ohne wirksame Zulassungsbeschränkung müssen

aber die Kapazitäten an den Hochschulen voll und ganz ausgeschöpft werden. Studienbewerber sind zuzulassen bis zur Grenze der Funktionsunfähigkeit. Das ist ein sehr weitgehender Maßstab, denn Funktionsunfähigkeit ist erst gegeben, wenn die Ausbildung unmöglich ist.

Das Obergericht ist auch der Auffassung, dass Online-Lehrveranstaltungen ausreichen, das heißt, die Studentinnen und Studenten arbeiten von ihren PCs von zu Hause aus. Man kann sich vorstellen, dass bei solch einem Maßstab sämtliche Präsenzveranstaltungen völlig überfüllt sind und Arbeit in kleinen Gruppen oder an Uni-PCs von vornherein unmöglich und ausgeschlossen ist. Und das trifft zum einen diejenigen, die bereits studieren. Diese Studentinnen und Studenten haben ein Recht auf qualitativ hochwertige Ausbildung und auf vernünftige Studienbedingungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zum anderen schränkt das die Universität in ihrem Recht auf Freiheit der Lehre und Forschung ein. Auch stellt es die Universitäten vor erhebliche Probleme bei der Finanzplanung und vor erhebliche organisatorische Probleme. Eine solche Situation gilt es zu verhindern. Deshalb hat die Behörde schnell auf diese Gerichtsentscheidung reagiert, und das in Absprache mit den Hochschulen. Das ist der Inhalt dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt soll übergangsweise das alte Kapazitätsrecht in Kraft treten, und zwar nur für ein Jahr. Das ist also eine Zwischenlösung und keine dauerhafte Entscheidung, mit der nun irgendetwas für die Zukunft festgelegt beziehungsweise entschieden wird. Das Gesetz muss allerdings jetzt in Kraft treten, weil die Bewerbungsfristen für das Wintersemester an den Hochschulen bereits am 15. Juli enden, und unmittelbar danach werden die Zulassungsbescheide versandt.

Während dieser Übergangszeit werden wir ein neues, zeitgemäßes Kapazitätsrecht entwickeln, und zwar zusammen mit den Hochschulen, und selbstverständlich auch unter Beteiligung des Wissenschaftsausschusses der Bürgerschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt also ein Verfahren zur Weiterentwicklung des Rechts, an dem alle Akteure beteiligt werden. Bis dahin soll eben übergangsweise das alte Recht gelten. Das, und nur das wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geregelt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Tode von der SPD-Fraktion.

Dr. Sven Tode SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Timm hat die wesentlichen Details bereits gesagt, sodass ich mich sehr kurz fassen kann. Wir haben eine ausführliche Diskussion im Ausschuss dazu gehabt, und Sie können sich vorstellen, so sperrig, wie schon der Name ist, so sperrig ist auch das Thema Kapazitätsrecht. Es bewegt sich im Spannungsfeld des Artikels 12 zur Berufs- und Ausbildungsfreiheit und in den Kapazitätsgrenzen, die Frau Timm eben sehr drastisch dargestellt hat, zur Qualitätssicherung.

Insofern müssen wir sicherlich eine Modernisierung erreichen, denn Sie müssen wissen, dass sich das Bundesverfassungsgericht 1972 das letzte Mal damit beschäftigt hat. 1972, das haben Sie sicherlich noch in Erinnerung, der eine oder andere zumindest, gab es andere Studienzeiten, es gab keinen Bachelor oder Master, und die damals Studierenden sind heute nicht einmal mehr Professoren. Insofern muss es also dringend einen Modernisierungsansatz geben. Hamburg ist damit vorangegangen, und wir haben ein Gesetz vorgelegt, über das das Oberverwaltungsgericht gesagt hat, es sei möglicherweise verfassungswidrig. Es hat noch keine endgültige Entscheidung getroffen, sondern nur eine vorläufige, und deswegen besteht nun Handlungsbedarf. Dem ist der Senat nachgekommen, und wir haben es ausführlich diskutiert.

Wir haben ein abgestimmtes Verfahren mit den Universitäten. Die Universitäten haben uns gebeten, eine Gesetzesänderung vorzunehmen, damit kein Zulassungstourismus nach Hamburg erfolgt. Wir müssen in der Übergangszeit nun versuchen, dieses Modell des bisherigen Gesetzes in einen Diskussionsprozess zu bringen. Genau das tun wir auch.

Zum Antrag der FDP ist noch zu sagen, dass wir bereits im Ausschuss ausführlich darüber gesprochen haben, dass die zusätzlichen Kosten, die auf die Universitäten zukommen, durch Hochschulpaktmittel abgedeckt werden.

Weil wir nur ein Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung sind, sollte man einen Moment bei einem wesentlichen Punkt verweilen, denn das Gericht hat nicht unbedingt anerkannt, dass es ein Audit für Familienfreundlichkeit an den Universitäten gibt, ein mehrfaches Audit, das dafür sorgen soll, dass sowohl Angestellte wie Studierende ihre Arbeit beziehungsweise ihr Studium familienfreundlich absolvieren können.

Das Gleiche gilt für die Frage von Räumen, die zusätzlich berechnet worden sind. Auch Mensaräume oder Freiräume wie Treppenhäuser wurden vom Gericht als mögliche Unterrichtsräume angesehen. Ob das im Rahmen der Qualitätssicherung sehr sinnvoll ist – Frau Timm hat das eben schon ausgeführt –, ist sicherlich zu hinterfragen.

Insofern brauchen wir dieses Gesetz. Dieses Gesetz ist sozusagen der Beginn der Diskussion. Deutschland wartet darauf, dass wir hier vorangehen. Also bitte ich Sie zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Timm, erst einmal herzlichen Glückwunsch. Ich glaube, das ist heute nicht nur Ihr Geburtstag, sondern auch Ihre erste Rede gewesen. Alles Gute auch von meiner Seite.

Frau Timm und Herr Tode haben gerade eben schon die wesentlichen Fakten der Situation angeführt, die wir im Ausschuss sehr ausgiebig diskutiert haben. Wir haben damals schon diesem Gesetz zugestimmt, werden es bei diesem Übergangsgesetz erneut tun und haben es bereits im Ausschuss getan. Aber wir haben uns 2014 gefragt, wie wir uns auch heute fragen, was denn eigentlich ausschlaggebend für die Gerichte gewesen ist, die bisherige Rechtslage als nicht zulässig einzustufen. Und natürlich schwingt die Sorge mit, ob sowohl diese Übergangssituation, die nun in einem Schnellschuss aus der Behörde kam, als auch das, was uns nächstes Jahr zum Sommersemester 2016 vorgestellt werden soll, tatsächlich gerichtlich standhalten wird. Das ist das eine, was uns bewegt.

Nachdem wir vier Jahre chaotische Hochschulpolitik von den Sozialdemokraten während ihrer Alleinregierung erlebt haben, bleibt die Sorge, wie es zukünftig unter Rot-Grün laufen wird. Wir können nur hoffen, dass Präsident Lenzen recht gehabt hat, als er sagte, er setze in die neue Wissenschaftssenatorin mehr Vertrauen als in ihre Vorgängerin. Es ist sicherlich auf der einen Seite leicht, vieles besser zu machen, aber das muss man wirklich wollen, und man muss sich in der Koalition auch durchsetzen können. Aber dazu kommen wir zu einem späteren Zeitpunkt beziehungsweise morgen noch einmal.

Das Ergebnis chaotischer sozialdemokratischer Hochschulpolitik der vergangenen Jahre ist doch, dass wir nun genötigt sind, einen Interessenausgleich zu finden, und zwar schnell, zwischen den Hochschulen mit ihren berechtigten Interessen – gerade, was die Sicherung der Qualität der Lehre angeht – auf der einen Seite und den Interessen der Studienbewerber, die wir sicherlich für Hamburg begeistern wollen, auf der anderen Seite. Und wenn wir uns anschauen, dass allein im letzten Semester rund 750 Studenten zusätzlich angenommen werden mussten, dann lässt es sich für jeden

(Carsten Ovens)

von uns, der in Hamburg oder an einer anderen großen Universität studiert hat, sicherlich leicht nachvollziehen, was das an den Hochschulen tatsächlich bedeutet. Überfüllte Hörsäle, überfüllte Seminare, unter Umständen nicht einmal ausreichender Platz, um in seinem ersten Semester die Kurse zu belegen, die man belegen muss, um sein Studium in der dafür vorgesehenen Zeit abschließen zu können. Das heißt, wir haben nicht nur unterfinanzierte Hochschulen, was der neue Senat vom alten übernimmt, sondern auch noch chaotische Zustände bezüglich der Organisation an den Hochschulen.

Hier sehen wir – bei sicherlich allem Wohlwollen für zunehmende Studentenzahlen an den Hamburger Hochschulen – natürlich den Senat in der Verantwortung, bis zum Sommersemester 2016 eine Neuregelung auf den Weg zu bringen, die den Hochschulen organisatorisch hilft, die Planungssicherheit gibt, die vor allem aber auch juristische Haltbarkeit besitzen wird.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Verfahren sagen. Ich finde es persönlich etwas merkwürdig, dass es so viele Monate gedauert hat, obwohl das gesamte Verfahren schon am 13. Oktober vergangenen Jahres durch die gerichtlichen Entscheidungen in Gang gesetzt wurde. Grund dafür ist offenbar eine Untätigkeit der bisherigen Wissenschaftssenatorin, ein Wahlkampf zwischendurch, ein Regierungswechsel, der notwendig geworden war, und dazu noch eine offensichtlich benötigte Einarbeitungszeit der neuen Wissenschaftssenatorin. Das haben wir bereits im Ausschuss kritisiert. Dem allen ist es geschuldet, dass nun Monate ins Land gegangen sind und das Parlament im Schnellverfahren einer Vorlage zustimmen soll, die bereits in wenigen Wochen schon, zum 1. Juni, in Kraft treten soll. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, dieses Vorgehen darf kein Dauerzustand in Ihrer Politik werden. Das ist nicht gut für Hamburg, das ist nicht gut für unsere Hochschulen, das machen wir zukünftig bitte schön besser.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Eben kam schon zur Sprache – ich glaube, von Ihnen, Herr Dr. Tode –, dass die Mittel, die nun womöglich auch durch laufende Prozesse benötigt werden, aus dem Hochschulpakt gezahlt werden sollen. Wir haben bereits im Ausschuss gesagt, dass wir das durchaus befremdlich finden. Der Senat macht Fehler, und die Hochschulen müssen dafür geradestehen und zahlen. Im Wissenschaftsausschuss hieß es, die Stadt werde die Hälfte der Kosten übernehmen. Wir stellen uns natürlich die Frage, warum sie nicht die gesamten Kosten übernimmt. Daher ist der Zusatzantrag der FDP an dieser Stelle sinnvoll. Wir werden ihm zustimmen,

denn es kann nicht sein, dass die Hochschulen dafür haften müssen, wenn der Senat Fehler begeht.

(Beifall bei der CDU)

Kurzum, wir werden dieser Vorlage des Senats heute zustimmen. Es geht darum, einen rechtsfreien Raum zu vermeiden. Aber wir bitten doch auch, zukünftig sorgfältiger zu arbeiten, sodass tatsächlich alles seine Richtigkeit hat und die Hochschulen wirklich Planungssicherheit haben. Anders wird es nichts mit dem Hochschulstandort Hamburg, und darum kämpfen wir doch schließlich alle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, werte Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin!

(Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

In der Rede von Herrn Scholz wurde eines deutlich: Der Senat hat keine wissenschaftspolitische Vision, in der die realen Probleme der Studierenden, der Professorinnen und Professoren, des Verwaltungspersonals und auch der vielen unterbezahlten Menschen mit Lehraufträgen eine Rolle spielen. Er hat vielmehr eine Vision, in der Verwertungsorientierung, Exzellenz für wenige und die Konkurrenz unter Studierenden und Hochschulen eine große Rolle spielen. In diesem Sinne fand leider auch die Diskussion um die Neuregelung des Kapazitätsrechts im Wissenschaftsausschuss statt. Grundsätzlich ist es richtig und gut, die aktuelle Regelung, die nicht verfassungskonform ist, wie das Oberverwaltungsgericht in einem ersten Entscheid beschieden hat, zu ersetzen, erst einmal durch die Wiedereinführung der alten Regelung. Allerdings sind zwei Semester zu kurz. Das kritisieren auch die Studierendenvertretungen. Sie sagten – beziehungsweise stand es so im Entwurf und wurde im Ausschuss diskutiert –, Sie hätten die Hochschulen befragt. Auf Nachfrage wurde dann aber deutlich, dass nur die Hochschulpräsidien befragt worden sind, alle anderen Mitglieder – die Studierenden, die Professorinnen und Professoren, die Statusgruppen – nicht. Das finden wir nicht richtig, denn die sagen alle, die Frist müsse länger sein, damit Rechtssicherheit und Planungssicherheit besteht.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Wissenschaftsausschuss gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob wir das Interimsgesetz zum Kapazitätsrecht nur in Bezug auf das Gesetz selbst und die Verwaltungsakte, die damit zusammenhängen, diskutieren sollen, oder ob wir

(Martin Dolzer)

das in einem weiteren, ganzheitlichen Licht in Bezug auf die Gestaltung der Hochschulen und der Wissenschaftsabläufe betrachten. Ich denke, dass es grundsätzlich richtig und auch wichtig ist, Probleme ganzheitlich zu betrachten, denn nur so können Entscheidungen langfristig und im Bewusstsein ihrer Auswirkungen getroffen werden. Vor allem sollten politische Entscheidungen in Zusammenarbeit und Absprache mit den betroffenen Akteurinnen und Akteuren getroffen werden. Die Präsidien sind nun einmal nicht die Hochschulen, sondern nur ein Teil der Hochschulen. Ich denke, da ist ein Fehler unterlaufen. Wir können dem Entwurf in der vorgelegten Fassung nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass zwei Semester zu kurz sind und dass alle Mitglieder der Hochschulen hätten befasst werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt in der neoliberalen Formation des Kapitalismus grundsätzlich eine Neigung der herrschenden Akteure dazu, die Gesamtzusammenhänge zu verschleiern und die Betroffenen etwaig formal oder auch überhaupt nicht an Entscheidungen zu beteiligen. Ich möchte dazu einmal Jean-Claude Juncker zitieren, weil er etwas ausgesprochen hat, das leider auch der Hamburger Senat in den vergangenen Jahren gemacht hat und es, wenn ich den Koalitionsvertrag richtig lese, auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Juncker hat gesagt:

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

So sollte es nicht weitergehen, so darf es nicht weitergehen, und deshalb finde ich es richtig, dass wir dieses Gesetz im Rahmen der gesamten Gestaltung der Wissenschaftsabläufe und der Hochschulen betrachten. Die Hochschulen sind unterfinanziert und werden durch diese Unterfinanzierung in Konkurrenz zueinander gestellt. Das wurde leider auch im Wissenschaftsausschuss sehr deutlich, insbesondere anhand der Ausführungen eines SPD-Abgeordneten, der sogar Artikel 12 Absatz 1 Grundgesetz infrage gestellt hat. Der ist die Hauptessenz dieser gesetzlichen Regelung, Herr Tode hat es ganz richtig gesagt. Dort steht:

"Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden."

Das Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte umfasst auch die freie Wahl des Ausbildungsorts, das folgt aus dem Wort "Ausbildungsstätte" statt

"Ausbildung". Genau darum geht es bei der Regelung des Kapazitätsrechts, und genau das wurde aber leider von einem Abgeordneten der SPD infrage gestellt, der sagte, Hamburg stehe in Konkurrenz zu anderen Bundesländern, in denen diese Regelung rigider ausgelegt werde, und könne von Studierenden überflutet werden. Das ist nicht richtig. Ich sehe auch nicht, was Frau Fegebank zu Beginn der Diskussion im Wissenschaftsausschuss bekundet hat, nämlich dass eine ergebnisoffene Diskussion in diesem einen Jahr stattfinden soll. Das sehe ich in den Redebeiträgen bis jetzt nicht. Es wird eher eine rigide Auslegung angedacht als eine ergebnisoffene, und zwar eine, die verhindern soll, dass sich die Studierenden auf Ausbildungsplätze bewerben können, die ihnen verfassungsgemäß zur Verfügung stehen. Das ist ein Riesenproblem, denn die Menschen haben ein Anrecht darauf, auch den Studienort zu wählen, und dem sollten wir Genüge tun. Ich hoffe, dass dies in der weiteren Diskussion – anders als in der ersten Sitzung des Wissenschaftsausschusses – zum Tragen kommt,

(Beifall bei der LINKEN)

denn das sollte das primäre Ziel von einer solchen Gesetzesregelung sein.

Ich habe es schon gesagt, die Hochschulen sind unterfinanziert. Ich sehe im Koalitionsvertrag auch nicht, dass das behoben werden soll. Es wird dort auf die realen Probleme nicht eingegangen; sie sind ausgeblendet worden. Langfristig kann die Qualität von Lehre und Studium nicht durch die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen des Senats gewährleistet werden, sondern nur durch eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen und ein Umdenken in der Wissenschaftspolitik insgesamt. In den vergangenen 20 Jahren hat die Qualität des Studiums abgenommen, und die Hochschulen sind zu einer Art Durchlauferhitzer geworden. Die Durchlässigkeit von Bachelor und Master ist nicht gewährt. Das haben Sie bei der universitären Lehrerinnen- und Lehrerausbildung schon eingesehen, aber in vielen anderen Punkten nicht. Und auch das hat etwas mit der Regelung der Kapazität zu tun. Man kann eben dieses eine Gesetz nicht einzeln betrachten, sondern muss die Gesamtausrichtung sehen. Ich sehe nicht, dass Sie eine Vision haben, die sozial gerecht und auf Gleichheit und die Interessen der Studierenden bezogen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Bildung sollte verstärkt der Persönlichkeitsentwicklung durch die kritische Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge dienen und die Hochschulen jedem Menschen offenstehen, der dort Bildung erhalten möchte. Statt die Universitäten weiter zu sparen, Milliarden in Olympia zu investieren und an der Schuldenbremse festzuhalten, sollten Sie meines Erachtens lieber darüber

(Martin Dolzer)

nachdenken, den Reichtum umzuverteilen, zum Beispiel unter anderem durch die Einführung einer Vermögensteuer oder ähnlicher Maßnahmen.

(Beifall bei *Deniz Celik DIE LINKE*)

Dann müssten wir uns nicht mit der Regelung des Kapazitätsrechts beschäftigen, denn das alte Kapazitätsrecht war gut genug. Darauf könnten wir zurückgreifen. Wir müssen nicht in Konkurrenz zu anderen Bundesländern versuchen, ein möglichst modernes – hier kommt meines Erachtens zum Tragen, was modern bedeutet – und ausgrenzendes Gesetz zu machen, sondern wir können ein Gesetz machen, das es nach wie vor ermöglicht, dass Studierende sich an den Hochschulen so einklagen können, dass die Leistungskapazitäten genutzt werden. Darauf sollten wir in den nächsten Jahren hinwirken.

Ich finde es unsäglich, dass Sie nicht mit den Studierendenvertretungen gesprochen haben, dass Sie nicht mit den Vertreterinnen und Vertretern des Hochschulsenats gesprochen haben, aber dennoch davon sprechen, dass die Hochschulen befragt worden seien. Das geht so nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb werden wir uns als LINKE enthalten. Wir finden die Grundidee relativ gut; sie ist sogar unumgänglich, da das Oberverwaltungsgericht dies bestätigt hat und das Verfassungsgericht das wahrscheinlich beibehalten wird. Es ist schön, dass Sie diese Initiative ergriffen haben. Es ist aber nicht schön, dass Sie unserem Änderungsantrag nicht zustimmen werden, der im Sinne der Studierenden ist, die 90 Prozent der Hochschulen ausmachen, nämlich dass diese Übergangsregelung vier oder sechs Semester gelten sollte, damit eine Planungs- und Rechtssicherheit besteht. Das finden wir nicht richtig.

Ich habe vorhin Herrn Juncker zitiert und muss jetzt noch einmal etwas themenfremd Bezug nehmen auf die Rede von Herrn Baumann von der AfD. Es ist nicht so, dass Vielfalt die von Ihnen geschilderten Auswirkungen hat. Zur Vielfalt trifft der rot-grüne Koalitionsvertrag eine der wenigen guten Aussagen: Die Vielfalt der Kulturen ist der Reichtum von Gesellschaften. Es ist die Intransparenz, es ist das Durchregieren und es sind neoliberale und ausgrenzende und rassistische Konzepte, wie Sie sie hier vorstellen, die Menschen davon abhalten, zu wählen. Ich finde wirklich furchtbar, was Sie vorgetragen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Nun hat Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich erspare Ihnen als Antwort eine grundsätzliche Gesellschaftsanalyse von Früh- oder Spätkapitalismus.

(Beifall bei der FDP und der AfD – *Dirk Kien-scherf SPD*: Sehr gut!)

Herr Dr. Tode, ich erspare mir auch ein weiteres Eingehen auf Ihre Mitteilung, Deutschland warte auf Hamburg, also müssten wir dieses Gesetz beschließen. Ich sage Ihnen etwas: Deutschland amüsiert sich über Hamburg, weil dieser Senat – nicht der jetzige, sondern der vorherige – trotz Beratung ein verfassungswidriges Gesetz produziert hat und die Hochschulen in Schwierigkeiten bringt. Darüber amüsiert sich Deutschland. Jetzt wartet es darauf, dass dieser Fehler korrigiert wird. So meinten Sie es vielleicht, Herr Dr. Tode.

Meine Damen und Herren! Wir stehen vor einem Gesetzentwurf – nein, keine Zwischenfrage, Herr Dr. Tode, auch wenn Sie so schön winken –, der ein Symbol ist für einen katastrophalen Ausstand von Senatorin Stapelfeldt und für einen schlechten Einstand von Senatorin Fegebank.

Kommen wir zunächst zu Frau Stapelfeldt. Wir werden morgen noch Gelegenheit haben, zu der Frage zu diskutieren, wie Sie die Hochschulen kaputtgespart haben. Insofern, das ist ungewöhnlich, bin ich Herrn Dolzers Meinung. Es ist außerhalb von SPD – und seit Neustem auch außerhalb der GRÜNEN – allgemein anerkannt, dass die Hochschulen große Finanzprobleme haben. Aber darüber reden wir gar nicht. Wir reden über den Tatbestand, dass eine Senatorin trotz eindringlicher Warnungen von verschiedenen Seiten ein verfassungswidriges Gesetz durchgepeitscht hat. Das ist das Ergebnis der Arbeit von Senatorin Stapelfeldt, sozusagen ein Abschiedsgeschenk. Ich darf dazu erwähnen, dass ich dem Senat in der vorherigen Legislaturperiode im Wissenschaftsausschuss ausführlich dargelegt habe, dass Entscheidungs- und Abwägungskriterien fehlen; Wortprotokoll 20/20, Seite 36. Ich habe zudem ausführlich auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hingewiesen, die auch Herr Dolzer möglicherweise gerade meinte; nachzulesen in Wortprotokoll 20/21, Seite 14. Mit exakt den gleichen Argumenten hat das Oberverwaltungsgericht Hamburg in seinem Beschluss vom 9. Februar 2015, Aktenzeichen 3 Nc 55/14, Seiten 13 und 14, mitgeteilt, dass das von Frau Stapelfeldt gegen guten Rat durchgeboxte Gesetz verfassungswidrig ist. Das ist eine schallende Ohrfeige für Frau Stapelfeldt, meine Damen und Herren, und sie erfolgte zu Recht.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von *Dr. Sven Tode SPD*)

Und das ist nicht nur eine juristische Schlappe; Frau Timm hat unfreiwillig mitgeteilt, was die Folgen davon sind. Sie haben gesagt, wir müssten die

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Handlungsfähigkeit der Hochschulen wiederherstellen. Das mag sein, aber das heißt im Umkehrschluss, dass sie im Moment nicht handlungsfähig sind. Und wem haben sie das zu verdanken? Frau Dr. Stapelfeldt, der ehemaligen Senatorin. Das ist der Ausstand von Frau Stapelfeldt. Er ist schlicht und ergreifend katastrophal.

Nun zu Frau Fegebank. Frau Fegebank ist natürlich unschuldig an diesem Gesetz. Daran war sie nicht beteiligt. Aber auch ihr Einstand ist zwar nicht katastrophal, aber doch in Teilen unbefriedigend und schlicht und einfach schlecht.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Was mich persönlich am meisten ärgert, ist die Tatsache, dass in dieser Drucksache steht, die entstandenen Kosten sollten die Hochschulen tragen. Nun hat Herr Dr. Tode auf die Hochschulpaktmittel verwiesen. Wir werden noch im Einzelnen prüfen, ob die Hochschulpaktmittel wirklich alle zusätzlichen Einkläger abdecken; das ist sehr fraglich. Ich habe eine Schriftliche Kleine Anfrage dazu gestellt; aufgrund der kurzen Beratungszeit habe ich die Antworten noch nicht. Unterstellen wir einmal, dass die Kosten, die durch zusätzliche Studenten entstehen, abgedeckt werden. Aber, Herr Dr. Tode, Sie haben doch im Ausschuss schon gehört, dass es nicht nur darum geht. Es geht auch um Gerichtskosten, es geht um Verwaltungskosten und um Rechtsanwaltskosten. Eine sehr vorsichtige Schätzung besagt, dass das ungefähr 1 Million Euro betragen, und dafür gibt es garantiert kein Geld aus den Hochschulpaktmitteln. Mit anderen Worten: Die Behörde hat gepfuscht, die Hamburger Hochschulen, die sowieso schon kaputt gespart werden, müssen mindestens eine weitere Million Euro an Kosten tragen, und die Behörde sagt, daran beteilige sie sich nicht. Meine Damen und Herren, das ist skandalös. So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken* und *Dr. Joachim Körner, beide AfD*)

Das ist der erste Grund, warum wir auch Frau Fegebank, die an dem alten Gesetz unschuldig ist, kritisieren.

Der zweite Grund ist die Sache mit dem Zeitdruck. Uns wurde in der Vorbereitung mitgeteilt, das müsse alles schnell gehen, wir müssten die Bürgerschaftssitzung heute oder spätestens morgen erreichen. Warum? Weil wir das Gesetz schon am 1. Juni bräuchten. Dann kam in der Sitzung und in der Drucksache, die erst später vorgelegt wurde, heraus, dass wir erst am 15. Juli – also sechs Wochen später – eine sichere Rechtslage haben müssen, weil dann die ersten Ablehnungsbescheide für das Wintersemester 2015/2016 kommen. Mit anderen Worten: Der Zeitdruck war unendlich viel geringer, als uns im Vorfeld suggeriert wurde, maßgeblich von der Senatorin und übrigens auch von Herrn Dressel. Die Bürgerschaftssitzung am

28. Mai, also heute in drei Wochen, wäre noch früh genug gewesen, und wir hätten mehr Zeit gehabt, die Drucksache zu überprüfen. Ich sage Ihnen, diese Drucksache ist gar nicht so einfach, wie sie zu sein scheint. Lesen Sie bitte einmal die sehr komplexen Sätze in Artikel 9 Absatz 1. Ich bin Jurist, und trotzdem habe ich auch nach längerer Prüfung nicht sicher herausfinden können, ob das in Ordnung ist. Bis vor einiger Zeit hatten wir ein gewisses Grundvertrauen in die Behörde, dass ein von ihr vorgelegter Text schon in Ordnung sein würde, aber spätestens seit der Entwicklung gerade in diesem Falle ist mein Misstrauen in die juristische Kompetenz der BWF erheblich gewachsen. Das ist einer der Gründe, warum wir uns enthalten werden, denn wir sind nicht sicher, ob nicht wieder gepfuscht wurde bei diesem Gesetz.

Ein dritter Punkt. Sie machen Folgendes: Sie führen das alte Kapazitätsrecht ein und Frau Timm hofft an ihrem Geburtstag auf ein Geschenk, nämlich dass nun alles ruhig ist und sich niemand mehr einklagen kann. Diese Hoffnung, Frau Timm, wird fehlgehen. Sie wissen so gut wie ich, dass auch nach dem alten Recht, das Sie nun wieder einführen, bis zu 1000 Einkläger pro Semester üblich waren. Das heißt, das alte Recht, das Sie wieder einführen wollen, ist keineswegs sicher. Sie versuchen auf unsicherer Rechtsbasis, Pfuscher zu korrigieren, und die Gefahr ist sehr groß, dass Sie neuen Pfuscher machen. Ich bitte um Verständnis, dass wir dem nicht zustimmen können.

Wir haben im Interesse der Hochschulen einer beschleunigten Beratung zugestimmt. Wir haben die Beratung im Wissenschaftsausschuss nicht verhindert. Wir haben sie ermöglicht, ich habe sie geleitet und zügig durchführt. Wir werden auch die zweite Lesung nicht verweigern, obwohl es dafür gute Gründe gibt. Aber wir werden inhaltlich nicht zustimmen. Seien Sie als Regierungsfractionen wenigstens so fair, dass Sie den Opfern Ihrer fehlgeleiteten Politik die Kosten erstatten, und stimmen Sie unserem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Von der AfD hat nun das Wort Herr Dr. Kruse.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Auf den ersten Blick ist das Ganze eine rein juristische Frage, die ich nicht durchschaue, und das will und kann ich auch gar nicht. Ich habe nur gelernt, das Gesetz war so schlecht, dass man es zurücknehmen und ein neues machen muss. Aber dabei kann man es nicht bewenden lassen, man muss es auch inhaltlich betrachten. Das hat mich ans Pult geführt, weil ich mein ganzes Leben an Universitäten verbracht habe – an der Universität Hamburg war es Student, Assistent und Professor – und weiß, wie man die

(Dr. Jörn Kruse)

Lehre dramatisch verschlechtern kann, wenn man bei einer gegebenen Kapazität zu viele Studenten zulässt. Das ist das, was wir Ökonomen eine partielle Rivalität nennen oder einen Stau. Immer dann, wenn Sie bei einer gegebenen Infrastruktur viele Nutzer haben – auf der Straße oder im Internet und auch an den Universitäten –, sinkt die Qualität ab. Das ist es, was wir hier erleben, und das ist eine politische Entscheidung. Herr Tode hat eben ein Urteil des Verfassungsgerichts zitiert. Ich wusste nicht mehr, dass es von 1972 ist, aber wir alle kennen es, und wir waren damals an der Universität alle fassungslos, wie ein Verfassungsgericht so ein dämliches Urteil fällen kann. Es hat offensichtlich keinerlei Vorstellung davon gehabt, was an den Universitäten los ist im Zusammenhang mit Qualität und Anzahl der Studienanfänger.

Ich freue mich immer, wenn ich einmal der Fraktion DIE LINKE zustimmen kann. Ich erinnere mich an die letzte Sitzung des Wissenschaftsausschusses, als die LINKEN sagten, den ganzen Krempel mit neuen Regeln könne man sich sparen, wenn man einfach Studienplätze schafft. Recht haben sie, das ist genau der Punkt. Natürlich ist das ein bisschen einfach, weil mehr Studienplätze Geld kosten, die Mittel begrenzt sind und man sich überlegen muss, wo sie sinnvoll eingesetzt sind. Aber als jemand, der sein Leben lang mit Curricular-Richtwerten zu tun hatte und nie so richtig wusste, wo diese entstanden sind, nur eben, dass sie meistens Überlastungen produziert haben, sage ich Ihnen: Es ist nicht damit getan, einfach nur ein neues Gesetz zu machen bei bestehenden Curricular-Richtwerten. Was man als nächstes tun muss, ist, die Studienbedingungen in Hamburg zu verbessern. Wir brauchen mehr Kapazitäten und mehr Geld an den Universitäten, damit man mehr Studenten zulassen und eine bessere Lehre gewährleisten kann. Ich hoffe, Frau Senatorin Fegebank, dass Sie sich das auf Ihre Fahnen schreiben und man in ein oder zwei Jahren sagen kann, Sie haben es angepackt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Das Wort hat nun die fraktionslose Abgeordnete Frau Heyenn.

Dora Heyenn fraktionslos: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Warum brauchen wir eigentlich ein Ausbildungskapazitätsgesetz? Wir brauchen es, weil es politischer Konsens ist, dass immer mehr junge Leute das Abitur machen sollen. Und das tun sie auch; wir haben inzwischen eine Abitur-Quote von mehr als 50 Prozent. Jedes Semester werden Tausende Studierwillige von den Hamburger Hochschulen abgewiesen. Sie erhalten keinen Studienplatz. Wenn man sich das Ausmaß einmal genau anschaut, muss man langsam zu der Auffassung kommen, dass die Bedeutung des Ab-

iturs – die Berechtigung, eine Hochschule zu besuchen – peut à peut außer Kraft gesetzt wird. Mittlerweile unterliegen fast alle Studiengänge in Hamburg den Zulassungsbeschränkungen, und das ist in anderen Städten nicht anders. Damit wird vielen Menschen faktisch die Freiheit der Berufswahl genommen, die mit Artikel 12 des Grundgesetzes sichergestellt werden soll. Die verschiedenen Zulassungshürden sind jedoch keine vorübergehende Notmaßnahme, wie es eigentlich einmal gedacht war, sondern sie sind in ganz Deutschland zur Regel geworden. Bei der Anhörung zum Hochschulkapazitätsgesetz sagte GEW-Experte Andreas Keller, Hochschulzulassung sei ein Grundrecht, in das nur eingegriffen werden dürfe, wenn es dringende Gründe gebe. Im Wintersemester 2012/2013 wurden 972 Studienplätze eingeklagt. Das Grundrecht der freien Berufswahl erfordert nach Urteilen des Bundesverfassungsgerichts die Einhaltung des Gebots der Kapazitätsausschöpfung. Voraussetzung dafür ist die gerichtliche Überprüfbarkeit dieses Gebots, und die ist nicht gegeben. Im Februar 2014 wurde das neue Kapazitätsrecht in der Bürgerschaft beschlossen. Das Ziel war und ist, Herr Dolzer hat es schon gesagt, die Studienplatzklagen zu minimieren. Das Gesetz wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP beschlossen, GRÜNE und LINKE haben sich enthalten. Schon bei der Expertenanhörung wurden erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken geäußert.

Das zweite Problem ist, dass Studienplätze abgebaut werden, bis 2018 ungefähr 700 an der Universität Hamburg, wie ein Blick in den Haushaltsplan zeigt. Das kritisierten in der letzten Legislaturperiode auch die GRÜNEN, so etwa Eva Gümbel, heute Staatsrätin der Wissenschaftsbehörde, im September 2013. Ich zitiere:

"Dieser Senat baut Studienplätze ab. Die Landesmittel dafür werden zurückgefahren."

Sie sagte, das falle Gott sei Dank nicht so sehr ins Gewicht, weil wir die Kompensation aus den Bundesmitteln hätten, und sie kritisierte:

"Wir sparen auf Landesebene und der Bund gibt es uns."

Mit der rot-grünen Regierung scheint es nun genau so weiterzugehen. Das Problem ist, dass die Mittel aus dem Hochschulpakt nicht dazu da sind, Löcher an den Hochschulen zu stopfen, sondern sie haben einen ganz bestimmten Zweck. Wir brauchen Kriterien für die Verwendung der Hochschulpaktmittel und müssen dafür sorgen, dass sie eingehalten werden.

Das Oberverwaltungsgericht hat in einem Beschwerdeverfahren entschieden, dass die auf dem Ausbildungskapazitätsgesetz beruhende Begrenzung der Anzahl verfügbarer Studienplätze unzulässig ist. Es hat nicht beschlossen, dass es verfassungswidrig ist; das ist nicht die Aufgabe des

(Dora Heyenn)

Oberverwaltungsgerichts und liegt nicht in seiner Zuständigkeit. Inzwischen haben sich nach dem jetzt geltenden Gesetz 747 Studierende eingeklagt. Durch diese Gerichtsentscheidung ist damit zu rechnen, dass es sehr viel mehr werden. Das im Gesetz verankerte und durch die Kapazitätsvereinbarung ausgestaltete neue Vereinbarungsmodell zwischen Hochschulen und Wissenschaftsbehörde ist nicht überprüfbar und verstößt damit gegen den in der Verfassung verankerten Grundsatz des Rechts auf freie Berufswahl. Die Experten hatten bereits im Ausschuss darauf hingewiesen. Frau Gümbel hat damals Folgendes dazu gesagt:

"Wichtig dafür war, dass der einzelne das Recht bekommen kann, gegen die Hochschulen sein Recht auf Bildung [...] durchzusetzen und vor Gericht einzuklagen."

Sie bewertete das zurzeit gültige Gesetz mit den Worten, dass dieses grundgesetzlich verbrieftes Recht ausgehebelt sei. Deswegen ist es gut, dass das jetzt geltende Gesetz außer Kraft gesetzt wird. Die Interimslösung ist zwar besser, stellt aber auch keine wirkliche Lösung dar. Darum werde auch ich mich enthalten.

(Beifall bei *Norbert Hackbusch* und *Heike Sudmann*, beide *DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Nun hat das Wort Frau Senatorin Fegebank.

Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Schinnenburg, ich wollte eigentlich ganz versöhnlich starten, aber nach Ihren Worten überlege ich mir das noch einmal – nein, natürlich nicht. Ich möchte zuallererst meinen Dank an die Ausschussmitglieder für die konstruktive Beratung und vor allem auch für Ihre Kooperationsbereitschaft aussprechen. Wir haben die Kritik der Opposition zur Kenntnis genommen und wissen, dass wir Ihnen viel damit zugemutet haben, in der Kürze der Zeit das Gesetz zu lesen, zu durchdringen und sich ein Bild zu machen. Wir geloben nicht Besserung, aber sagen ...

(*Dr. Wieland Schinnenburg FDP:* Sie geloben keine Besserung?)

– Natürlich geloben wir Besserung.

Ich wollte Ihren Gedanken aufgreifen, dass wir das als eine Ausnahme ansehen und dass es künftig hoffentlich nicht wieder passiert. Aber es ist in der Tat – und da muss ich Sie korrigieren – Eile geboten. Wir haben zwar den 15. Juli als Bewerbungsende, aber die Rechtsverordnungen mit den Zulassungszahlen, die Vereinbarungen mit den Hochschulen, gehen bereits Mitte Juni raus. Von daher brauchen wir jetzt ein bisschen Druck auf dem Kessel, was die Zeit angeht. Deshalb noch einmal mein ausdrücklicher Dank an die Mitglieder aller

Fraktionen, die im Ausschuss konstruktiv mitberaten und dazu beigetragen haben, dass wir sehr schnell zur Befassung im Parlament gekommen sind. Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Wir haben schnell und in Rücksprache mit den Hochschulen gehandelt. Wir haben dort in den vergangenen Tagen und Wochen Gespräche geführt haben. Ähnlich wie bei den Punkten, die Herr Tjarks aufgelistet hat – Referendum, Olympia und Busbeschleunigung –, haben wir auch dies schon während der Koalitionsverhandlungen auf den Weg gebracht, weil wir wussten, dass Eile geboten ist. Wir wollen das Gesetz zum 1. Juni in Kraft treten lassen und haben sehr eng mit den zuständigen Behörden und den Hochschulen zusammengearbeitet, um Planungs- und Rechtssicherheit zu erlangen. Das ist das Ziel dieses Interimgesetzes, das wir heute hoffentlich durch das Parlament bringen.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Die Historie ist von den Kolleginnen und Kollegen vorhin kurz dargestellt worden. Vor gut einem Jahr ist das Kapazitätsrecht in der Bürgerschaft verabschiedet worden und das OVG und VG haben dem Gesetz die Anerkennung versagt. Das hat dazu geführt – ich glaube, Frau Heyenn hat die Zahl eben noch einmal genannt –, dass 747 Studierende außerplanmäßig zugelassen wurden. Das klingt erst einmal moderat vor dem Hintergrund, dass in den vorherigen Semestern noch weitaus mehr Studierende zugelassen wurden. Aber es hat eine grundsätzliche Kritik der Gerichte an diesem Gesetz gegeben, und so ist in den kommenden Semestern eine steigende Anzahl von Rechtsschutzanträgen zu erwarten, und das könnte die Hochschulen tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes an die Grenzen ihrer Kapazitäten und den Rand ihrer Funktionsfähigkeit bringen. Deshalb der Handlungsdruck, und deshalb haben wir schnell gehandelt, um zumindest für die Zeit von zwei Semestern die Planungs- und Rechtssicherheit mit dem Interimgesetz wiederherzustellen. Wir wollen die Zeit nutzen, das sage ich ganz ausdrücklich, um sowohl die prozessualen wie auch die gesetzgeberischen Möglichkeiten zu prüfen, zusammen mit den Hochschulen und in fortlaufender Unterrichtung und in Beratung mit den Abgeordneten, deren Expertise ich sehe, sich im Ausschuss entsprechend einzubringen. Wir wollen alle Handlungsmöglichkeiten prüfen, um Planungs- und Rechtssicherheit zu schaffen. Und genau darum bitten wir für dieses Gesetz um Unterstützung. Wir wollen Qualität in Studium und Lehre. Wir wollen die Situation abwenden, die in den Beurteilungen teilweise dargestellt wurde, nämlich dass Kantinen, Gänge und Flure mitgenutzt werden müssen. Daher haben wir

(Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank)

das Interimsgesetz auf den Weg gebracht, eine Wiederherstellung des alten Zustands, mit dem wir uns zugegebenermaßen erst einmal etwas Luft verschaffen, um dann aber in den nächsten zwei Semestern sehr intensiv an einer rechtssicheren Lösung zu arbeiten. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei *Anna Gallina*, *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE, und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Herr Dr. Tode von der SPD-Fraktion, Sie haben das Wort.

(Zurufe)

Dr. Sven Tode SPD:* – Doch, ich bin Fußballfan, trotzdem muss ich noch einmal eine Sache klarstellen.

Herr Dr. Schinnenburg war nicht so nett, eine Frage zuzulassen, und ich weiß auch, warum. Er betont immer wieder, dass er Jurist ist. Man könnte also eigentlich erwarten, dass er weiß, was ein Bescheid und was eine Entscheidung in der Hauptsache ist. Man könnte erwarten, dass er weiß, wer über Verfassungsmäßigkeit in diesem Land entscheidet. Das tut nicht das Oberverwaltungsgericht in Hamburg, sondern bekanntlich der Bundesverfassungsgerichtshof. Insofern gibt es hier also keine Verfassungsentscheidung und damit auch kein verfassungswidriges Gesetz. Wissen Sie, Herr Dr. Schinnenburg, warum das besonders wichtig für Sie ist? Sie haben diesem Gesetz zugestimmt. Sie haben damals diesem Gesetz zugestimmt, und jetzt sind Sie der Meinung, es sei verfassungswidrig und freuen sich darüber. Das ist etwas irritierend. Es zeigt wahrscheinlich nur, dass Sie als FDP nicht regierungsfähig sind, denn Sie lassen die Hochschulen völlig im Regen stehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen sich enthalten. Welche Regel aber gäbe es, wenn wir dieses Gesetz heute nicht beschließen? Überhaupt keine, und das heißt, es würde gar keine Zulassungsbeschränkung geben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die FDP, so wie Sie es die ganze Zeit darstellen, nicht für Qualitätssicherung an den Universitäten ist. Was ist denn überhaupt Ihre Lösung?

(*Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Die gibt's nicht!)

Sie haben keine Lösung, und das ist genau das Problem. Deswegen sollten Sie sich vielleicht überlegen, ob Sie nicht doch noch zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst hat Herr Dr. Tode im Nachhinein bewiesen, dass es gut war, die Zwischenfrage nicht zuzulassen. Denn wer nicht im Entferntesten bereit ist, sich dem Duktus meines Vortrags anzupassen und darauf direkt zu antworten, stattdessen nur Polemik hervorbringt, der braucht auch keine Zwischenfrage zu stellen. Das ist die erste Erkenntnis.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu Ihrem Vortrag, den Sie gerade gehalten haben. Zunächst einmal darf ich Sie darauf hinweisen, dass ich mich in der Tat im Verfassungsrecht offenbar besser auskenne als Ihre eigene Behörde, denn ich hatte das zum Artikel 12 damals, anders als die Behörde, schon gesagt und habe auch von der Wesentlichkeitsrechtsprechung gesprochen. Ich habe auch davon gesprochen, dass das Bundesverfassungsgericht aus meiner Sicht vom Ansatz her genau richtig entscheidet. Solange der Staat nämlich ein Quasi-Ausbildungsmonopol hat, haben die Gerichte, insbesondere das Verfassungsgericht, darauf zu achten, dass der Staat diese Möglichkeit nicht missbraucht, sondern alles zu tun, um ein Maximum an Ausbildungskapazitäten bereitzustellen, damit möglichst viele Menschen, die die Fähigkeit dazu haben, studieren können. Deshalb stehe ich, anders als der eine oder andere Redner vorhin, durchaus sehr zum Bundesverfassungsgericht, zumindest von seinem Grundsatz her, über Details können wir immer reden. Ich empfehle Ihnen, Herr Dr. Tode, das Bundesverfassungsgericht ernst zu nehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat weitere Entscheidungen in die gleiche Richtung getroffen, und, wie ich finde, vom Ansatz her richtige.

Zweiter Punkt: Sie haben gesagt, die FDP hätte doch damals diesem Gesetz zugestimmt. Lesen Sie bitte einmal nach, warum wir das getan haben. Ich verstehe auch nicht, warum Sie das jetzt sagen, denn ich habe Ihnen die Antwort schon im Wissenschaftsausschuss vor einer Woche gegeben. Wir sind der Auffassung, dass die Kapazitätsverordnung, wie sie bis vor einem Jahr galt und die Sie wieder einführen wollen, vom Ansatz her falsch ist. Sie hat – das sieht Ihre Behörde offenbar auch so – mit Hochschulautonomie nichts zu tun. Sie wissen, die FDP ist sehr für Hochschulautonomie. Wir sind der Meinung, dass nicht unbedingt der Gesetzgeber, auch nicht der Ordnungsgeber, sondern die Betroffenen im Zweifelsfall ihre Sachen selbst regeln können.

(*Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Sie haben da einfach mal zugestimmt!)

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Das heißt, eben keine Kapazitätsverordnung, sondern eine Vereinbarung.

(*Ksenija Bekeris SPD: Was reden Sie denn da, Herr Schinnenburg?! – Farid Müller GRÜNE: Aber jetzt gilt es, Verantwortung für die Hochschulen zu übernehmen!*)

– Ach, Herr Müller, wissen Sie was? Sie haben schon in St. Georg den Leuten versprochen, die Busbeschleunigung werde gestoppt. Daran haben Sie sich nicht einmal ansatzweise gehalten. Seien Sie zu diesem Thema, von dem Sie nichts verstehen, einfach einmal ruhig. Das würde ich Ihnen empfehlen.

(Beifall bei der FDP und der AfD – *Farid Müller GRÜNE: Ach, jetzt kommt das wieder!*)

Weil die Kapazitätsverordnung vom Ansatz her falsch ist, haben wir uns für das Vereinbarungsmodell ausgesprochen. Das hatte die FDP übrigens schon am Anfang der letzten Wahlperiode gefordert. Das war fast das einzig Richtige – vom Ansatz her –, was die Wissenschaftsbehörde in der vorigen Legislaturperiode gemacht hat. Darum haben wir dem zugestimmt, weil wir es besser finden, es so zu machen. Lesen Sie das bitte in den Wortprotokollen 20/20 und 20/21 nach, in denen ich genau auf die bestehenden Gefahren hingewiesen habe; ich habe daraus vorhin zitiert. Wir haben damals der Behörde gesagt, dass wir zustimmen, weil es vom Ansatz her richtig ist, aber dass es wahrscheinlich nicht gerichtsfest sei. Und genauso ist es gekommen. Sie waren dabei, Herr Dr. Tode, und Sie haben trotz dieser Beratung, genau wie die Senatorin und die anderen SPD-Abgeordneten, sehenden Auges die Hochschulen in die Probleme geführt.

Sie sollten nicht sagen, wir seien nicht regierungsfähig. Herr Dr. Tode, Sie und Ihre Partei haben vier Jahre lang bewiesen, dass Sie zumindest im Hochschulbereich eben gerade nicht regierungsfähig sind. Sie haben die Hochschulen kaputtgespart, Sie haben wichtiges Personal vertrieben, zum Beispiel den Präsidenten des UKE. Und Sie haben es geschafft, ein chaotisches Gesetz zu machen. Sie sind die Letzten, die über Regierungsfähigkeit oder Nichtregierungsfähigkeit reden sollten. Hören Sie auf gute Ratschläge, nicht nur von mir, sondern auch von vielen Experten wie damals in der Anhörung, und treten Sie hier nicht in dieser Art auf.

Wir haben damals im Interesse der Sache zugestimmt, und wir enthalten uns bei diesem Verfahren auch im Interesse der Sache. Das sind Dinge, die Sie sich zum Vorbild nehmen sollten. Hören Sie auf die Worte der Opposition, davon können Sie profitieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU und der AfD – *Farid Müller GRÜNE: Wollen Sie die Hochschulen allein lassen?*)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, deshalb kommen wir nun zur Abstimmung. Ich möchte um ein wenig Ruhe bitten, sonst verpassen Sie die Abstimmung. Zunächst zum FDP-Antrag aus Drucksache 21/406.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Zusatzantrag abgelehnt.

Nun zum Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung aus der Drucksache 21/320.

Wer möchte hier der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung des Kapazitätsrechts aus Drucksache 21/298 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 8, Drucksache 21/125, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Befristete Arbeitsverhältnisse, Betreuungszahlen und Eingliederungsmaßnahmen in den Jobcentern.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Befristete Arbeitsverhältnisse, Betreuungszahlen und Eingliederungsmaßnahmen in den Jobcentern
– Drs 21/125 –]**

Dürfte ich um Ruhe bitten, damit wir in diese Debatte einsteigen können? Wer wünscht das Wort? – Frau Hannemann von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben es.

Inge Hannemann DIE LINKE:* Sehr verehrtes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben das Jahr 2015 und seit zehn Jahren Hartz IV. Hartz IV gibt es eigentlich erst seit 2005, seit wir diese unsäglichen Jobcenter haben. Und damit komme ich schon zum eigentlichen Problem, den Jobcentern in Hamburg. Keine Angst, ich mache jetzt nicht alles nieder, aber ich starte.

(Inge Hannemann)

(Ksenija Bekeris SPD: Das wäre ja schon mal ein guter Anfang!)

Die Mitarbeiter haben inzwischen zahlreiche Überlastungsanzeigen geschrieben, weil sie überfordert sind und die Arbeit nicht mehr schaffen. Die Gewerkschaft ver.di hat das kritisiert, der Personalrat von team.arbeit.hamburg hat das inzwischen kritisiert, und das sind nicht die Einzigen. Das ist in meinen Augen ein sehr großes Problem. Warum? Wir haben auf der einen Seite überlastete Mitarbeiter. Daraus folgt eine hohe Krankenquote, das hat eine Schriftliche Kleine Anfrage von uns bestätigt. Der Krankenstand hat sich in den letzten Jahren noch weiter erhöht. Wir haben resignierte Mitarbeiter, wir haben sehr frustrierte Mitarbeiter, und wir haben auch ein Datenschutzproblem. Es ist nämlich das Problem, dass die Mitarbeiter derart viele Akten haben, dass sie sich inzwischen auf dem Tisch stapeln, und der sogenannte Kunde kann querbeet lesen, welcher Kunde wie viel Geld bekommt.

(Sylvia Wowretzko SPD: Das ist doch Quatsch!)

Die Mitarbeiter sind das eine Problem, aber auf der anderen Seite – und das ist für mich das große, signifikante Problem – sind die Erwerbslosen, die darunter zu leiden haben. Warum? Die Erwerbslosen bekommen ihre Anträge nicht durch, die Bearbeitung verzögert sich inzwischen um Wochen und Monate. Im März gab es den Fall, dass die Erwerbslosen ohne Konto ihre Schecks nicht bekommen haben, weil die Mitarbeiter mit der Arbeit nicht mehr nachgekommen sind. Sie kamen erst innerhalb des Monats April zu ihrem Geld. Das bedeutet, die Menschen stehen über einen Monat ohne Geld da. Das ist wirklich ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe durchaus Mitgefühl für meine Ex-Kollegen – ich kann es wirklich nachvollziehen –, aber ich habe viel mehr Mitgefühl für die Erwerbslosen, denn den Mitarbeitern passiert eines nicht: Ihnen wird kein Geld entzogen, sie brauchen keine Angst zu haben, dass sie einen Monat ohne Geld dastehen und um ihre Existenz fürchten müssen. Das ist ein sehr großer Unterschied. Das bitte ich einfach einmal zu berücksichtigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Anteil der Befristungen in den Jobcentern hat von 2014 auf 2015 um die Hälfte zugenommen. Warum? Ganz einfach, wegen des neuen Leistungssystems ALLEGRO. Nichts gegen dieses System, aber es hat ein großes Manko. Die Daten vom alten System müssen händisch in das neue System übertragen werden. Ich hatte gerade diese Woche wieder in einem Gespräch erfahren, dass ein Zahlendreher passiert ist, und der Betroffene stand sechs Wochen ohne Geld da. Das Jobcenter merkt das nicht, und warum auch? Das Jobcenter

merkt es erst dann, wenn der sogenannte Kunde reklamiert und sagt, er hätte kein Geld bekommen. Natürlich hat er das Geld in relativ kurzer Zeit erstattet bekommen, aber das Folgeproblem besteht darin, dass sogenannte Abbuchungen als Rücklastschriften zurückgehen. Das heißt, der Erwerbslose hat Gebühren zwischen 10 Euro und 20 Euro, je nach Anzahl der Rücklastschriften, zu entrichten. Das Jobcenter muss diese Gebühren übernehmen, sagt aber einfach, das könne nicht bearbeitet werden, weil die Mitarbeiter überlastet seien. Für den Erwerbslosen sind 10 oder 20 Euro sehr viel Geld. Das heißt, hier haben wir wieder das Überarbeitungsproblem.

Seit diesem Jahr gilt das sogenannte Vier-Augen-Prinzip. Das bedeutet, ein Mitarbeiter erstellt einen Leistungsbescheid, und der Kollege oder die Kollegin schaut darüber. An sich ist das keine schlechte Sache, es könnte helfen, Fehler zu vermeiden. Schlecht ist es aber dann, wenn dafür nicht wirklich signifikant zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt wird. Das Personal, das dafür – übrigens befristet – eingestellt wurde, reicht nicht aus. Die Menschen dort haben doppelte Arbeit. An den Senat gerichtet muss ich sagen, dass das Quatsch ist. Das ist überhaupt nicht durchdacht und logisch, das ist nicht strategisch, das ist einfach absoluter Quatsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Und zwar auch wieder auf Kosten der Erwerbslosen und auf Kosten der Mitarbeiter. Es sind immer beide Parteien.

2014 gab es übrigens keine einzige Entfristung. Es ist Zynismus pur, wenn der Senat sagt, die Mitarbeiter hätten sich doch bewerben können. Natürlich können sie sich bewerben, aber warum kommt der Senat nicht auf die Idee und sagt, man sehe sich die Befristeten an und übernehme sie unbefristet, wenn der Senat doch ohnehin weiß, dass er diese Mitarbeiter braucht.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kann eigentlich nur einen Grund geben, denn neue Mitarbeiter sind günstiger. Sie werden niedriger in der Entgeltgruppe oder der Stufe entsprechend eingestuft. Also ist das ein Kostengrund, das kann ich nachvollziehen. Neue Mitarbeiter haben aber einen Nachteil, denn sie müssen eingearbeitet werden. Die Zeit dafür ist jedoch gar nicht da, und bis sie es nach ein bis zwei Jahren können, sind sie wieder weg, nach dem Motto "Hire and fire".

Wenn ich mir generell die Zahlen der Mitarbeiter in den Hamburger Jobcentern ansehe, dann lässt sich feststellen, dass rund die Hälfte der Mitarbeiter in der Leistungsabteilung beschäftigt sind, und ich spreche hauptsächlich von der Leistungsabteilung. Aber davon sind rund 12 Prozent sogenannte Azubis, Assistenten. Diese Azubis sind nicht unbe-

(Inge Hannemann)

dingt befugt und haben noch viel weniger die Kenntnis, einen Leistungsbescheid zu erstellen. Es sind einfach Quereinsteiger im ersten Lehrjahr. Das heißt, wir haben rund 38 Prozent der Mitarbeiter im Leistungsbereich. Das ist eindeutig zu wenig, das können die Menschen nicht mehr schaffen.

Ich komme zum Betreuungsschlüssel. Dass die Bundesagentur für Arbeit und damit auch die Jobcenter und die Arbeitsagenturen wunderbar beschönigen können, das wissen wir aus der monatlichen Arbeitslosenstatistik, in der hier in Hamburg rund 33 Prozent nicht erwähnt werden. Es geht nicht um 5 Prozent, es geht in Hamburg um 33 Prozent, die unter den Tisch fallen gelassen werden. Dasselbe Phänomen gibt es beim Betreuungsschlüssel. *team.arbeit.hamburg* gibt an, es würde passen: 1:75 im Fallmanagement, 1:125, maximal 1:150 bei der Arbeitsvermittlung und im Leistungsbereich.

(Sylvia Wowretzko SPD: Das gilt nicht für die Leistung!)

Wenn man aber nicht weiß, wie sich die Zahl berechnet, könnte man denken, es herrsche Friede, Freude, Eierkuchen, es sei doch alles toll, warum motzen die Mitarbeiter, worüber schimpfen der Personalrat, die Gewerkschaften und nun auch noch DIE LINKE? Man muss einfach wissen, dass sich der Betreuungsschlüssel nur auf die arbeitslosen Menschen bezieht. Das heißt, das sind die Menschen, die das Glück haben, nicht in einer sinnlosen Maßnahme zu sein oder in einem Ein-Euro-Job oder Null-Euro-Job oder bei einer Tagelohnarbeit. Menschen, die Erziehungszeit haben, die Angehörige pflegen oder die krankgeschrieben sind, gelten nicht mehr als arbeitslos, sondern als arbeitsuchend. Und genau diese Menschen werden in den Betreuungsschlüssel nicht einberechnet.

Betreuen oder beraten – ich finde "Betreuen" ein furchtbares Wort, ich betreue die Menschen nicht, ich berate die Menschen – muss der Mitarbeiter aber alle, ob er nun 100 oder inklusive der Arbeits- und Ratsuchenden 300 Menschen hat. Er muss sie genauso häufig einladen wie Arbeitslose, er kommt aus dieser Pflicht nicht heraus, ebenso wenig wie der Erwerbslose. Es sind genau die gleichen Regularien. In den vergangenen acht Jahren in keinem Jobcenter, in dem ich eingesetzt war, erlebt, dass ich im Fallmanagement 75 Leute hatte, das war auch im Jahr 2005 schon nicht so. Das gab es auch nicht in der Arbeitsvermittlung, sondern ich hatte immer zwischen 300 und 400 Personen. Nicht anders ging es meinen Kollegen.

Es ist zu schaffen, aber es stimmt nicht mit dem Betreuungsschlüssel überein. Eine Reduzierung muss definitiv erfolgen, um eine sinnvolle Beratung durchführen zu können.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum letzten Punkt, dem Titel Eingliederungsmaßnahmen und entsprechende Gelder. Mir ist durchaus bewusst, dass der Senat nichts für die Zuteilung der Gelder kann, denn das macht Berlin. Aber wenn Herr Scholz davon spricht, man schaffe etwas, wenn man es will, dann soll der Senat das bitte tun und mehr Personal einstellen, die Sinnlosmaßnahmen abschaffen und sinnvolle Beschäftigung einführen, dann soll er Arbeitsplätze schaffen und vor allen Dingen mehr Geld aus Berlin einfordern für sinnvolle Maßnahmen, für qualifizierte Ausbildung, aber auch für mehr Verwaltungskosten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn den Erwerbslosen 11 Millionen Euro aus dem Topf geklaut werden für irgendwelche goldenen Kugelschreiber, die man vermutlich im Jobcenter nicht braucht,

(Ksenija Bekeris SPD: Also, goldene Kugelschreiber habe ich da noch nicht gesehen!)

dann stelle ich die Frage: Wohin gehen die 11 Millionen Euro? Es gibt doch nicht mehr Mitarbeiter. Ich stelle das durchaus infrage und möchte wissen, wo die Menschen in der Schule in Mathematik waren. Setzen, Sechs. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Frau Bekeris von der SPD-Fraktion, Sie haben das Wort.

Ksenija Bekeris SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe LINKE, Ihren Alarmismus teilen wir nicht, und die Zahlen in Ihrer Großen Anfrage begründen diesen auch nicht.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das sehen wir aber anders!)

Zunächst gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter in Hamburg. Sie alle machen einen nicht einfachen Job, der oftmals an die Grenzen der Belastbarkeit geht.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Auch wir kennen die Erfahrungsberichte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an manchen Stellen gern mehr und besser helfen würden. Darum wollen wir nicht so tun, als wäre alles gut im System der Arbeitsvermittlung. Ein großer Teil der Verfahrensabläufe – das muss man auch sagen – wird durch die Bundesagentur für Arbeit vorgegeben. Von dort kommt auch ein großer Teil des Geldes. Hier Veränderungen zu erreichen, dauert oft länger, als auch wir es uns wünschen würden.

(Ksenija Bekeris)

Doch durch das gemeinsame Arbeitsmarktprogramm von Stadt und Bundesagentur, das Senator Scheele maßgeblich ermöglicht hat, sind wir in einer guten Position, gemeinsam mit der Bundesagentur dort Verbesserungen herbeizuführen, wo es nötig und auch möglich ist, denn die Verantwortung tragen die Bundesebene, die Bundesregierung, die Bundesagentur für Arbeit und Hamburg gemeinsam.

(Beifall bei der SPD)

Gerade, wenn zusätzliche Verwaltungsaufgaben oder neue organisatorische Maßnahmen ein- oder durchgeführt werden, muss dies auch personalpolitisch begleitet werden. Natürlich muss es ausreichend Personal geben, damit es eine reibungslose Beratung, Betreuung, Vermittlung und auch Leistungsgewährung für arbeitssuchende Menschen gibt. Und gleichzeitig muss man schauen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht überlastet sind.

Wir kennen das Schreiben des Personalrats der Hamburger Jobcenter an die Bundesministerin Nahles und den Finanzminister Schäuble aus 2015. Gerade deswegen hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion mit Senator Scheele dafür gesorgt, dass mehr Personal eingestellt wird, wenn es strukturell benötigt wird. Es wurde die Einführung der neuen Software genannt oder das Vier-Augen-Prinzip. Dafür haben wir tatsächlich mehr Personal eingestellt haben, denn es ist notwendig.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Die rot-grüne Fraktion – Entschuldigung, Koalition – wird es sich weiterhin zur Aufgabe machen, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass zusätzliche Mittel für die Eingliederungsleistung zur Verfügung gestellt werden und dass die Kosten für zusätzliche Aufgaben, die der Bund den Jobcentern immer wieder zuweist, auch aus Bundesmitteln finanziert werden. Hier muss der Bund die Verantwortung für die Beschäftigten in den Jobcentern und für die betroffenen Menschen übernehmen. Und weitere Umschichtungen in den Verwaltungshaushalt der Jobcenter zulasten der Vermittlungsarbeit lehnen wir ebenfalls ab.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Man muss auch sagen, dass die Personalpolitik in den Jobcentern jetzt sehr verantwortungsvoll ist. Wie Sie der Senatsantwort auf die Große Anfrage entnommen haben, sind die befristeten Beschäftigungsverhältnisse seit der Bürgerschaftswahl 2011 zurückgegangen. Und die verbliebenen befristeten Arbeitsverhältnisse sind durch längere Krankheitsvertretungen oder auch zeitlich begrenzte Projekte bedingt wie in diesem laufenden aktuellen Jahr.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass befristete Arbeitsverhältnisse in den Jobcentern im-

mer begründete Ausnahmen sein und auf keinen Fall zum Regelfall werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen unsere Verantwortung für die Menschen wahr, die auf Leistungen des Jobcenters angewiesen sind. Die Große Anfrage belegt, dass mit Beginn der SPD-Regierung 2011 der Betreuungsschlüssel kontinuierlich, mit leichten Schwankungen, verbessert wurde. DIE LINKE sagt vermutlich, das sei noch nicht genug. Da gebe ich ihr sogar in Teilen recht, besser geht immer. Darum werden wir das Jobcenter Hamburg weiter dabei unterstützen, erfolgreiche Projekte noch besser zu machen, und da, wo es Defizite gibt, neue Wege zu suchen, um noch mehr Menschen in Arbeit zu vermitteln. Hier werden wir als rot-grüne Koalition nicht lockerlassen, darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD und bei *Martin Bill* und *Antje Möller, beide GRÜNE*)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Nun spricht Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Hannemann, den riesigen Skandal, den Sie in den Jobcentern wittern, kann ich aus meiner Sicht in diesem Ausmaß nicht erkennen. Allerdings ist die Antwort des Senats bei diesem doch sehr wichtigen Thema ausgesprochen spärlich ausgefallen, fast lässt sie eine Egal-Einstellung vermuten. Regelmäßig werden als Antwort nur verschiedene Links zur Bundesagentur angegeben, hinter denen sich dann unübersichtliche, umfangreiche und eigentlich nicht zu durchsteigende Statistiken verbergen.

(*Sylvia Wowretzko SPD:* Das ist so bei einer gemeinsamen Einrichtung!)

In der Tat kann man bei einem solch wichtigen Thema und bei einer Großen Anfrage mehr erwarten.

(Beifall bei der CDU)

Zumal der Koalitionsvertrag die Wichtigkeit der Jobcenter erkennt, indem er sich dafür ausspricht, dass Arbeitslose mit ihrem individuellen Hilfebedarf im Mittelpunkt der Bemühungen der Jobcenter stehen sollen.

Auch wenn sich die befristeten Arbeitsverhältnisse eher rückläufig entwickeln, was grundsätzlich zu begrüßen ist, stellt sich die Frage, warum es überhaupt befristet Beschäftigte an Stellen gibt, von denen dauerhafte Aufgaben wahrgenommen werden sollen. Wir scheinen uns einig zu sein, dass es sich hier um einen Widerspruch handelt.

(Franziska Grunwaldt)

Was ich wirklich besorgniserregend und alarmierend finde, sind jedoch – vor allem vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels – die Zahlen, die die berufliche Weiterbildung betreffen. Viel zu wenige der Teilnehmer einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung bringen diese tatsächlich zu Ende. Ich kann mir zwar die Ursächlichkeit zwischen befristeten Arbeitsverhältnissen in den Jobcentern und dieser Tatsache nicht erklären, aber dieses Missverhältnis der hohen Abbrecherquote muss dringend aus der Welt geschafft werden, und dafür ist meines Erachtens die Information, wie viele Weiterbildungen mit einem anerkannten Abschluss vor der Handwerkskammer enden, durchaus hilfreich.

Und natürlich ist es auch eine gute personelle Ausstattung, die für die Jobcenter unerlässlich ist. Individuelle Beratungen zum Beispiel im Rahmen der Eingliederungsvereinbarungen sind das A und O einer guten Arbeitsvermittlung, aber auch die gezielten Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter, und dafür wird sich die CDU einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank. – Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion hat das Wort.

Antje Möller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will, weil Frau Bekeris schon sehr viel dazu gesagt hat, was wir als Koalition – nicht als Fraktion –

(*Ksenija Bekeris SPD:* Ja, ich war da ein bisschen voreilig!)

vereinbart haben, an einer anderen Stelle anfangen. Ich glaube, dass es richtig, wichtig und gut ist und weiterhin auch notwendig, dass jemand wie Wallraff oder andere so deutlich ihre Kritik äußern und auch so tief einsteigen in die Details der Arbeit der Jobcenter oder der Bundesagentur. Nur dann kann man nämlich daraus Politik entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn wir diese Details nicht wüssten, dann wären wir immer an der Oberfläche. Das ist der Vorwurf, den die Personalräte gegenüber der Bundesagentur durchaus zu Recht erheben. Ich finde die Kritik der Personalräte richtig und wichtig. Ich glaube aber auch, dass wir in der Koalition genau an der Stelle immer wieder sehr gut hinhören werden.

Die Zahlen selbst finde ich weniger alarmierend, als Sie es dargestellt haben, Frau Hannemann. Wenn wir für in Hamburger Jobcentern 1,52 Prozent Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen haben, dann ist das keine alarmierende Zahl. Es ist aber alarmierend, wenn es immer weiter zu einer Steigerung und nicht zu einem Abbau kommt. Dazu hat Frau Bekeris auch schon etwas gesagt.

Ich glaube, dass der Respekt vor den Männern und Frauen, die in den Jobcentern arbeiten, notwendig ist. Die Qualität der Arbeitsplätze selbst geht aus der Großen Anfrage nicht hervor, aber die werden wir im Auge behalten. Die Arbeit ist anspruchsvoll, sie ist viel Kritik ausgesetzt. Die Herausforderung, den Erwerbslosen jeweils gerecht zu werden, ist immens groß und wird immer größer, weil die Tendenz dahin geht, die allgemeine Sozialberatung im Grunde – ich sage es in einem Satz – immer weiter in die Jobcenter zu verlagern. Dazu kommt die notwendige interkulturelle Kompetenz, die dort gefordert und wirklich auch notwendig ist.

Wir werden also versuchen, auch in der Koalition, immer wieder den Fokus auf die Qualität der Arbeitsplätze zu richten und auf die notwendige Aus- und Fortbildung der Menschen, die in diesem Bereich arbeiten. Das werden wir nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Die Diskussion der einzelnen Arbeitsmarktprogramme und ihrer Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit sollten wir, glaube ich, an anderer Stelle führen. Sie haben es teilweise angerissen. Das ist alles nicht Tenor dieser Großen Anfrage gewesen. Ich finde sie im Übrigen gut. Es hat natürlich immer etwas mit sehr viel Datenwust zu tun. Es ist eine riesige Behörde, und es sind unglaublich viele Daten, die dort zusammenkommen. Trotzdem finde ich die Große Anfrage sehr hilfreich. Es stimmt, man muss sich einlesen und durcharbeiten, aber das wird weiterhin die Aufgabe im Bereich der Arbeitsmarktpolitik auch für uns sein.

Ich glaube daher, dass Ihre Große Anfrage eine gute Grundlage bildet, und wir werden sicherlich Gelegenheit haben, auch im Ausschuss, nicht anhand Ihrer Anfrage, aber an den notwendigen Weiterentwicklungen der hamburgischen Arbeitsmarktpolitik, in konstruktive Kritik einzusteigen. Wir sollten uns dann darauf verständigen, dass wir die Menschen, die dort arbeiten, und die Erwerbslosen, denen Hilfe zuteil kommen muss, nicht aus den Augen verlieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Frau Dutschke von der FDP-Fraktion, Sie haben das Wort.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin den Kolleginnen von der Links-Fraktion äußerst dankbar für die Auseinandersetzung mit den Jobcentern Hamburg, auch, wenn die Drucksache selbst eher unspektakulär ist. Umso wichtiger ist es, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu thematisieren und voranzutreiben.

(Jennyfer Dutschke)

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Aber das ist nicht deren Thema!)

Die Große Anfrage tangiert die Bereiche befristeter Arbeitsverhältnisse von Jobcenter-Mitarbeitern, der Betreuungsschlüssel und der Eingliederung. Ein befristetes Arbeitsverhältnis ist per se kein schlechtes Arbeitsverhältnis, deshalb werde ich auch an dieser Stelle nicht näher auf den Punkt eingehen.

Die zweite Thematik der Großen Anfrage sind die Betreuungszahlen von Jobcenter-Mitarbeitern im Verhältnis zu Leistungsempfängern. Diese werden zwar beziffert, aber ihr Zustandekommen ist höchst intransparent, diese Kritik haben wir heute schon gehört. So werden Mitarbeiter anteilig in die Berechnung von Betreuungsschlüsseln einbezogen, die zum Beispiel im Eingangsbereich, im Kundenkontakt tätig sind, und darüber hinaus mit der Vermittlung gar nichts zu tun haben. Eine echte Aussage darüber, wie viele Arbeitssuchende nun tatsächlich von einem Mitarbeiter betreut werden, ist das also noch lange nicht.

Ich wollte in einer Anfrage wissen, inwiefern krankgeschriebene Hartz-IV-Empfänger, Väter und Mütter in Elternzeit, Aufstocker und Teilnehmer in Weiterbildungsmaßnahmen in die Statistik der Betreuungsquoten eingehen. Die Antwort des Senats gab hierüber jedoch leider keinen Aufschluss. Insofern muss ich annehmen, dass Frau Hannemann mit den von ihr geäußerten Punkten recht hat. Wenn man Leistungsempfänger dann auch noch mehr verwaltet als vermittelt, entsteht der Eindruck, dass etwas schief läuft. Das erklärt meines Erachtens auch einen Großteil der Intransparenz und Ineffizienz, die das System an sich aufweist.

Das dritte und wesentliche Thema der Großen Anfrage sind die Eingliederungsmaßnahmen.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Was mich zunächst zwar nicht überrascht hat, aber dennoch nachdenklich stimmt, ist, dass die Zählung von Teilnahmen an arbeitsfördernden Maßnahmen nicht anhand von Personen, sondern von Fällen erfolgt. Konkret bedeutet das, dass Leistungsempfänger zum Aufhübschen der Arbeitslosenstatistik in Weiterbildungsmaßnahmen nicht nur zwischen- sondern dauergeparkt werden können, ohne dass es jemandem auffällt. Oder wem ist sonst geholfen, wenn ein Teilnehmer zum dritten Mal binnen weniger Monate ein Bewerbungstraining absolviert?

In Frage 14 heißt es dann – ich zitiere –:

"Jobcenter nimmt bei einer Vielzahl von Instrumenten regelmäßig Bewertungen darüber vor, welche Eingliederungsquote bei geförderten Kundinnen und Kunden im Ver-

gleich zu ungeförderten Kundinnen und Kunden erreicht werden."

Das ist doch wunderbar. Und mit welchem Ergebnis? Werden geförderte Kunden nun schneller eingegliedert? Oder ist es angebrachter zu fragen, ob sie trotz einer Förderung eingegliedert werden können? Und wie erfolgt diese Bewertung überhaupt, die doch eigentlich nur anhand einer individuellen Betrachtung der Lebenssituation und Biografie eines Kunden vorgenommen werden kann?

Ich habe eine Frage zu den Weiterbildungsmaßnahmen und Eingliederungen von Arbeitslosen gestellt und erhielt dabei zwei Auskünfte, die mich immer noch beschäftigen. Ein Resultat ist, dass offensichtlich keine Evaluation der Qualität von Weiterbildungsmaßnahmen erfolgt, in die Arbeitssuchende vermittelt werden. Ich frage mich, wie das sein kann, wo es doch darum gehen muss, Arbeitslose in Maßnahmen zu vermitteln, die sie auch für die Integration in den Arbeitsmarkt qualifizieren?

Bei der zweiten Information geht es um die Vermittlung von Weiterbildungen mit berufsqualifizierenden Abschlüssen. In den Jahren 2010 bis 2014 haben offenbar 4 273 Teilnehmer an einer abschlussorientierten beruflichen Weiterbildung teilgenommen. Das heißt, von fast 75 000 Arbeitslosen haben nicht einmal 1,5 Prozent jährlich die Chance auf einen berufsqualifizierenden Abschluss erhalten.

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Ja, den brauchen sie ja vielleicht auch nicht, weil sie vielleicht schon einen haben!)

Wie viele der Teilnehmer den Abschluss letzten Endes erreicht haben, ist leider ein Mysterium, denn der Senat sagt, dass er sich im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage dazu nicht entsprechend äußern könne. Verehrte Kollegen und Kolleginnen, es kann doch nicht wahr sein, dass erstens ein so geringer Bruchteil die Möglichkeit erhält, einen berufsqualifizierenden Abschluss zu machen, und zweitens noch nicht einmal eine greifbare Statistik zu den Erfolgsquoten vorliegt.

Die SGB-II-Arbeitslosigkeit liegt seit Jahren zwischen 5 und 6 Prozent, und wir wissen, dass rund 65 Prozent der Betroffenen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Die Zahlen sprechen für sich und zeigen deutlich auf, worin der Handlungsbedarf besteht.

Bei diesen kleinteiligen Beispielen fehlt doch das ganz große Ziel, nämlich möglichst viele Menschen so zu qualifizieren, dass sie einen Job finden und ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Der Koalitionsvertrag weist auch keine Lösungen zur gezielten Bekämpfung von Arbeitslosigkeit auf, dabei sind mittlerweile fast 40 Prozent der Hartz-IV-Empfänger langzeitarbeitslos.

(Jennyfer Dutschke)

Die FDP-Fraktion setzt sich für Maßnahmen ein, die Menschen in Arbeit bringen, wie zum Beispiel praxisnahe Beschäftigungsförderungen oder das Nachholen berufsqualifizierender Abschlüsse. Ich frage Sie: Was tut der Senat? – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dutschke. Das Wort hat nun Frau Hanemann von der Fraktion DIE LINKE.

Inge Hannemann DIE LINKE:* Ich möchte mich nur kurz noch einmal zu Wort melden. Ihre positiven Worte, Frau Dutschke, haben mich überrascht, vielen Dank.

Ich möchte etwas deutlich machen. Die Bundesagentur für Arbeit hat eine eigene Statistik aus den Monaten September 2013 bis September 2014 erstellt und bestätigt damit, dass 2 Prozent der Langzeiterwerbslosen in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit vermittelt wurden. Das ist nichts, das sind 94 000 Menschen in ganz Deutschland. Von diesen 94 000 hat gerade einmal ein Drittel einen Job, von dem die Menschen leben können. Zwei Drittel bleiben weiterhin Aufstocker.

(*Sylvia Wowretzko SPD:* Haben Sie vielleicht Familie und arbeiten Teilzeit?)

Das zum Grundtenor.

Was mir aber bei der Debatte und allen Parteien gefehlt hat, war ein Wort zur Menschenwürde der Erwerbslosen. Wo bleibt das? Sie haben die Mitarbeiter gelobt, und die lobe ich auch, sie machen einen harten Job, das weiß ich. Aber die Menschenwürde, die Menschenrechte für die Erwerbslosen sind doch das eigentliche Thema. Den Mitarbeitern geht es nicht so schlecht. Die Folgen tragen immer die Erwerbslosen, denn sie haben darunter zu leiden, wie das System aufgebaut ist und auch darunter, wie sehr die Mitarbeiter überlastet sind. Ich möchte, dass Sie das einmal berücksichtigen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Hannemann. Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 21/125 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 16, Drucksache 21/312, Antrag der FDP-Fraktion: **Handwerkern die Anreise erleichtern – Regelungen zum Arbeitseinsatz flexibler gestalten.**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Handwerkern die Anreise erleichtern – Regelungen zum Arbeitseinsatz flexibler gestalten
– Drs 21/312 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der LINKEN und der FDP federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien sowie mitberatend an den Verkehrsausschuss überweisen. Wer wünscht hierzu das Wort? – Herr Kruse von der FDP-Fraktion, bitte schön.

Michael Kruse FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie stimmen mir sicher zu, wenn ich sage, dass das Handwerk ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Hamburg ist. Genauer gesagt, erwirtschaften 15 000 Handwerksbetriebe mit rund 130 000 Beschäftigten einen zweistelligen Milliardenumsatz, und das jährlich. Wo liegen aber die Probleme im Arbeitsalltag? Der Bürgermeister hat vorhin schon von Alltagstauglichkeit der Gesetzgebung gesprochen. Jetzt schauen wir einmal, was er in diesem Bereich macht.

Bekommen die Betriebe ausreichend Unterstützung bei ihren Geschäften, zum Beispiel bei der Anreise mit schwerem Material oder Werkzeugen beim Kunden? Fakt ist, bisher können Handwerksbetriebe ihre Fahrzeuge nur in Ausnahmefällen im eingeschränkten Halteverbot, an Parkuhren und Parkscheinautomaten ohne Entgelt sowie in Bewohnerparkzonen für die Dauer des Einsatzes abstellen. Die FDP-Fraktion meint, der Senat mache zu wenig, um die Situation der Handwerker zu verbessern.

Wir als FDP haben uns dieses Problems angenommen. Seit Jahren werden Ausnahmeregelungen zum Parken in Bewohnerparkzonen stark restriktiv vergeben.

(*Dorothee Martin SPD:* Zu Recht!)

Das ist nicht zeitgemäß, das behindert bei der Arbeit, das nervt und das verschleudert Ressourcen. Und dabei ist das Handwerk ein Aushängeschild für Hamburg.

Durch die bestehende Parkraumbewirtschaftung, die der Senat sogar noch ausweiten möchte, wird der Liefer- und Serviceverkehr allerdings noch weiter behindert. Aus unserer Sicht darf das Parkraummanagement aber nicht zum Hemmschuh für die Arbeit des Handwerks in Hamburg werden. Dass wir das Parkraummanagement allgemein für einen Hemmschuh halten, wird sicherlich mein Kollege Wieland Schinnenburg demnächst an dieser Stelle noch weiter ausführen.

Daher haben wir uns intensiv mit den Regelungen zum Parken beschäftigt und konkrete Vorschläge für Parkerleichterungen in dem vorliegenden Antrag erarbeitet. Im Gegensatz zum Senat haben wir dabei vertretbare Ausnahmeregelungen für das

(Michael Kruse)

Handwerk in den Blick genommen. Dazu gehören Parkerleichterungen auf Gehwegen, auf für Bewohner reservierten Parkplätzen, Ladezonen und noch vieles mehr. Im Schwerpunkt geht es um die Erleichterung für Betriebe, die mit Service- und Werkstattfahrzeugen an verschiedenen Einsatzorten tätig sind, um Reparatur- und Montagearbeiten durchzuführen, und dabei viel Material beziehungsweise Werkzeug transportieren müssen. So können die Handwerker mittels Ausnahmeregelungen mit schwerem Gerät näher an ihren Arbeitsort herankommen, das spart Geld und Zeit.

Natürlich ist Intention unseres Vorschlags auch, dass die Fahrzeuge so abgestellt werden, dass andere Verkehrsteilnehmer möglichst nicht beeinträchtigt werden, sprich, dass das Zweite-Reihe-Parken reduziert wird.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, lieber Wirtschafts- und Verkehrssenator Horch! Bitte fangen Sie nun nicht gleich an, in kleinteiligen Redebeiträgen zu erläutern, wo dieser oder jener Aspekt im Antrag Probleme verursachen könnte. Nehmen Sie unseren Vorschlag als Idee mit, überweisen Sie ihn mit uns an die zuständigen Fachausschüsse, und lassen Sie uns gemeinsam diskutieren, wie wir den Handwerkern die Arbeit erleichtern können, denn darum geht es hier. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kruse. – Das Wort hat nun Frau Martin von der SPD-Fraktion.

Dorothee Martin SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kruse, ich glaube, ich werde Ihnen bei einigen meiner Ausführungen die von Ihnen kritisierte Kleinteiligkeit nicht vollständig ersparen können. Auch mit kleinteiligen Dingen müssen wir uns in der Bürgerschaft beschäftigen.

Ehrlich gesagt, als ich Ihre Debattenanmeldung gelesen habe, dachte ich, dass man eigentlich durchaus Sympathien für Ihren Antrag und seine Intention haben könnte, eine Verbesserung für die Handwerksbetriebe und auch für die Verkehrssituation zu erreichen, denn beides sind für uns wichtige Themen. Was Sie jedoch in Ihrem Antrag fordern, ist schlicht und einfach ein Blankoscheck für Handwerksbetriebe oder auch andere Berufsgruppen – das schreiben Sie doch –, ihre Autos nach eigenem Gutdünken quasi überall abzustellen.

(*Michael Kruse* FDP: Das haben wir nicht geschrieben!)

Es klingt sehr nett, wenn Sie schreiben, man solle Handwerkern die Anreise erleichtern und Regelungen zum Arbeitseinsatz flexibler gestalten. Aber aus unserer Sicht müsste es schlicht und einfach

heißen: Lizenz zum Wildparken erteilen. Und das lehnen wir ganz klar ab.

(Beifall bei der SPD – *Michael Kruse* FDP: Wildparken ist doch das, was jetzt geschieht!)

Sie haben es eben schon erwähnt, es gibt bereits seit 1995 eine, wie wir finden, sehr bewährte Regelung zur Erteilung der Ausnahmegenehmigung, darauf muss ich nicht weiter eingehen. Diese Regelung wurde damals übrigens gemeinsam mit der Handwerkskammer erarbeitet. Und wenn Sie einmal einen kurzen Blick auf die Homepage der Handwerkskammer werfen, dann sehen Sie, dass auch dort diese Regelung aufgezeigt ist. So schlecht kann sie also nicht sein.

Diese in der Praxis funktionierende Regel wollen Sie nun zu einem generellen Freiparkschein ausweiten. Sie wollen, wie Sie eben schon gesagt haben, dass man auf fast sämtlichen öffentlichen Wegen, Taxiständen, Ladezonen, Fußgängerzonen und Anwohnerparkzonen seinen Wagen auch für einen längeren Zeitraum abstellen kann. Wir glauben, lieber Herr Kruse, liebe Damen und Herren, dass das Zustellen dieser sämtlichen Bereiche durch geparkte Autos weder erstrebenswert noch wirklich praktikabel ist. Und wir glauben auch, dass Ihr Antrag eben kein Beitrag zur Wirtschaftsförderung für das Handwerk ist, sondern eher eine sehr schwierige, einseitige Bevorrechtigung einer bestimmten Berufsgruppe darstellt. Ich habe mich gefragt, wie Sie zum Beispiel dem mobilen Pflegedienst, dem Reinigungsunternehmen oder auch dem Kurierfahrer erklären, dass Handwerker die Parkregeln in Zukunft nicht mehr beachten müssen. Und ich glaube, auch der Einzelhandel in der Innenstadt oder auch in Stadtteilzentren dürfte nicht sehr begeistert davon sein, wenn Handwerker als Dauerparker den Kunden völlig legal die Parkplätze wegnehmen können.

Es würde zudem dazu führen, dass der Parkdruck gerade in den dicht besiedelten Gebieten noch weiter steigen sowie auch die Verkehrssicherheit teilweise gefährden würde. Und Verkehrssicherheit geht immer vor.

Kurz zu einigen Punkten des Antrags; nun kommt das Kleinteilige. Ihr Antrag bedeutet, dass die Verantwortung für die Nutzung von Fußgängerflächen von den Fahrern der Handwerksfahrzeuge übernommen wird. Bei aller Wertschätzung für Handwerker – gerade, wenn sie nicht aus Hamburg kommen, haben sie vielleicht nicht immer das Wissen und die Ortskenntnis, ob es sich bei dem Gehweg vielleicht um einen besonders sensiblen Schulweg handelt, ob sich eine Einrichtung in der Nähe befindet, die vielleicht auch von Sehbehinderten regelmäßig aufgesucht wird und für die ein auf dem Gehweg abgestelltes Fahrzeug ein unfallträchtiges Hindernis darstellen kann.

(Dorothee Martin)

Handwerker oder auch andere Berufsgruppen können auch nicht per se wissen, ob die jeweilige Fläche für den Kfz-Verkehr tragfähig genug ist, oder ob es sich um eine Feuerwehraufstellfläche im Gehwegbereich handelt, die eben nicht gesondert mit Schildern gekennzeichnet wird, weil das Abstellen von Kfz auch auf Gehwegen generell verboten ist.

Stichwort Parken in Anwohnerparkzonen. Ich glaube, damit würden wir dieses sehr geschützte Bewohnerparkprivileg grundsätzlich aushebeln und ad absurdum führen.

Und, last but not least, Fußgängerzonen. Sie haben dem NDR ein Interview geben dürfen, und dort habe ich von Ihnen gehört – Zitat –:

"Dort, wo es wenige Leute stört, sollen die Fahrzeuge dann auch in Fußgängerzonen parken dürfen."

Lieber Herr Kruse, das ist für mich schon ein kleiner Widerspruch an sich, denn Fußgängerzonen, in denen sich in der Regel viele Menschen aufhalten oder aufhalten sollten, brauchen vor allem attraktiven Handel, attraktive Gastronomie und Aufenthaltsqualität, aber eben keine zugeparkten Bereiche mit einer, wie Sie schreiben, verbleibenden maximalen Restbreite für den Fußgängerverkehr von ungefähr einem Meter. Das kann es nicht sein. Wir jedenfalls wollen aus der Spitaler Straße oder aus der Lüneburger Straße in Harburg oder anderen Stadtteilzentren keinen Parkplatz machen.

(Beifall bei der SPD)

Selbst wenn man Ihre Vorschläge als sinnvoll erachten würde – ich habe mir das einmal vorgestellt –, wie ist es dann mit der Abmessung der freien Restbreiten, über die Sie schreiben? Ich glaube, das würde wegen der Kontrollen, die man dann tätigen müsste, nur zu einem erhöhten Personal- und Verwaltungsaufwand führen. Ich habe ein bisschen schmunzeln müssen, denn das passt so gar nicht zur FDP, die normalerweise die Partei der Deregulierung ist.

Meine Damen und Herren! Parkplätze, Parkraum, gerade im innerstädtischen Bereich, sind mitunter ein knapp bemessenes Gut. Sie haben es eben angesprochen, aber wir haben eine etwas andere Meinung. Wir glauben, dass durch die konsequente Parkraumüberwachung und das Vorgehen gegen Dauerparker und Falschparker die Fluktuation auf den öffentlichen Parkplätzen deutlich erhöht wurde. Und darauf kommt es an, denn das sorgt für Parkmöglichkeiten, auch für Handwerkerfahrzeuge.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Mit öffentlichem Raum muss generell sehr sensibel umgegangen werden, und natürlich muss bezüglich seiner Nutzung immer eine Abwägung getroffen werden. Wir sind aber der Überzeugung, dass

die bestehenden Regelungen für die Ausnahme genehmigungen gemeinsam mit einer verstärkten Kontrolle ein guter Weg sind, um auch den Anforderungen des Handwerks an Parkraum gerecht zu werden.

Abschließend möchte ich für meine Fraktion hervorheben, dass das Handwerk ein sehr wichtiger Bestandteil der Hamburger Wirtschaft ist. Um nur ein paar Stichworte zu erwähnen: Wir haben seit 2011 den Masterplan Handwerk, der fortgeführt wird; wir haben sehr viele Punkte im rot-grünen Koalitionsvertrag zum Thema Handwerk; wir sorgen für dringend benötigte, neue Flächen und Räume für das Handwerk, wir kümmern uns weiter um Qualifizierung und Fortbildung, und das ist eine ganz gezielte Unterstützung für diesen wichtigen Wirtschaftsfaktor.

Ich habe es Ihnen vorhin gesagt, wir freuen uns generell, wenn wir gemeinsam im Bereich Wirtschaft, Verkehr und für das Handwerk weiter arbeiten können. Wir freuen uns auch auf sinnvolle Vorschläge. Dieser hier hat nicht den Praxis- und Alltagstauglichkeitstest bestanden, wir lehnen ihn daher ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Farid Müller*, beide *GRÜNE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Herr Abgeordneter Erkalp von der CDU-Fraktion, ich muss Ihnen jetzt das Wort erteilen.

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

David Erkalp CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schon länger machen uns Handwerksbetriebe auf die schwierige Situation ihres Arbeitsalltags aufmerksam. Dazu gehört auch in besonderem Maße die häufig schwierige Anreise mit ihren Fahrzeugen und der damit verbundenen Suche nach einer Parkmöglichkeit, möglichst in Nähe des Einsatzortes. Die bisherigen kostenfreien Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe, welche nur in Ausnahmefällen greifen und einer Genehmigung bedürfen wie zum Beispiel im eingeschränkten Halteverbot, an Parkscheinautomaten oder Parkuhren decken eben nicht alle Bereiche ab. Die tägliche Arbeit der Handwerksbetriebe zeigt, dass die bestehenden Regelungen und Erleichterungen nicht ausreichen und daher erweitert werden sollten. In bestimmten Situationen erleichtert daher eine Parkmöglichkeit in unmittelbarer Nähe zum Kunden die Arbeit des Betriebes und dient den Interessen des Kunden gleichermaßen.

Nur leider sind es dann oft Gehwege oder verkehrsberuhigte Bereiche außerhalb von gekennzeichneten Parkflächen, die infrage kommen. Aber genau hier ist das Abstellen der Fahrzeuge nicht

(David Erkalp)

erlaubt, in den häufigsten Fällen sicherlich berechtigterweise, aber für Handwerksbetriebe unter bestimmten Voraussetzungen der Nicht-Behinderung weiterer Verkehrsteilnehmer, wie sie auch im Antrag formuliert sind, sicherlich notwendig. Gewährleistet sein muss allerdings, dass die Behinderung der Verkehrsteilnehmer wie zum Beispiel durch zwei hintereinander parkende Fahrzeuge von Handwerksbetrieben vermieden werden sollte.

Der Antrag ist im Kern dennoch richtig und spiegelt die uns bekannten Wünsche und Forderungen von Handwerks- und Servicebetrieben wider, deren Fahrzeuge die notwendigen Werkzeuge und Ersatzmaterialien transportieren müssen und daher mehr Freiräume beim Parken erhalten sollten. Eine breitere Erleichterung von Parkmöglichkeiten ist daher aus Sicht der CDU sinnvoll. Die Prüfung weiterer Berufsgruppen zu diesem Sachverhalt ist nur eine logische Konsequenz und zu begrüßen.

Die Punkte 1.c, Parkmöglichkeiten auf für Bewohner reservierten Parkplätzen, sowie 1.f, auf Taxenständen, sollten aus unserer Sicht noch einmal näher diskutiert werden. Hier wäre es durchaus sinnvoll, über eine zeitliche Begrenzung der Parkeraubnis zu diskutieren.

Im Großen und Ganzen ist der Antrag für die CDU in Ordnung. Wir werden diesem Antrag zustimmen und schlagen eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und an den Verkehrsausschuss vor. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Kruse FDP*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Erkalp. Das Wort hat Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

Martin Bill GRÜNE:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um gleich vorweg die Spannung aus der Debatte zu nehmen:

(*Jörg Hamann CDU:* Ach, machen Sie das doch nicht!)

Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Ksenija Bekeris SPD:* Echt?)

Und wir werden auch das Überweisungsbegehren ablehnen. Ich finde, der Antrag ist klar genug. Darüber kann man sich eine eindeutige Meinung bilden, und dann kann man das auch entsprechend zur Abstimmung bringen.

Wir haben viele wirtschaftspolitische Argumente gehört. Auch Frau Martin hat eben noch einmal darauf hingewiesen, was im Koalitionsvertrag für Handwerksbetriebe vereinbart wurde. Ich möchte primär auf verkehrspolitische Aspekte des Antrags eingehen.

Uns GRÜNEN wird immer vorgeworfen, dass wir eher eine ideologisierte Verkehrspolitik betreiben würden.

(Beifall bei der FDP und bei *Jörg Hamann CDU*)

Ich musste wirklich sehr schmunzeln, als ich diesen Antrag gelesen habe, denn ich finde, es ist doch wirklich Ideologie pur, was Sie da beantragt haben.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE* und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie unsere Verkehrspolitik einmal genau begutachten würden, dann würden Sie merken, dass wir ein ausgewogenes Konzept, in dem alle Verkehrsteilnehmer und allen Verkehrsträger gleichberechtigt sind, bevorzugen.

(*Jörg Hamann CDU:* Das meinen Sie jetzt nicht ernst!)

Zurzeit ist es nämlich nicht ausgewogen, weil momentan leider immer noch der Kfz-Verkehr bevorzugt wird. Und auf Grundlage dieses ausgewogenen Konzepts wollen wir dann Anreize – und zwar nicht gegen das Auto – für das Radfahren, das Zufußgehen und die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs schaffen.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dirk Kienscherf* und *Dr. Melanie Leonhard, beide SPD*)

Das ist unser Verkehrskonzept, und das wird auch zukunftssträftig sein. Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ist eben nicht ausgewogen, er ist einseitig, und zwar einseitig zugunsten der autofahrenden Handwerkerinnen und Handwerker. Im Ergebnis ist er auch einseitig zulasten von Fußgängerinnen und Fußgängern.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Richtig!)

Er ist zulasten von Menschen in Rollstühlen, und er ist auch zulasten von Eltern mit Kinderwagen.

Schon heute, das haben wir in der Debatte gehört, besteht die Möglichkeit der Sondergenehmigung für Handwerkerinnen und Handwerker, die unterwegs sind. Und natürlich wird auch auf großen Baustellen in der Baustelleneinrichtung darauf geachtet, dass Parkplätze vorhanden sind, dafür kann man sogar den öffentlichen Raum in Anspruch nehmen. Also schon heute gibt es genügend Instrumente für den handwerklichen Wirtschaftsverkehr, und es zeigt eben auch, dass gerade diese Abwägung der Interessen bereits heute stattfindet.

Ihre Lösung sieht im Grunde vor, dass Parken überall möglich ist, wohlgemerkt, überall auf den Gehwegen, nicht auf den Straßen, denn das wollen Sie gerade nicht. Sie haben nicht gesagt, man könne sich ruhig in die zweite Reihe stellen und

(Martin Bill)

dann müssten die anderen Autofahrer sehen, wie sie darum herumkommen. Das wollen Sie nicht. Sie wollen, dass man sich auf den Gehweg stellen kann, und dann sollen die Fußgänger sehen, wie sie darum herumkommen. Das ist Ihre Lösung, und das lehnen wir konsequent ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie wollen nämlich Restbreiten – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – von einem bis zwei Metern. Stellen Sie sich einmal einen Meter vor und versuchen Sie, mit einem Rollstuhl dort vorbeizukommen, oder versuchen Sie, sich mit einem Kinderwagen auf einem Gehweg zu bewegen, der einen Meter breit ist. Sie schaffen es meistens noch nicht einmal mit einer dicken Einkaufstasche, an einem Auto vorbeizukommen, das einen Meter entfernt von der Wand parkt und den Fußweg blockiert. Wenn Sie sich 2 Meter vorstellen – wir verengen jetzt einmal die Fußgängerzone der Spitaler Straße auf 2 Meter, so steht es nämlich in Ihrem Antrag –, dann wird doch klar, dass es einen Rückstau gibt bis zum Hauptbahnhof und zur Mönckebergstraße. So kann das nicht funktionieren.

(Beifall bei *Dorothee Martin SPD*)

Ich finde, ein Fußweg ist ein Fußweg, eine Fußgängerzone ist eine Fußgängerzone und eben kein Parkplatz.

Wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, Sie wollten auch die Taxistände benutzen, dann sprechen Sie doch vorher einmal mit dem Taxenverband, der ist nämlich der Auffassung, dass es zu wenige Taxenplätze gibt. Im Kern haben Sie ein Problem der einen Berufsgruppe auf eine andere Berufsgruppe verlagert, das Problem aber nicht gelöst.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie einladen, in den nächsten fünf Jahren mit uns gemeinsam Hamburg verkehrspolitisch fit zu machen für die Zukunft, den öffentlichen Raum gerecht zwischen allen Verkehrsteilnehmern aufzuteilen, mit starken Anreizen, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen, mit starken Anreizen zu Fuß zu gehen, Rad zu fahren und beispielsweise auch Anreizen für das Carsharing. Dann ist es nämlich nicht so, dass ein Auto 23 Stunden am Tag steht und eine Stunde fährt, sondern dieses Verhältnis wird im Idealfall umgekehrt.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, wenn Sie dieses Konzept bis zum Ende durchdenken und verfolgen, dann tun Sie im Ergebnis etwas für die Handwerkerinnen und Handwerker, die mit ihrem Auto in die Stadt fahren wollen. Wenn wir nämlich den heutigen Radverkehrsanteil von 13 Prozent auf 25 Prozent heben wollen, wenn wir den ÖPNV stark fördern wollen mit der Konse-

quenz von immer mehr Fahrgästen, dann werden natürlich am Anfang nicht die Tischlerinnen mit ihren Platten oder der Glaser mit seinen Scheiben

(*Carl-Edgar Jarchow FDP* und *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Glaserinnen!)

auf das Fahrrad umsteigen. Es werden viele Pendlerinnen und Pendler sein, es werden viele Privatfahrten eingespart werden, und die werden vom Auto auf andere Verkehrsteilnehmer wechseln. Das bedeutet im Ergebnis, die Straßen werden leerer. Am Ende wird die Fahrradstadt Hamburg a) für mehr Lebensqualität in Hamburg sorgen und b) auch eine Förderung für den handwerklichen Mittelstand sein. Dann ist es nämlich so, dass wir nachhaltig die Probleme für alle Verkehrsteilnehmer gelöst haben. Ich lade Sie ein, diesen Weg mit uns zu gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Jörg Hamann CDU*: Jetzt haben Sie uns überzeugt!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Bill. – Das Wort hat Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es ein bisschen spannender als Herr Bill, der den Spannungsbogen direkt am Anfang abgebrochen hat. Aber ich kann schon einmal sagen, grundsätzlich haben die Handwerkerinnen und Handwerker, was ihre Situation angeht, durchaus recht. Und als der Erste Bürgermeister in seiner Regierungserklärung sagte, das Ziel sei, dass jeder gut und schnell durch die Stadt komme, habe ich das Gefühl gehabt, vom Ankommen war da nicht die Rede, sondern einfach nur vom Durchkommen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Frau Martin hat auch auf die Ausnahmeregelungen hingewiesen. Sicherlich gibt es die, und wir alle wissen, diese Ausnahmeregelungen werden sehr restriktiv gehandhabt. Das mag auch gut so sein, nur, wenn man dann auf die Internetseite der Handwerkskammer hinweist, in der ein Beratungsservice dafür angeboten werden muss, weil die Handwerkerinnen und Handwerker gar nicht richtig damit klarkommen, dann läuft zumindest bei den bestehenden Regelungen schon etwas falsch.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Michael Kruse FDP*)

Wenn Herr Bill darauf verweist, dass es weniger Verkehr in der Stadt geben wird, dann warte ich diesen Moment noch einmal ab.

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Das ist ein Versprechen in die Zukunft, und meines Erachtens im Moment ein leeres Versprechen. Im

(Stephan Jersch)

Gegenteil, der Wegfall der Parkplatzpflicht 2013 hat die Situation weiter verschärft.

(Dirk Kienscherf SPD: Was?)

Das Busbeschleunigungsprogramm hat sie ebenfalls weiter verschärft. Das heißt, alle Maßnahmen laufen im Moment kontraproduktiv.

(Dirk Kienscherf SPD: Wo haben Sie das denn her? Das ist übertrieben!)

Eigentlich wäre das der Punkt, an dem die SPD wieder einmal nachjustieren müsste. Mittlerweile haben die Schrauben schon kein Gewinde mehr bei der SPD, so viel nachjustieren muss man mit diesen Regelungen.

Wenn wir uns nun den Masterplan Handwerk ansehen, der immer wieder so hoch gelobt wird und jedes Jahr fortgeschrieben, in dem die Wünsche des Handwerks niedergeschrieben werden, dann ist das, ähnlich wie der Koalitionsvertrag, ein Werk mit hätte, könnte, wäre, wenn. Viel Prosa und relativ wenig Konkretes.

(Dorothee Martin SPD: Was? Haben Sie den gelesen?)

– Natürlich, ich habe ihn mehrfach gelesen, Frau Martin, inklusive der Fortschreibungen. Insofern muss ich Sie enttäuschen.

(Zuruf von Hansjörg Schmidt SPD)

Wenn wir uns ansehen, was dort zum Handwerker-Verkehr steht, dann kann man das mit den Forderungen des Ersten Bürgermeisters und der Regierungskoalition verbinden und sieht schon tausend digitale, im 3-D-Drucker ausgedruckte Elektrofahrzeuge, die an den neuen Ladesäulen in Hamburg parken können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht weniger Verkehr, das ist mehr Verkehr, der hier produziert werden soll. Aber zu der konkreten Situation, zu den konkreten Bedenken der Handwerkerinnen und Handwerker wird nicht wirklich etwas gesagt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich muss nun doch auf den FDP-Antrag eingehen.

(Ksenija Bekeris SPD: Jetzt noch den Bogen kriegen!)

Ich glaube, es ist allgemein klar, dass die FDP mit diesem Antrag deutlich über das Ziel hinausgeschossen ist. Herr Kruse, in Ihrem Internetauftritt beziehen Sie sich auf nur zwei dieser Maßnahmen, das Parken auf den Fußwegen zum Beispiel führen Sie gar nicht mehr mit an. Ich glaube, Sie wissen schon, was Sie damit wirklich beantragt haben, und dass man so etwas in einer Stadt und beim Ziel des Ausgleichs zwischen einzelnen Verkehrsteilnehmern nicht wirklich machen kann.

Wir als LINKE sind aber der Meinung, dass es in der Tat mit dem Parken der Handwerker ein Pro-

blem gibt und man auf die vielen Versprechungen und Vertröstungen nicht wirklich warten sollte, sondern dass man sich im Ausschuss noch einmal darüber unterhalten müsste, ganz unabhängig davon, was an konkreten Maßnahmen in diesem FDP-Antrag gefordert wird, von denen meine Fraktion wirklich nur den kleinsten Teil teilen könnte, und das auch nur mit Bauchschmerzen. Insofern denke ich, man sollte die Diskussion nicht abwürgen und auch im Interesse der guten Zusammenarbeit mit den Handwerkerinnen und Handwerkern einen Schritt nach vorn gehen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Jersch. – Das Wort hat Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem Herr Bill die Spannung aus der Debatte genommen hat, will ich unsere Position deutlich machen. Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass der gute Ansatz, der diesem Antrag zugrunde liegt, gleich so burschikos abgelehnt wird. Der Antrag möchte im Grunde genommen eine für das Handwerk schwierige Situation etwas praktikabler gestalten. Zugleich kommt dieser Antrag auch dem Kunden, der vielleicht auf die Reparatur eines Notfalls wartet, durch die verkürzte Wartezeit zugute. Zudem bietet er eine Alternative – die Art und Weise kann man sicherlich diskutieren –, um das Zweite-Reihe-Parken etwas zu beschränken und flüssigen Verkehr zu gewährleisten. Wir befürchten aber, dass in der Ausführung des vorliegenden Antrags das wilde Parken deutlich bevorzugt würde; das klang eben schon an. Es gibt also auf jeden Fall noch Gesprächsbedarf. Umgesetzt wie beantragt könnte es zu einem verstärkten Missbrauch und zu Ärger im alltäglichen Begegnungsverkehr zwischen Fußgängern, dem Rad, dem Auto und dem Lieferwagen des Handwerkers kommen. Dazwischen werden dann wohl, wie so oft, unsere Ordnungshüter geschickt, die das zu regeln haben. Damit wird ihnen sozusagen der Schwarze Peter zugeschoben. Das kann man so sicherlich nicht machen. Ich gehe gleich im Detail noch einmal darauf ein.

Im Vorwege möchte ich aber feststellen, dass die derzeitige Regelung über die Ausnahmegenehmigung für Handwerksbetriebe unangetastet und in der jetzigen Form bestehen bleiben muss, auch wenn sie nicht ganz praktikabel erscheint. Das ist ein ergänzendes Mittel. Wobei ich hier noch einmal auf Ihre Bemerkung eingehen möchte, Frau Martin: Nur weil diese Regelung von der Handwerkskammer aufgeführt wird, ist das kein Beweis dafür, dass sie sich bewährt hat. Das ist kein Beweis, das ist einfach nur ein Faktum.

(Detlef Ehlebracht)

(Dorothee Martin SPD: Da haben Sie mich falsch verstanden!)

Fragen Sie einmal die betroffenen Handwerker. Das ist wieder einmal eine typisch deutsche Regelung. Sie müssen einen Antrag stellen, dann gibt es Formulare, die ausgefüllt werden müssen, und eine Gebühr – das dauert und der Notfall hat sich immer noch nicht erledigt. Diese Regelung sollte ein Mittel unter einem Strauß von Mitteln sein, die gemeinsam ein rundes Paket abgeben.

Gehen wir einmal ins Detail. Gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer voraussetzend, sollte 1a um die Verkehrszeichen 240, 241 und 241-30 erweitert werden.

Mit 1b hingegen rennen Sie offene Türen ein. Das hier gewünschte Recht ist bereits gegeben, auch wenn es auf das Be- und Entladen beschränkt ist. Laut StVO gewährt das Verkehrszeichen 325 unter Punkt 4 folgendes:

"Wer ein Fahrzeug führt, darf außerhalb der dafür gekennzeichneten Flächen nicht parken, ausgenommen zum Ein- oder Aussteigen und"

– jetzt kommt es –

"zum Be- oder Entladen."

Sie werden die Frage einwenden, wo denn nun der Handwerkswagen geblieben sei. Für ihn gilt die bestehende Regelung. Alle Gebiete, die ich kenne, in denen dieses Verkehrszeichen steht, bieten ausreichend Platz. Hinter einem verkehrsberuhigenden Betonring findet sich immer irgendwo Parkraum für einen einzelnen Handwerkswagen; ich weiß nicht, ob man da wirklich immer alles bis ins Kleinste regeln sollte.

Zu 1d – es kam schon zur Sprache –: Wenn Sie eine Restbreite von einem Meter fordern und einen Fahrradanhänger mit 90 Zentimetern Breite dazu denken, dann passt das zwar mathematisch, aber in der Praxis wird das nichts. Wir wissen doch, wie das läuft. Wenn Ihr Antrag durchkommen würde, hätten Sie als genervter Handwerkswagenfahrer das Recht in Ihrem Rücken. Dann nehmen Sie den erstbesten Platz zum Parken, der passt; dann steigen Sie nicht aus und messen nach, ob wirklich ein Meter Restbreite übrig bleibt oder nicht vielleicht doch ein bisschen weniger. Mit den Toleranzen ist das so eine Sache. Das ist einer dieser Punkte, die noch zu klären wären. Aber diesen Punkt kann man klären, wann man darüber spricht. Deswegen sind wir hier. Darum noch einmal meine Bitte, diesen positiven Ansatz nicht gleich kategorisch abzulehnen. Das finde ich schade, denn es gibt diese Problematik.

Die Punkte 1c und e bis g sind im Grundsatz unkritisch, wenn man dort Regeln schafft. Der Taxistand darf natürlich nicht komplett durch Handwerkerautos zugeparkt werden, die auf einer Großbaustelle

zu tun haben. Das ist nicht im Sinne des Erfinders und sicherlich auch nicht im Sinne Ihres Antrags. Das ist auch nicht das, was Sie wollen.

(Ksenija Bekeris SPD: Das erzählt uns die FDP gleich noch mal!)

Das ist aber auch etwas, das man regeln kann.

Zu 2 ist zu sagen, dass es äußerst kritisch zu prüfen ist, welchen Berufsgruppen Sie das Recht geben wollen, sich anzuschließen, wenn dieser Antrag in der einen oder anderen Form durchkommen sollte. Nehmen wir, überspitzt formuliert, den Außendienst dazu, dann haben wir in Kürze Wildwestverhältnisse.

(Arno Münster SPD: Ich würde es dem Schornsteinfeger geben!)

Auch das wollen Sie nicht, und auch dafür lassen sich Regeln finden, wenn man darüber spricht.

In diesem Antrag fehlt ferner die Forderung, dass die Fahrzeuge entsprechend zu kennzeichnen sind, denn nicht jeder hat die Straßenverkehrsordnung inhaliert. Es wird sicher einige geben – ich würde vielleicht auch dazu gehören –, die sich darüber ärgern, dass schon wieder ein Lieferwagen auf dem Gehweg steht. Man muss dem betroffenen Bürger die Möglichkeit geben zu erkennen, warum dieses Fahrzeug dort steht. Ist es ein Rettungswagen mit Blaulicht, fragt niemand, dann weiß jeder Bescheid. Bei einem Handwerkswagen kommen drei Fälle für uns infrage: das ist der Notfall, das ist der Werkstattwagen, und das ist das Be- und Entladen. Nur wenn es in diesem Sinne genutzt wird, ist das Parken für uns zulässig. Das muss gekennzeichnet werden. Auch das ist zum Beispiel ein Punkt, der mit in diesen Antrag müsste, damit das geregelt wird.

Weil wir im Gegensatz zur Koalition zumindest einen positiven Ansatz sehen, sind wir gesprächsbereit und geben Ihnen unser Ja für die Überweisung an den Ausschuss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ehlebracht. – Das Wort hat Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Michael Kruse FDP: Liebe Kollegen! Das war kleinteilig. Uns wurde unterstellt, einen Freibrief zu fordern. Das tun wir gerade nicht. Wir wollten eine Überweisung. Die lehnen Sie ab.

(Dirk Kienscherf SPD: Das hat doch nichts mit dem Inhalt zu tun!)

Das ist das Gegenteil von einem Freibrief. Wir wollten mit Ihnen darüber diskutieren.

(Michael Kruse)

Dann hieß es, wir würden das nur für einzelne Berufsgruppen wollen, und das solle auch für andere Berufsgruppen geprüft werden. Genau das haben wir unter Punkt 2 gefordert. Insofern ist das gerade keine Sache, die wir nur für bestimmte Berufsgruppen haben wollen, sondern wir wollen eine Prüfung. Sie lehnen das ab.

Der Antrag behandelt eine grundsätzliche Frage, nämlich: Wollen wir uns um die Probleme der Handwerker – die Handwerker sind als erste aufgeführt, ich könnte Ihnen aber noch weitere Berufsgruppen nennen – kümmern? Die Antwort, die wir geben, ist Ja. Deswegen wollen wir unseren Antrag an den Ausschuss überweisen. Deswegen wollen wir über ihn reden, und natürlich sind wir zu Veränderungen bereit. Aber Ihre grundsätzliche Antwort lautet Nein, und weil Ihre grundsätzliche Antwort Nein lautet, wird dieser Antrag nicht überwiesen. Das finde ich sehr schade.

(Dirk Kienscherf SPD: Dann müssen Sie ihn besser formulieren!)

Herr Bill, Sie nennen unsere Politik ideologisch. Wir kümmern uns eben auch um Berufsgruppen, die auf den Pkw angewiesen sind. Wenn das schon ideologisch ist, bitte, dann sind wir Ideologen.

(Farid Müller GRÜNE: Aber Ihre Vorschläge sind ja schlecht! Hat er doch erklärt!)

– Herr Müller, Sie haben Ihre Redezeit als Regierungsfraktion massiv ausgeweitet, Sie können sich noch einmal dazu melden.

Schon heute gebe es genug Instrumente, heißt es aus der GRÜNEN Fraktion. Sie haben, glaube ich, mit denjenigen, die betroffen sind, überhaupt nicht gesprochen, Herr Bill.

Herr Jersch, Sie beziehen sich auf meine Homepage. Auf meiner Homepage steht eine Pressemitteilung, nicht der Antrag. Das unterscheidet sich. Wenn ich den gesamten Antrag dort hinschreibe, stehen auch wieder alle Punkte da. Das heißt nicht, dass wir einzelne Punkte verschweigen, das heißt nur, dass wir in der Pressemitteilung auf einzelne Punkte fokussieren. Es war mir wichtig, Ihnen das noch einmal zu erläutern.

In der Regierungserklärung ist sehr viel über Hoffnung gesprochen worden. Mir ist jetzt klar, dass alle pragmatischen Vorschläge in der Fahrrad- und Handwerkerstadt Hamburg weiterhin Hoffnung bleiben werden. Ich bin sehr gespannt, wie die Handwerker mit dem Fahrrad anreisen.

Wir haben heute keine namentliche Abstimmung zu diesem Antrag beantragt.

(Heiterkeit bei der SPD)

– Lassen Sie mich doch erst einmal aussprechen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das ist eine Wissensfrage!)

Meine Bitte ist nur, dass Sie dem nächsten Handwerker, den Sie bei sich zu Hause haben, Ihr Abstimmungsverhalten erklären, und dann reden wir in ein bis zwei Jahren noch einmal darüber. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei André Trepoll CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kruse. – Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst der Überweisung der Drucksache 21/312 federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien sowie mitberatend an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte dem FDP-Antrag aus Drucksache 21/312 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 21/331, Antrag der AfD-Fraktion: Rettungskräfte und Polizisten schützen – Paragraph 112 StGB einführen.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/404 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
"Rettungskräfte und Polizisten schützen – §112 StGB einführen"
– Drs 21/331 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Schutz von Polizei und Rettungskräften ausweiten – Einführung des "Schutzparagraphen 112" unterstützen
– Drs 21/404 –]**

Beide Drucksachen möchte die AfD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Nockemann von der AfD-Fraktion, bitte schön.

(Dirk Kienscherf SPD: Jetzt kommt schon wieder so ne AfD-Scheiße! – Hansjörg Schmidt SPD: Arno, zeigt ihm, wo der Hammer hängt!)

Dirk Nockemann AfD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Chaostage in Hannover, Chaostage in Heidelberg, Chaostage

(Dirk Nockemann)

alljährlich. Angriff auf die Wache Stresemannstraße im Jahr 2009, Überfall auf die Polizeiwache 16 in der Lerchenstraße, Überfall auf die Polizeiwache Davidstraße. Vom Bezirksamt Altona genehmigte Squatting Days oder Hausbesetzer-Jubiläumsveranstaltung, EZB-Krawalle in Frankfurt im Jahre 2015, jährliche Randalen im Schanzenviertel. Dezember 2013 Ausschreitungen im Umfeld der Roten Flora mit 170 verletzten Polizeibeamten. Ich finde das nicht lächerlich, ich finde das sehr ernst und würde Sie bitten, entsprechend zu reagieren.

(Ksenija Bekeris SPD: Danke für die Belehrung!)

– Sie brauchen gar nicht darüber zu lachen.

Die Brutalität der politischen Gewalttäter, insbesondere der linksradikalen, hat erschreckend und massiv zugenommen. Es geht nicht nur darum, dass Polizeivollzugsbeamte tätlich angegriffen werden, angepöbelt werden, bespuckt werden, sondern sie werden auch zunehmend so stark verletzt, dass sie teilweise arbeitsunfähig sind.

Wenn man einen Kontrapunkt setzen will, muss man sich natürlich fragen, woher diese sinnlose Gewalt kommt. Woher kommt dieser Hass auf den Staat? Woher kommt dieser Hass auf unsere Polizei? Woher kommt der Hass auf die Uniform? Man nur sagen, das liegt daran, dass politisch motivierte Gewalt, insbesondere aus dem linken Bereich des politischen Spektrums, heute immer noch auf Sympathie stößt. Das ist absolut verwerflich und zu verurteilen.

Ein Kontrapunkt setzt außerdem voraus, dass wir entsprechende gesetzliche Maßnahmen ergreifen. Wenn man zu gesetzlichen Maßnahmen greift, muss man sich fragen, ob wir nicht schon entsprechende Gesetze haben. Gibt es dafür schon etwas? Sicher, es gibt einen Paragrafen Landesfriedensbruch, es gibt den Paragrafen 113, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, es gibt Körperverletzungsdelikte. Aber wer einen Beamten angreift, wer Rettungskräfte angreift, der greift auch diesen Staat an, und dann muss der Staat ein deutliches Zeichen setzen. Das sehen wir darin, einen Paragrafen 112 Strafgesetzbuch zu fordern, mit dem dieses deliktische Verhalten unter Strafe gestellt und im Zweifel sogar mit einer zehnjährigen Freiheitsstrafe geahndet wird.

Wie kommt es eigentlich dazu, dass wir regelmäßig die Launen dieser Gewalttäter dulden, wenn sie zerstörend durch die Straßen laufen? Wie kommt es, dass wir aus allen Teilen der Republik Tausende Polizeikräfte anfordern müssen, 4000, 5000, die dann woanders fehlen? Wir müssen diesem Treiben endlich ein Ende setzen, und deswegen bitte ich Sie um Unterstützung dieses Antrags, der eigentlich ein Antrag der hessischen Landesregierung ist. Wir als AfD-Fraktion unterstützen diesen Antrag, eine Bundesratsinitiative. Ich bitte Sie,

ernsthaft zu überlegen. Wenn Sie diesen Antrag ablehnen, dann weiß die Polizei, dann wissen die Rettungskräfte, wer eben nicht auf ihrer Seite steht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das ist ja eine schöne Erpressung!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Nockemann. – Das Wort hat nun Herr Münster von der SPD-Fraktion.

Arno Münster SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vielen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in Hamburg leisten eine sehr gute Arbeit und einen wertvollen Dienst an unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Dem gebührt natürlich erst einmal unser Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei der CDU)

Allerdings haben die vergangenen Wochen rund um den 1. Mai noch einmal auf traurige Weise verdeutlicht, dass sich die Einsatzkräfte immer wieder gewalttätigen Angriffen ausgesetzt sehen. Ich hoffe, an dieser Stelle im Namen der gesamten Bürgerschaft zu sprechen, wenn ich allen verletzten Polizistinnen und Polizisten eine möglichst schnelle Genesung wünsche.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP und der AfD)

Gewalt gegen Polizei und Feuerwehr sind Straftaten und durch nichts zu rechtfertigen, und natürlich sind sie mit allen Mittel unseres Rechtsstaats zu bekämpfen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der Antrag der AfD sowie der Zusatzantrag der CDU fordern den Senat dazu auf, einer Bundesratsinitiative des Bundeslands Hessen zuzustimmen, mit der die Einführung eines neuen Paragrafen 112 Strafgesetzbuch gefordert wird. Dieser Antrag aus Hessen befindet sich allerdings schon am Freitag auf der Tagesordnung des Bundesrats, genauso im Übrigen eine Initiative aus dem Saarland,

(Karin Prien CDU: Passt doch!)

die zwar die gleiche Zielrichtung verfolgt, sich aber inhaltlich deutlich von dem Entwurf aus Hessen unterscheidet. Das haben Sie zum Beispiel gar nicht erwähnt, Herr Nockemann. Das ist schlechte Vorbereitung. Diese beiden Anträge werden sicherlich wie andere Anträge auch an die zuständigen Ausschüsse überwiesen – das begrüße ich außeror-

(Arno Münster)

dentlich –, wo die Thematik umfassend behandelt werden wird.

(Beifall bei der SPD)

Das umfasst bereits die Frage, ob es notwendig ist, die entsprechenden Gesetze zu verschärfen. Wir haben den Medien entnehmen können, dass der Hamburger Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft gesagt hat, eine Gesetzesänderung sei nicht notwendig.

(Beifall bei Jörg Hamann CDU)

Der CDU-Antrag, Herr Lenders, auf dem Ihr Name steht, sagt etwas anderes. Daran merkt man schon, dass das selbst in Ihren Kreisen unterschiedlich gesehen wird.

(Joachim Lenders CDU: Richtig lesen, Kollege Münster! Richtig lesen!)

– Das ist so. Sie haben doch das Interview gegeben, nicht ich. Sonst müssen Sie eine Gegendarstellung fordern. Entweder haben Sie es so gesagt oder nicht.

(Beifall bei der SPD – André Trepoll CDU: Sie haben das Falsche behauptet!)

– Herr Trepoll, das habe nicht ich gesagt, das hat Herr Lenders gesagt. Ich habe das hier vorn liegen, ich kann es Ihnen rüberreichen. Natürlich hat er das gesagt.

(Zurufe)

– Dann müssen wir den NDR fragen, ob das nun wahr oder nicht wahr ist. Sie können das auf der Webseite des NDR nachlesen, Herr Lenders. Da steht es so.

(Joachim Lenders CDU: Sie müssen nachlesen, nicht ich!)

Fordern Sie, dass die Webseite entsprechend verändert wird, dass man Ihnen glauben kann. Ansonsten geht das so natürlich nicht.

Darüber hinaus darf man wohl davon ausgehen, dass eine Strafverschärfung ein bestimmtes gewalttätiges Klientel von entsprechenden Taten nicht abhalten wird. Das Strafrecht allein kann solche Taten nicht verhindern.

(Joachim Lenders CDU: Hat auch keiner behauptet!)

Dann haben Sie von der CDU in Ihren Zusatzantrag geschrieben, dass Sie auch die Angestellten im Polizeidienst eingeflochten haben möchten. Ich frage Sie: Was ist mit den Finanzbeamten? In jüngster Vergangenheit wurde sogar einer erschossen. Was ist mit den Übergriffen auf Mitarbeiter in den Jobcentern? Was ist mit den Mitarbeitern der anderen behördlichen Institutionen, der Bezirksämter, und, und, und? Dort gibt es auch immer wieder Übergriffe.

(André Trepoll CDU: Was ist denn damit?)

– Die schließen Sie aus, Herr Trepoll.

Ich will erst einmal eine Prüfung haben. Sie wollen, dass der Hamburger Senat den Antrag Hessens oder den des Saarlandes – man weiß noch gar nicht, welcher der beiden die Favoritenrollen übernimmt – uneingeschränkt unterstützt.

(Zurufe)

Wir sagen, das muss vernünftig geprüft werden, und dafür ist der Bundesrat das richtige Gremium. Dort wird das vernünftig gemacht werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Ergebnis, das dabei herauskommt, wird Hamburg sicherlich unterstützen. Hamburg lässt seine Polizisten nicht im Regen stehen.

(Jörg Hamann CDU: Ein Rumgeeiere hier!)

Ich erinnere nur einmal an die Drucksache, die wir im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht haben. 10 Millionen Euro haben wir zusätzlich in den Polizeidienst investiert, Herr Hamann, Sie werden sich erinnern. Wir haben die Bodycams für den persönlichen Schutz der Mitarbeiter, wir haben die Schutzausrüstung für Alarmhundertschaften dementsprechend aufgerüstet. Uns vorzuwerfen, wir seien nicht für die Polizei, ist haarsträubend.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!)

Ansonsten finde ich es bemerkenswert, Herr Nockemann, wie Sie mit Hessens Antrag umgehen und sagen, das sei Ihr AfD-Antrag. Das ist politisch aus meiner Sicht eine glatte Sechse.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei Karin Prien CDU)

Ich erwarte in Zukunft ein bisschen mehr Inhalt und keine Wahlkampfparolen. Der Wahlkampf ist vorbei, Herr Nockemann, Sie müssen hier inhaltlich arbeiten.

Der CDU rate ich, auch weil Sie sich nun das Thema innere Sicherheit plus Wirtschaft auf die Fahnen geschrieben hat, solche Anträge nicht auch noch zu unterstützen. Sie sind damit sehr weit von einer Kernkompetenz in diesem Bereich entfernt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Münster. – Das Wort hat Herr Gladiator von der CDU-Fraktion.

Dennis Gladiator CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich dem Dank an die am 1. Mai eingesetzten Polizeikräfte anschließen und ihnen die besten Genesungswünsche meiner Fraktion überbringen.

(Dennis Gladiator)

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP, der AfD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das Bittere ist, dass wir sowohl in diesem Haus als auch in anderen Parlamenten solche Genesungswünsche viel zu oft aussprechen müssen, weil es leider keine Seltenheit ist, dass Polizeibeamte und Polizeiangestellte, Mitarbeiter der Feuerwehr und von Hilfsorganisationen Opfer von Straftaten werden. Das fängt an mit Beleidigungen und Bedrohungen, hört dabei aber leider nicht auf, sondern geht hin bis zu tätlichen Angriffen. Sowohl bei Demonstrationen als auch jenseits dieser spektakulären Großeinsätze sehen sich unsere Einsatzkräfte zunehmend mit einer steigenden Gewaltbereitschaft konfrontiert. Es hilft nicht, Herr Münster, auf ein Programm zu verweisen, das man gern umgesetzt hätte, und darauf, dass die Bodycams eingeführt werden, sondern wir müssen mehr tun, um unsere Einsatzkräfte wirksam zu schützen.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Das fängt bei einer besseren personellen Ausstattung an. Dazu habe ich vorhin von Ihrem Bürgermeister in der Regierungserklärung gehört, dass diese nicht geplant ist. Also sollten Sie sich vielleicht nicht so aufplustern, Herr Münster, sondern Ihre Hausaufgaben machen, damit Sie für die Polizisten und Feuerwehrleute wirklich etwas Sinnvolles tun.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Ein Schutzparagraf 112, der den Angriff auf Polizisten und Rettungskräfte der Feuerwehr gesondert unter Strafe stellt, ist ein Baustein, um einen besseren Schutz zu gewähren. Er ist in der Tat nur eine Maßnahme unter vielen, die wir ergreifen müssen, aber er ist der richtige Weg. Die Initiative aus Hessen ist ein Ansatz, um der unerträglichen Gewalt gegen Einsatzkräfte wirksam zu begegnen.

Herr Nockemann, da Sie sich vorhin um das innenpolitische Profil der CDU Sorgen gemacht haben: Ihre erste Initiative ist es, eine Initiative der CDU zu unterstützen. Insofern wird, glaube ich, jedem deutlich, dass wir weder im Bund, noch in den Ländern und erst recht nicht in Hamburg Ihre Nachhilfe brauchen. Das können Sie sich schenken.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Insbesondere unsere Polizisten sind das Gesicht des Staates. Sie stehen Demonstranten, Gegendemonstranten und leider oftmals auch irregeleiteten Krawalltouristen und Gewalttätern unmittelbar gegenüber. Sie erst ermöglichen mit ihrem Einsatz eine ungestörte Wahrnehmung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Dies kann, das müssen wir alle immer wieder erleben, eine sehr undankbare und oft auch schwer zu lösende Aufgabe sein, denn allzu oft entlädt sich an den Einsatzkräften die Aggressi-

vität derjenigen, die unseren Rechtsstaat ablehnen und die auf Gewalt statt Argumente setzen, die Muskeln statt Gehirn benutzen. Ein aktuelles Beispiel für die Gewaltexzesse, zu denen es dabei kommen kann, ist schon erwähnt worden, die Krawalle am 1. Mai mit über 30 verletzten Polizisten. Aber auch die Ausschreitungen im Rahmen der EZB-Eröffnung in Frankfurt haben die hemmungslose Gewaltbereitschaft erschreckend gezeigt. 150 Polizeibeamte wurden verletzt. Auch Feuerwehrleute wurden bei ihren Einsätzen angegriffen. Das Rote Kreuz forderte in einem Akt der Verzweiflung sogar öffentlich dazu auf, Angriffe auf die Rettungskräfte zu unterlassen. Liebe Kollegen, diesen Hilferuf dürfen auch wir in Hamburg nicht unbeantwortet lassen. Der Senat glänzt hier leider mit totaler Untätigkeit.

Wenn wir über den Schutzparagrafen 112 sprechen, dann macht es keinen Unterschied, ob Polizisten verbeamtet oder angestellt sind, denn die Straftäter machen gewiss keinen Unterschied. Daher halten wir es für wichtig und notwendig, den geschützten Personenkreis des neuen Paragraphen 112 des Strafgesetzbuches um Angestellte im Polizeidienst zu erweitern. Aus diesem Grund haben wir den vorliegenden Zusatzantrag eingebracht, und ich erwarte, Herr Münster, dass Sie diesem zustimmen, um wirklich etwas für den Schutz der Beamten und Angestellten zu tun.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Natürlich fokussiert sich diese Initiative auf die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Hilfsorganisationen; ich habe Ihren Zusatzantrag vermisst, Herr Münster, den Sie für weitere Berufsgruppen hätten einbringen können. Insofern haben Sie vielleicht Ihre Hausaufgaben ein zweites Mal nicht gemacht. Es reicht eben nicht aus, in der Regierung nur zu reden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD – *Arno Münster SPD*: Sie haben es einfach nicht verstanden!)

Liebe Kollegen! Unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft lebt von der Diskussion und der Auseinandersetzung mit Argumenten. Die Versammlungsfreiheit ist dabei zu Recht ein besonders hohes Gut, das es zu schützen gilt. Eines muss daher allen klar sein: Gewalt kann und wird auch in diesem Kontext auf keinen Fall geduldet werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Wer das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit für Gewalttaten missbraucht, der richtet sich eben nicht nur gegen die Einsatzkräfte, sondern zugleich gegen alle Bürger, die friedlich ihre Meinungsfreiheit ausüben wollen. Das dürfen wir – ich hoffe, das ist Konsens – nicht zulassen.

(Dennis Gladiator)

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Nun ist Gewalt gegen Einsatzkräfte aber häufig mehr als ein Produkt blanker Wut, sie ist in vielen Fällen auch Ausdruck einer staatsfeindlichen Grundhaltung, die sich dem demokratischen Weg komplett verweigert und stattdessen bewusst und kalkuliert die Demontage der öffentlichen Ordnung sucht. Diese Angriffe auf unsere freiheitliche Grundordnung sind auch Angriffe auf uns alle, und deshalb müssen wir uns ihnen mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaats entgegenstellen.

Vor diesem Hintergrund ist es umso unbegreiflicher, dass im rot-grünen Koalitionsvertrag kein Wort zur Bekämpfung des Linksextremismus zu finden ist. Auch in der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters war von diesem Problem nichts zu hören. Er sorgt sich um die Sicherheit der Jogger auf ihrem Weg rund um die Alster; zu den wirklichen Problemen in dieser Stadt hat er keine Aussage getroffen, weder zum Linksextremismus noch zur wachsenden Einbruchskriminalität. Hier herrscht Totenstille beim Senat, und das ist bedrohlich für die Hamburgerinnen und Hamburger.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Ich hatte es eingangs erwähnt, die personelle Verstärkung der Polizei ist nicht in Aussicht. Der Koalitionsvertrag verspricht allen Polizeibeamten, dass sie keine neuen, zusätzlichen Kollegen bekommen werden. Das ist wirklich bitter angesichts der Situation, die wir in Hamburg mit den Überstunden und fehlendem Personal haben.

(Zuruf von *Sören Schumacher SPD*)

Stattdessen spricht der Senat der Polizei sein generelles Misstrauen aus, indem er auf Wunsch der GRÜNEN eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte einführen will.

(*Dirk Nockemann AfD*: Zum Thema reden!)

Ich würde den Innensenator, wenn er denn da wäre, an dieser Stelle gern an seinen Amtseid erinnern, denn er ist verantwortlich für die Sicherheit aller Hamburger und Hamburgerinnen in dieser Stadt und nicht für das politische Wohlbefinden der GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Es scheint zu treffen, wenn einige Kollegen nervös werden.

Meine Damen und Herren! Es ist unsere Pflicht, alle Risiken von Feuerwehr und Polizei abzuwehren und sie bestmöglich zu schützen. Ein Schutzparagraf 112 ist dafür ein geeigneter Beitrag, und ich erwarte von allen, die nicht nur Reden halten, Herr Münster,

(*Arno Münster SPD*: Soll ich hier singen oder was?)

dass sie diesem Antrag zustimmen, damit der Senat am Freitag im Bundesrat entsprechend handeln kann und die Angestellten im Polizeidienst in diesen Schutzkreis miteinbezogen werden. Den Weg dafür können Sie freimachen. Ich freue mich auf Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Gladiator. – Das Wort hat jetzt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann das natürlich so machen, wie Sie das eben gemacht haben, Herr Gladiator.

(Beifall bei der CDU)

– Man kann auch zu früh klatschen. Und die Geste in der letzten Reihe eben ist nach parlamentarischen Regeln nicht zulässig.

Wir reden über ein Thema, zu dem Sie nichtssagende Anträge eingereicht haben, die einer Entwicklung hinterherlaufen, die gerade auf Bundesebene diskutiert wird. Und dann glauben Sie, Sie könnten dazu eine Grundsatzdebatte über die Polizei oder das Verhältnis der GRÜNEN zur Polizei oder die Gewaltdebatte überhaupt, die wir seit vielen Jahren mit Polizei, Wissenschaft und Politik führen, mal eben so aus dem Stand initiieren. Ihre Anträge laufen einer Entwicklung hinterher, die auf Bundesebene gerade diskutiert wird – Herr Münster hat es gesagt –, und sind daher schlicht überflüssig.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Wenn Sie tatsächlich über das Thema Gewalt gegenüber der Polizei reden wollen, dann sollten Sie das – ich sage es einmal vorsichtig – seriös machen. Die wissenschaftlichen Studien, die es dazu gibt und die inzwischen auch allen Polizeigewerkschaften bekannt sind und bei ihnen diskutiert werden, machen vor allem eines deutlich: Der große Anteil der Zunahme von Gewalt, der sich Polizistinnen und Polizisten in ihrem Dienst ausgesetzt sehen, findet im ganz normalen, unspektakulären Einsatz statt, bei Hausbesuchen, Ruhestörungen, Verkehrskontrollen und so weiter. Das gesamte Szenario um das Versammlungsrecht herum macht einen geringeren Anteil der Gewalt aus, der sich Polizistinnen und Polizisten ausgesetzt sehen.

(*André Trepoll CDU*: Ist das jetzt besser?)

Nichtsdestotrotz ist das politische Ziel – das wissen Sie aber auch – nicht nur dieser Koalition, son-

(Antje Möller)

dern auch der politischen Diskussion bundesweit, einen Weg zu finden, der Randalen und Gewalt verhindert. Nur wie machen wir das? Wir machen es nicht, indem wir einen Paragraphen konstruieren, der einen neuen Straftatbestand entwickelt, nämlich jemanden "in Beziehung auf seinen Dienst" tötlich anzugreifen. Das ist etwas, was es juristisch überhaupt nicht gibt. Ich bin froh darüber, dass der Bundesrat sich in seinen Ausschüssen vor allem darauf konzentrieren wird, was sich eigentlich hinter dieser Formulierung versteckt. Das ist der erste Punkt.

Die Strafverschärfung, die vor allem dann greift, wenn es Widerstand gegen Vollstreckungskräfte gibt, im Übrigen auch gegen Rettungskräfte und Polizei, gilt seit 2011. Die Statistik zeigt, dass die Gewalttaten gegenüber Polizei und Rettungskräften bei der Vollstreckung von polizeilichen Aufgaben rückläufig sind. Ob das mit der Strafverschärfung zusammenhängt oder nicht, ist statistisch überhaupt noch nicht auszumachen.

Also, was genau ist denn eigentlich heute hier das Thema? Ob es eine Schutzlücke gibt, ist in der politischen, wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Diskussion. Die Debatte darüber ist noch nicht beendet. Es ist eine politische Debatte, die wir führen müssen, wie sich Gewalt und Randalen verhindern lassen. Das ist eine Aufgabe, die weit über Verschärfungen des Strafrechts hinausgeht. Sie hat etwas zu tun mit dem Schaffen von Akzeptanz für polizeiliches Handeln, und sie hat etwas damit zu tun, wie Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden und wie sie auf Menschen zugehen.

(André Trepoll CDU: Das ist ja nur ein Baustein!)

– Das ist nicht einmal ein Baustein, Herr Trepoll, den Sie heute mit Ihrem Antrag vorgelegt haben. Das ist schlicht der Versuch, eine Debatte über Gewalt und Polizei in dieses Plenum hineinzubringen, ohne dass Sie einen eigenen inhaltlichen Punkt dazu hatten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Wir werden uns im Innenausschuss den Raum nehmen, alle Vorwürfe rund um die gewalttätigen Auseinandersetzungen und den Polizeieinsatz am 1. Mai zu diskutieren, weil ich glaube, dass in der Debatte um Gewalt, die gegenüber der Polizei ausgeübt wird und die Polizistinnen und Polizisten alltäglich erleben, nur Transparenz hilft. Wir brauchen eine unideologische und vor allem keine populistische Debatte,

(Dirk Nockemann AfD: Das sagen Sie als Ideologin!)

und die Frage ist, was sich in unserer Gesellschaft verändern muss, damit wir von derartig gewalttätigen Auseinandersetzungen im Versammlungsrecht wegkommen können, aber auch, was wir eigentlich tun müssen, damit im normalen Polizeialltag gewalttätige Reaktionen auf ein normales Gespräch, das eine Polizistin oder ein Polizist führen möchte, verhindert werden. Das scheint mir die entscheidende Frage bei diesem Punkt, und das hat mit diesen Anträgen und dem, was der Bundesrat im Moment macht, überhaupt nichts zu tun. Daher gilt es, beide Anträge schlicht und einfach abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat das Wort Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Anträge der AfD und der CDU sind reine Symbolpolitik.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Beide beziehen sich auf eine Bundesratsinitiative der hessischen Landesregierung, die auch, sagen wir einmal, kurz aus der Hüfte geschossen war und ebenfalls Symbolpolitik ist, denn mit dieser Initiative wird kein neuer Straftatbestand geschaffen.

(Dr. Alexander Wolf AfD: Natürlich!)

Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sind bereits strafbar. Vor allem soll es darum gehen, das mögliche Strafmaß zu erhöhen, und zwar auf bis zu zehn Jahre, und den Tatbestand weiter zu fassen. Insbesondere der AfD-Antrag ist überdies mit wirklich ganz heißer Nadel gestrickt. Sie haben sich in keiner Weise um Tatsachen gekümmert und sich nicht schlaugemacht. Sie schreiben zum Beispiel von einer Entwicklung – ich betone, einer Entwicklung – massiver Gewalttaten gegen Polizisten und Rettungskräfte, die insbesondere in den vergangenen Jahren zu verzeichnen gewesen wäre. Und dazu ziehen Sie dann ausgerechnet das, wie Sie schreiben, alljährlich stattfindende Schanzenfest heran, das im Jahr 2013 gar nicht stattfand und im Jahr 2014 vollkommen friedlich verlief.

(Beifall bei Arno Münster SPD)

Die Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg – Frau Möller hat es schon gesagt – widerlegen Ihr Gerede, meine Herren von der AfD. 2012 wurden dort 953 Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte festgestellt, 2013 waren es 848 und 2014 799.

(Dirk Nockemann AfD: Erschreckend!)

Der Anteil dieser Straftaten an allen in der PKS erfassten Straftaten sank von 0,4 auf 0,3 Prozent, und Sie können sich auch nicht auf eine Dunkelzif-

(Christiane Schneider)

fer berufen, weil die Aufklärungsquote da ungefähr 98 Prozent beträgt.

(Dirk Nockemann AfD: Aber 800 zu viel!)

– Das sind 800 zu viel, völlig klar.

Die Entwicklung in Hamburg ist übrigens keine Ausnahme, eine Schriftliche Kleine Anfrage der CDU in Bremen ergab genau dieselbe Tendenz. Hätten Sie hier eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt, hätten Sie sich vielleicht den Antrag schenken können.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN – Joachim Lenders CDU: Das ist doch vollkommen egal!)

Machen Sie sich doch erst einmal schlau, meine Herren von der AfD, bevor Sie Entwicklungen herbeifantasieren. Es trifft einfach nicht zu – das hat Frau Möller auch schon gesagt –, dass der Großteil der Gewalttaten und Widerstandshandlungen gegen Vollzugsbeamte im Zusammenhang mit Demonstrationen stattfindet. Opfer von Widerstandshandlungen sind vor allem Beamtinnen und Beamte aus den Streifenwagen.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Schneider, dass ich Ihnen ins Wort falle. Meine Damen und Herren, es ist unglaublich laut. Bitte bemühen Sie sich, doch noch ein bisschen der Rednerin zu folgen, oder gehen Sie ansonsten zur Not hinaus, wenn Sie sich unterhalten möchten.

Fahren Sie fort, Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE (fortfahrend): Opfer von Widerstandshandlungen sind vor allem Beamtinnen und Beamte aus den Streifenwagen, die bei Einsätzen zum Beispiel wegen häuslicher Gewalt oder Schlägereien – Frau Möller hat weitere Beispiele genannt – angegriffen werden. Ähnlich verhält es sich bei Angriffen gegen Feuerwehrleute und RTW-Besatzungen. In einem vor einigen Tagen bei Arte ausgestrahlten Film über die Hamburger Berufsfeuerwehr, den ich wirklich empfehlen kann, er zeigt ausgezeichnet die schwierige Arbeit der Feuerwehrleute und der Besatzung der RTWs, beklagten Feuerwehrleute, dass Widerstandshandlungen und Angriffe bei ihren täglichen Einsätzen zu ihren Alltagserfahrungen gehörten. Es wurde ein Beispiel gezeigt, wo sich ein vollkommen orientierungsloser und volltrunkener Mensch in einer völlig verkommenen Wohnung heftig gewehrt hat. Das sind die Erfahrungen und die Gewalttaten, von denen wir hier im Wesentlichen reden. Ich will deshalb Gewalt gegen Vollzugsbeamte auch keinesfalls kleinreden. Sie ist beklagenswert und bedenklich, und wenn man sich anschaut, was tatsächlich stattfindet, ist sie wahrscheinlich ein Indiz für den

abnehmenden Zusammenhalt in einer wirklich sozial tief gespaltenen Gesellschaft, in der sich Frust und aufgestaute Aggression gegen Vertreterinnen und Vertreter der staatlichen Ordnung richten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Deshalb müssen wir natürlich darüber nachdenken und Wege finden, Gewalt gegen Vollzugskräfte einzudämmen. Aber so, wie Sie das vorschlagen, hat es keinen Sinn. Das geht nicht, das bringt nichts und das ist der falsche Weg. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Jarchow von der FDP-Fraktion hat nun das Wort.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als sechster Redner hat man eine etwas undankbare Position, weil schon vieles gesagt worden ist. Ich hatte teilweise den Eindruck, dass nicht deutlich genug wurde, dass wir alle parteiübergreifend verurteilen, was an Gewalt gegenüber Polizisten, Ordnungskräften und anderen staatlichen Vertretern bei jedweder Gelegenheit begangen wird. Wir bedauern dies; das ist doch, glaube ich, unisono hier Konsens. Ich hatte teilweise den Eindruck in der Debatte, dass es bisher keine rechtlichen Maßnahmen gegen ein solches Verhalten gegenüber Polizisten gab, und das sollten wir einmal etwas relativieren. Lassen Sie mich daher von Anfang an klarstellen, dass wir dem Ansinnen aus Hessen zwar nicht grundsätzlich negativ gegenüberstehen, aber aus verschiedenen Gründen den Antrag heute hier ablehnen werden.

Ernsthafte politische Anliegen wie Gesetzesänderungen sollten weder als Schnellschuss behandelt werden, um wie in diesem Falle die aktuelle Nachrichtenlage um den 1. Mai in durchsichtiger parteipolitischer Weise auszunutzen, noch sollten sie als kommunikative Verteidigungsstrategie gegen Regierungsversagen dienen, wie es in Hessen der Fall ist. Nachdem es dort zu einer völlig falschen Lageeinschätzung und einem höchst fehlerhaften Einsatzkonzept im Rahmen der von einer sehr hohen Gewaltbereitschaft geprägten Ausschreitungen anlässlich der offiziellen Eröffnung des neuen EZB-Sitzes in Frankfurt durch die Landesregierung kam, hat diese auf ihr Versagen mittlerweile mit einem in Deutschland nicht unüblichen Gesetzgebungsaktionismus reagiert. Die mittlerweile vom hessischen Kabinett beschlossene Bundesratsinitiative, die schon erwähnt worden ist, für die Erweiterung des Strafgesetzbuches um den Schutzparagrafen 112, macht in ihrem Begründungsteil wie in den begleitenden Presseverlautbarungen der Landesregierung dann auch keinen Hehl daraus, dass es mit dieser Initiative im Wesentlichen – Frau Möl-

(Carl-Edgar Jarchow)

ler hat es bereits angedeutet – um reine Symbolik geht.

Dieser Ansatz ist nicht neu, sondern knüpft an die Initiative aus Sachsen an, den Paragraphen 113 des Strafgesetzbuches zu ändern, was 2011 auch zu entsprechenden Änderungen mit dem 44. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches führte. Nun ist Gesetzgebungssymbolik an sich nicht unbedingt etwas Schlechtes, aber nüchtern betrachtet muss man doch feststellen, dass schon diese letzte Änderung den betroffenen Polizei- und Rettungskräften in der Realität kaum etwas gebracht hat. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Angriffe auf die betreffenden Einsatzkräfte seit 2012 wesentlich zurückgegangen sind. Auch nach dem vor 2011 geltenden Recht waren das Gewaltmonopol des Staates und der Schutz seiner Vertreter bereits vielfältig durch Straftatbestände gewährleistet. Dieser Schutz wurde 2011 noch ausgeweitet. Wenig überraschend hat sich aber seitdem wieder gezeigt, dass solche Paragraphen erst durch einen realen Vollzug einen Wert über das Papier hinaus erhalten, auf dem sie geschrieben wurden, und hier bleiben die Defizite aus unserer Sicht leider und werden durch die Gesetzesänderung allein nicht abgebaut.

Etwas verwundert hat uns auch der Zusatzantrag der CDU. Ich habe hier auch ein Zitat, lieber Herr Lenders, und ich hoffe, diesmal ist es auch in Ihrem Sinne richtig zitiert. Sie haben am Samstag festgestellt:

"Wir benötigen für die Verurteilung dieser Straftäter weder schärfere noch neue Gesetze, sondern lediglich die konsequente Ausschöpfung des vorhandenen Strafmaßes durch die Justiz."

Ich hoffe, das führt zu keinem Widerspruch von Ihnen. Ich habe es jedenfalls so gehört, und dem kann ich mich nur anschließen. Ein Ausschöpfen von Strafraumen durch die Justiz setzt aber nun einmal Strafverfahren zwingend voraus, und gerade hier liegen in Hamburg bekanntlich die Defizite. Der Senat hat uns in den vergangenen Jahren im Innenausschuss mehrfach, zuletzt im Januar 2014, explizit dargestellt, dass Polizei und Staatsanwaltschaft in Hamburg nicht ansatzweise in der Lage seien, gewaltkriminelles Verhalten im Rahmen von Demonstrationen und Straßenkrawallen mit Strafverfahren zu verfolgen. Regelmäßig sehe man aus Kapazitätsgründen sogar davon ab, wenigstens die Identität von Straftätern festzustellen. Andere Bundesländer machen uns bereits seit Jahren vor, wie man Gewaltbereitschaft im Rahmen von Demonstrationsgeschehen durch konsequente Strafverfolgung wirksam in den Griff bekommt. Wenn es aber zu keinem Strafverfahren kommt oder Täter gar nicht erst ermittelt werden, ändern Gesetzesänderungen im Ergebnis gar nichts. Abgesehen von den grundsätzlichen Fragen wirft der Kabinetts-

entwurf aus Hessen im aktuellen Stand noch weitere schwierige Rechtsfragen auf. Zum einen lässt die Übernahme der geschützten Personengruppen aus Paragraph 113 Strafgesetzbuch erhebliche Zweifel an der verfassungsgemäßen Bestimmtheit des Gesetzes aufkommen. Während die geschützten Gruppen des Rettungsdienstes in Paragraph 113 Strafgesetzbuch durch die Knüpfung an eine Vollzugshandlung recht klar begrenzt werden, bleibt der Kabinettsbeschluss aus Hessen hier völlig vage, da er allein auf die Zugehörigkeit der zu schützenden Opfer zu einer wenig definierten Gruppe des Rettungsdienstes abstellt.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit erspare ich mir weitere Vorbehalte, die wir gegen diesen Entwurf haben. Ich denke, dies reicht. Diese und andere Rechtsfragen im Detail wären vor einem Beitritt unsererseits zu dieser Initiative in endgültiger Form noch zu klären. Einer Überweisung an den Innenausschuss stimmen wir aber gern zu, um die weiteren Entwicklungen abzuwarten und die offenen Fragen gegebenenfalls dort zu klären. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Dann hat das Wort noch einmal Herr Nockemann von der AfD-Fraktion.

Dirk Nockemann AfD:* Frau Möller, Sie erwähnten vorhin, dieser Antrag sei für uns nur ein Mittel zum Zweck, nämlich ein Mittel dafür, die Gewalt gegen Polizeibeamte in diesem Haus zu thematisieren. Ich will nicht sagen, dass Sie recht hatten, dieser Antrag hat schon einen gewissen Sinn, aber gleichwohl ist es auch richtig, dass man dieses Thema hier in aller Deutlichkeit und in aller Offenheit behandelt, sodass es die Bürger mitbekommen. Ich möchte es nicht hinter verschlossenen Türen behandeln.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von *Arno Münster SPD* und Beifall)

Es gehört sich auch im Interesse der Polizeibeamten nicht, dass wir es hinter verschlossenen Türen behandeln.

Zweitens: Frau Schneider, Sie sagten, diese 800 Angriffe auf Polizeibeamte, Gott, das seien doch nur 0,4 Prozent der gesamten Straftaten.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das habe ich nicht gesagt!)

– Das haben Sie so gesagt. Das können Sie nachlesen, es gibt Protokoll. Nicht immer laut werden, wenn ich rede, so schlimm bin ich gar nicht.

Jeder verletzte Polizeibeamte ist einer zu viel, auch für Sie.

(*Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Das hat Frau Schneider auch gesagt!)

(Dirk Nockemann)

Dann sagten Sie, wir sollten Schriftliche Kleine Anfragen stellen, um uns zu informieren. Wissen Sie, im digitalen Zeitalter, das der Bürgermeister immer so betont, gibt es auch andere Möglichkeiten, als die Verwaltung durch überflüssige Schriftliche Kleine Anfragen lahmzulegen. Heute Morgen war ich auf dem komba-Kongress, und dort sagte mir der Vorsitzende des dbb, er sei es allmählich auch leid, wenn ständig Anfragen gestellt werden, wie viele Autos auf der Scharbeutzer Straße bei Grün über die Kreuzung fahren, an welchen Ampeln, bitte aufgeteilt nach Nummern und so weiter.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Bleiben Sie beim Thema!)

– Ich bin beim Thema.

(Zurufe)

Ich sage Ihnen, dass ich sie nicht stelle, weil ich mein Wissen woanders herhole.

(André Trepoll CDU: Stellen Sie sich doch mal selbst auf die Kreuzung!)

Dann sagten Sie, Frau Schneider, wir wollten nur das Strafmaß ...

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Nun lassen Sie doch den Kollegen Nockemann einmal ausreden, meine Damen und Herren.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Das ist aber schwer!)

Dirk Nockemann AfD (fortfahrend): Sie sagten, wir wollten nur das Strafmaß erhöhen. Wissen Sie, wie es vor Gericht zugeht? Wenn dort die Höchststrafe für eine Straftat von beispielsweise zwei Jahren im Gesetzbuch steht, dann werden Sie keinen Richter finden, der bis zum Strafmaß von zwei Jahren geht, sondern Sie werden nur Richter finden, die vielleicht einmal bei einem Jahr bleiben. Wenn wir nun statt der drei Jahre zehn Jahre hinschreiben, dann werden Sie auch Richter finden, die einmal bis zu fünf oder sechs Jahre gehen, weil sie dann keine Angst vor Aufhebung haben. Da braucht man auch nicht die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als vorhin für die Polizeibeamten beste Genesungswünsche ausgesprochen wurden, klatschte fast das ganze Haus.

(Gerhard Lein SPD: Fast!)

Die einzigen, bei denen ich kein Beifallklatschen gesehen habe, das war dort hinten der äußerst linke Bereich. Das ist wirklich empörend.

Dann noch ein Wort zu Herrn Gladiator. Sie sagten, Sie bräuchten als CDU keine Nachhilfe, weil die CDU in Hessen diesen Antrag gestellt habe. Es

gibt einen strukturellen Unterschied zwischen der Landesregierung in Hessen, die nicht nur aus Ihrer CDU besteht, und der 15,9-Prozent-CDU in Hamburg. Ich hoffe, dass Sie das anerkennen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Kazim Abaci SPD: Scharfmacher!)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir zur Abstimmung kommen.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der beiden Drucksachen an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zu den Abstimmungen in der Sache. Wir beginnen mit dem CDU-Antrag.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der AfD-Fraktion.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Punkt 20 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/316, Antrag der CDU-Fraktion: Anreize statt Regulierung im Wohnungsneubau – Wiedereinführung der degressiven AfA.

Hierzu liegt Ihnen ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Anreize statt Regulierung im Wohnungsneubau
– Wiedereinführung der degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA)
– Drs 21/316 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Investitionen in Wohnraum fördern – Degressive AfA für alle Wohnungsbauinvestitionen wieder einführen
– Drs 21/407 –]**

Die gute Nachricht: Die Fraktionen sind übereingekommen, dass diese Debatte entfällt. Wir kommen also direkt zu den Abstimmungen, und zwar zunächst zum FDP-Antrag.

Wer möchte diesem gern seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen über den CDU-Antrag ab.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann hat auch dieser Antrag keine Mehrheit gefunden.

(Präsidentin Carola Veit)

Wir sind am Ende unserer Sitzung und sehen uns morgen zur Aktuellen Stunde wieder.

Ende: 21.21 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Matthias Czech, Thilo Kleibauer, Dennis Thering, Dr. Jens Wolf und Mehmet Yildiz